

Verwaltungsbericht der Polizeidirektion = Rapport de gestion de la Direction de la police

Autor(en): **Hofstetter, B. / Schmid, P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (1988)**

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418095>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht der Polizeidirektion

Direktor: Regierungsrat Dr. B. Hofstetter
Stellvertreter: Regierungsrat P. Schmid

Rapport de gestion de la Direction de la police

Directeur: M. B. Hofstetter, conseiller d'Etat
Suppléant: M. P. Schmid, conseiller d'Etat

1. Einleitung

Versucht man das Berichtsjahr kurz zu charakterisieren, dann stellt man fest, dass erneut eine weiter zunehmende Arbeitslast praktisch ohne zusätzliche Mittel bewältigt werden musste. Dabei sind in der Tätigkeit der Polizeidirektion eindeutig Grenzen sichtbar geworden. Ständig zunehmende Aufgaben und immer grössere Anforderungen einerseits, Personalstopp sowie strenge Budgetkürzungen (so sehr diese als nötig erscheinen mögen) andererseits haben zu enormen Belastungen, ja sogar zu Engpässen geführt. Als Folge davon sind unter den Beamtinnen und Beamten Unsicherheit und Unruhe aufgetreten und zwar in praktisch allen Abteilungen, Ämtern und Anstalten der Direktion. Im Polizeikorps konnte dank ersten konkreten Resultaten in der Reorganisationsarbeit hingegen erfreulicherweise eine gewisse Beruhigung herbeigeführt werden. Bei den übrigen Stellen der Direktion, in denen Reorganisationsarbeiten erst im Berichtsjahr begonnen haben, stellt man durch die laufenden und bevorstehenden Veränderungen jedoch eine Verschärfung der Verunsicherung fest. Es wird wichtig sein, auch hier baldmöglichst sichtbare Ergebnisse erzielen zu können.

Hinter den Wörtern EFFISTA, Reorganisation u. a. muss mehr stecken als theoretische Abhandlungen, Absichterklärungen und langfristige Zielsetzungen, die immer wieder durch kurzfristige Sachzwänge verdrängt und hinausgeschoben werden. Die Zusatzlast, welche diese Erneuerungsphase für viele Beamtinnen und Beamte, insbesondere aber auch für das Kader darstellt, darf nicht einfach als Alibiübung empfunden werden. Eine effiziente und bürgernahe Verwaltung kann nur mit einer befriedigenden Arbeitssituation gewährleistet werden. Diese Bedingung ist – jedenfalls in der Polizeidirektion – kaum mehr erfüllt. EDV und Rationalisierung können ihren Beitrag zur Verbesserung leisten. Ohne flankierende Massnahmen werden sie aber nicht zum Ziel führen, sondern nur zur Auslastung der neuen Kapazitäten. Bei der EDV-Anwendung tritt diese Erscheinung deutlich zutage.

Die konkretere Darstellung der Situation in grossen Zügen sowie die Darlegung einzelner, bereits getroffenen Massnahmen sollen das Gesagte etwas veranschaulichen:

Im Motorfahrzeugwesen nimmt die Arbeitslast von Jahr zu Jahr zu. Im Strassenverkehrsamt wird die EDV bereits angewandt (das neue System SVSA wurde im Berichtsjahr eingeführt); es müssen aber trotzdem immer wieder Überstunden geleistet werden. Dies zeigt, dass zusätzliche Massnahmen nötig sind, wenn von einer Personalvermehrung abgesehen werden muss. Es seien hier zwei dieser Massnahmen erwähnt: die Vereinfachung der Befreiung von den Motorfahrzeugsteuern im Rahmen der vom Grossen Rat gutgeheissene Dekretsrevision und die Revision der Strassenpolizeiverordnung zwecks Aufhebung der Übertragung von Motorfahrzeugschil-

1. Introduction

Si l'on veut caractériser brièvement l'année qui vient de s'écouler, on constate à nouveau que la charge de travail qui est en constante augmentation a dû être liquidée en fait sans l'apport de moyens supplémentaires. Les limites des activités de la Direction de la police sont alors apparues clairement. Les tâches qui ne cessent de s'accroître et les exigences qui deviennent de plus en plus grandes d'une part, le blocage du personnel ainsi que les sévères réductions du budget (même si elles paraissent nécessaires) d'autre part ont causé d'énormes surcharges de travail, voire des impasses. Il en est résulté une certaine insécurité et inquiétude au sein du personnel et ceci pour ainsi dire dans tous les services, offices et établissements de la Direction. Par contre, la réorganisation du corps de la police a montré les premiers résultats positifs et amené une certaine stabilisation de la situation. En ce qui concerne les autres postes de la Direction, pour lesquels les travaux de réorganisation n'ont débuté qu'au cours de l'exercice, on constate une aggravation de l'incertitude provoquée par les changements en cours et à venir. Il est important que, là aussi, des réalisations concrètes aboutissent aussi rapidement que possible.

Derrière les termes d'EFFISTA, de réorganisation, etc. on doit pouvoir trouver davantage que des dissertations théoriques, des déclarations d'intentions ou des buts fixés à long terme qui sont sans cesse supplantés et ajournés par des contraintes à court terme. Le surcroît de travail dû à cette phase de renouvellement qui concerne non seulement un bon nombre de fonctionnaires, mais en particulier les cadres, ne doit pas être interprété comme alibi. Seule une situation de travail satisfaisante peut assurer une administration efficace et proche du public. Cette condition n'est plus remplie, en tout cas à la Direction de la police. Le traitement électronique des données et la rationalisation peuvent certainement contribuer à une amélioration de la situation. Cependant, si les mesures de soutien ne sont pas prises, ils ne mèneront pas au but mais utiliseront intégralement les nouvelles capacités. Ce phénomène apparaît clairement lors de l'utilisation du TED.

La description concrète de la situation dans ses grandes lignes et l'exposé des mesures déjà prises servent à illustrer quelque peu ce qui vient d'être dit:

Dans le domaine des véhicules automobiles, la charge de travail s'accroît d'année en année. Le TED est déjà utilisé à l'Office de la circulation routière (le nouveau système OCRN a été introduit au cours de l'exercice); malgré tout, des heures supplémentaires doivent encore être faites. Ceci montre bien que des mesures complémentaires sont nécessaires si on doit renoncer à une augmentation du personnel. Mentionnons deux de ces mesures: la simplification des démarches concernant l'exonération de la taxe pour véhicule à moteur dans les limites

dern. Diese Massnahme stiess auf breites Unverständnis, ist aber ein typisches Beispiel für Vorkehren, die zwar unpopulär sind, die aber getroffen werden müssen, sollen die einleitend erwähnten Ziele erreicht werden. Im Expertenbüro stehen die Experten unter zunehmendem Druck. Nicht nur die wachsende Zahl der Fahrzeugführer- und Fahrzeugprüfungen spielen hier eine Rolle. Auch die vielen Führerprüfungskandidaten, die ungenügend vorbereitet die Prüfung sozusagen aufs Geratewohl ablegen wollen und die grosse Anzahl Fahrzeuge, die mit mangelhafter Bereitstellung zur Prüfung vorgeführt werden, tragen wegen der dadurch notwendigen zahlreichen Nachprüfungen zur Überlastung bei: Hier wird die Polizeidirektion nach Lösungen suchen.

Im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzuges und der Schutzaufsicht wurden beim Personal im Berichtsjahr eindeutige Zeichen einer Überforderung festgestellt. Die Ursache liegt im wesentlichen im immer schlechteren psychischen und körperlichen Gesundheitszustand der Straffälligen. Der Konsum von Drogen aller Arten (nicht nur von klassischen Drogen, sondern auch von Medikamenten und industriellen Produkten mit Drogenwirkung) und die Krankheit Aids spielen dabei eine immer grössere Rolle. Die Betreuung solch kranker Menschen stellt das betroffene Personal zum Teil fachlich und zum Teil vom zeitlichen Aufwand her vor Anforderungen, denen es sich nicht mehr gewachsen fühlt. Diese Probleme bestehen auch in anderen Kantonen und ihre Berücksichtigung in der Ausbildung wird in den verantwortlichen Gremien des Schweizerischen Ausbildungszentrums für das Strafvollzugspersonal gegenwärtig diskutiert. Die Polizeidirektion hat im Bereich der Schutzaufsicht, bei welcher alle Klienten landen, die bei anderen Institutionen versagt haben, im Berichtsjahr Entlastungsmassnahmen getroffen. So wurden die Unterstellungskriterien überprüft, um Doppelbetreuungen zu vermeiden; auch sollen sich die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter nicht mehr umsonst mit Klienten befassen müssen, die eine Betreuung ablehnen. Mit der Einführung der Stellenbewirtschaftung in den Anstalten konnte eine Linderung der teilweise prekären Situation erreicht werden. Diese Massnahme allein genügt aber nicht für eine dauerhafte Verbesserung. Andere Stossrichtungen haben sich gegen Ende des Berichtjahres herauskristallisiert.

Die Arbeiten für die Reorganisation des Polizeikorps wurden intensiv fortgesetzt und traten am Ende der Berichtsperiode in die Phase der Lösungsentwürfe ein. Kurzfristige mögliche Verbesserungen sind bereits eingeführt worden, wie z.B. eine teilweise Neuregelung des Piktetdienstes. Die Erhaltung der Kantonspolizei auf ihrem hohen Stand wird angesichts der sich abzeichnenden Anforderungen der Zukunft mehr als nur Einzelmassnahmen erfordern. Dabei wird es unumgänglich sein, an Bestehendem, an Gewohntem zu rütteln. In diesem Zusammenhang sei der Verzicht auf Aufgaben erwähnt, die nicht zum Pflichtenheft der Kantonspolizei gehören. Dazu zählen z.B. die Begleitung der Valorent Transporte der Nationalbank, für welche eine andere Lösung indessen noch nicht gefunden werden konnte.

Die übrigen Dienste der Polizeidirektion, wie etwa das Fremdenpolizeiwesen sowie die Rechtsabteilung innerhalb des Direktionssekretariats haben ähnliche Probleme. Ebenso hier werden Lösungen je länger desto dringlicher. Akut wurden 1988 zudem die Platzprobleme an der Kramgasse 20.

Die schwierigen Voraussetzungen unter denen die Verwaltung heute ihren gesetzlichen Auftrag erfüllt, zeigen klar, wieviel guter Wille, Fleiss, Pflichtbewusstsein und Korrektheit bei den Beamtinnen und Beamten vorhanden ist. Es wird aber auch immer eindeutiger, dass einerseits die Mittel und Strukturen, die der Verwaltung zur Erfüllung ihrer Aufträge zur Verfügung stehen, und andererseits Anforderungen, die eine sich immer schneller wandelnde Gesellschaft an diese Verwaltung stellt, zunehmend weiter auseinanderklaffen. Es entspricht einer

de la révision du décret approuvée par le Grand Conseil et la révision de l'ordonnance sur la police des routes concernant la suppression du transfert de plaques de contrôle de véhicules à moteur. Cette mesure s'est heurtée à une large incompréhension; elle est pourtant l'exemple typique des dispositions qui doivent être prises, bien qu'elles soient impopulaires, si l'on veut parvenir aux buts mentionnés plus haut. Les experts du Bureau des experts pour véhicules automobiles agissent de plus en plus sous la pression de la situation. Ce n'est pas seulement le nombre croissant d'expertises de véhicules et d'examens de conducteurs qui joue un rôle, mais les nombreux candidats à l'examen de conducteurs qui ont suivi une formation insuffisante et qui se présentent à l'examen au petit bonheur et le grand nombre de véhicules présentant des déficiences à l'expertise et nécessitant par conséquent une expertise subséquente qui contribuent également à cette surcharge de travail. La Direction de la police doit chercher des solutions à ces problèmes.

Le personnel de l'exécution des peines et des mesures et du patronage a montré des signes évidents de surmenage au cours de l'exercice. L'état de santé psychique et physique de plus en plus mauvais des détenus en est la cause principale. La consommation de drogues de tous genres (non seulement les drogues classiques, mais également les médicaments et les produits industriels ayant un effet toxique) et le Sida jouent un rôle de plus en plus important. L'assistance due à ces malades pose au personnel des exigences auxquelles il ne se sent plus à même de satisfaire, tant au niveau de la qualification professionnelle que du temps nécessaire pour remplir cette tâche. Les mêmes problèmes se posent également dans d'autres cantons; c'est la raison pour laquelle leur intégration dans le programme de formation est actuellement discutée au sein des comités responsables du Centre suisse de formation du personnel pénitentiaire. La Direction de la police a pris des mesures d'allègement dans le domaine du patronage, un office auquel tous les patronnés font appel lorsqu'ils n'ont pas obtenu gain de cause auprès d'autres institutions. Les critères pour la mise sous patronage ont été revus afin d'éviter une double assistance; en outre, les assistantes et assistants sociaux ne doivent plus s'occuper en vain de patronnés qui refusent d'être assistés. L'introduction de la gestion des postes de travail des établissements a permis une certaine détente de la situation en partie précaire dans ce domaine. Toutefois, une amélioration durable ne dépend pas seulement de cette mesure et d'autres possibilités se sont concrétisées vers la fin de l'année.

Les travaux pour la réorganisation du Corps de police ont été poursuivis avec diligence pour aboutir à des projets à la fin de l'exercice. Des améliorations réalisables à court terme ont déjà été introduites, comme par exemple le nouveau règlement partiel du service de piquet. Lorsqu'on considère les exigences qui se précisent pour l'avenir, ce ne sont pourtant pas uniquement des mesures isolées qui seront nécessaires au maintien du niveau professionnel élevé du corps de la police. Il faudra alors toucher inévitablement aux structures existantes et aux habitudes bien ancrées. Dans cet ordre d'idées, il faut mentionner l'abandon de certaines tâches que ne font pas partie du cahier des charges de la police cantonale, comme par exemple le transport de fonds de la Banque nationale, pour lequel aucune autre solution n'a cependant été encore trouvée.

Les autres services de la Direction de la police, comme la Police des étrangers ou le Service juridique au sein du Secrétariat de la Direction, ont des problèmes similaires, qui demandent des solutions urgentes. En outre, le problème du manque de place à la Kramgasse 20 est devenu particulièrement critique au cours de l'exercice.

Les conditions difficiles dans lesquelles l'administration doit remplir actuellement son mandat légal montrent clairement le degré de bonne volonté, d'application, de conscience et de

weitverbreiteten Auffassung vieler Bürgerinnen und Bürger, die Verwaltung heute in vermehrtem Masse beanspruchen und dieses «Mehr» auch in kürzerer Zeit verlangen können. Diese Situation gibt Anlass zur Sorge. Bürgernähe und Effizienz dürfen nicht mit Hektik und Rastlosigkeit verwechselt werden. Sie sind sogar das Gegenteil voneinander: Eine bürgernahe und effiziente Verwaltung kann nur auf dem Boden einer befriedigenden Arbeitssituation entstehen. Diese wiederum kann nicht erreicht werden, wenn die Anforderungen – bei gleichbleibenden Mitteln – stetig steigen.

2. **Berichte der einzelnen Ämter und Abteilungen**

2.1 **Direktionssekretariat**

2.1.1 *Sekretariat*

Filmwesen

Bei der Festsetzung des Zutrittsalters bei öffentlichen Filmvorführungen zeigt sich eine fortschreitende Polarisierung bei der Beurteilung dessen, was für Kinder und Jugendliche geeignet sein soll. Filme, die in der deutschen Schweiz ab 12 oder 14 Jahren freigegeben werden, laufen in der Westschweiz sehr oft ohne Alterslimite oder ab 6 Jahren. Auch die Reaktionen und Forderungen aus dem Publikum sind zunehmend extremer, indem viele, insbesondere junge Eltern, eine liberalere Praxis und vor allem auch eine liberalere Filmgesetzgebung erwarten würden, während andere die heutige Freigabepaxis bereits als nahezu jugendgefährdend einstufen. Die bernische Praxis entspricht der deutschschweizer Filmfreigabepaxis.

Aussen- und Strassenreklame

Die Aussenreklame gewinnt unentwegt an Bedeutung, wie das Statistiken über die Werbeausgaben in der Schweiz belegen. Mit 2031 neu zugelassenen Reklamen wurde der letztjährige Höchststand (2008) nochmals übertroffen. Die grösste Zunahme liegt wiederum bei den freistehenden Werbeanlagen. Zugenommen hat leider auch das rechtswidrige Vorgehen gewisser Reklametreibender, das Nichtbeachten von Vorschriften und auch das rechtswidrige Anbringen. So verfügte die Abteilung 146 Ablehnungen (Vorjahr 102) und 149 Entfernungen (Vorjahr 52). In 9 Fällen wurde gegen die Verfügungen Einsprache erhoben.

Das Herstellen des rechtmässigen Zustandes erfordert von der Abteilung einen immer grösseren Aufwand, der zulasten anderer Aufgaben erfolgt. So konnten im Berichtsjahr nur 413 (Vorjahr 442) örtliche Beratungen vorgenommen werden. Auf weitere Instruktionstätigkeiten musste verzichtet werden.

Als Aufsichtsbehörde überprüfte die Abteilung 485 (Vorjahr 436) Bewilligungen aus den Gemeinden Bern, Biel und Thun. In 4 Fällen mussten die Gemeinden rechtswidrige Bewilligungen widerrufen bzw. abändern.

Am 3. August 1988 wählte der Regierungsrat die Mitglieder der kantonalen Reklamekommission unter Vornahme einiger personeller Änderungen für die Dauer von vier Jahren. Seither behandelte die Kommission an vier Sitzungen 48 Sonderfälle, 10 davon an Ort und Stelle.

correction dont font preuve les fonctionnaires. Il devient cependant évident que le gouffre se creuse de plus en plus entre les moyens et les structures dont dispose l'administration pour remplir ses tâches et les prétentions que lui pose une société évoluant toujours plus rapidement. Cette situation reflète une opinion largement répandue au sein de la population: faire appel à l'administration dans une mesure plus large encore tout en exigeant que ce «davantage» soit traité dans un laps de temps encore plus court. Cette situation est préoccupante, car favoriser l'approche des citoyens et l'efficacité ne doivent pas être confondus avec la précipitation et l'agitation. Ils sont justement en contradiction. Une administration ne peut être proche des citoyens et efficace que si ses agents bénéficient de conditions de travail satisfaisantes; ce postulat est malheureusement mis en cause par des exigences toujours plus nombreuses qui doivent être satisfaites avec des moyens restant identiques.

2. **Rapports des offices et sections**

2.1 **Secrétariat de la Direction**

2.1.1 *Secrétariat*

Service du film

Une polarisation progressive s'est manifestée lors de la fixation de l'âge d'accès aux représentations cinématographiques publiques concernant l'appréciation de ce qui convient aux enfants et aux adolescents. Des films qui sont autorisés en Suisse alémanique à partir de 12 ou 14 ans sont projetés en Suisse romande très souvent sans limite d'âge ou à partir de 6 ans. Les réactions et les exigences en la matière provenant du public sont de plus en plus extrêmes attendu que les jeunes parents, en particulier, souhaiteraient une pratique plus libérale et avant tout une législation sur le film moins restrictive, tandis que d'autres sont d'avis que la pratique d'autorisation actuelle représente déjà presque un danger pour la jeunesse. La pratique appliquée par les autorités bernoises correspond à celle en cours en Suisse alémanique.

Réclame extérieure et routière

L'importance de la réclame extérieure ne cesse d'augmenter, comme le démontrent les statistiques sur les dépenses en matière de réclame en Suisse. 2031 nouvelles réclames ont été autorisées de sorte que le record de l'année précédente (2008) a été à nouveau dépassé. L'augmentation la plus forte concerne une fois de plus les réclames isolées. Malheureusement les procédés illicites employés par les usagers de réclame, l'inobservation des prescriptions en la matière ainsi que la pose illégale de réclames sont également en progression. 146 (102) requêtes ont été rejetées et 149 (52) réclames ont dû être enlevées. 9 oppositions ont été formulées.

L'établissement de l'état conforme au droit demande des efforts accrus de la part de notre section, ceci aux dépens d'autres tâches. C'est ainsi qu'au cours de l'exercice, seules 413 (442) consultations locales ont pu être organisées et il a fallu renoncer à d'autres activités relatives à l'instruction.

Notre service, en sa qualité d'autorité de surveillance, a examiné 485 (436) autorisations provenant des communes de Berne, Bienne et Thoune. Dans 4 cas, les communes ont dû annuler ou modifier des autorisations contraires au droit.

En date du 3 août 1988, le Conseil-exécutif a élu les membres de la Commission de la réclame extérieure pour une période de quatre ans tout en procédant à certaines modifications personnelles. Depuis lors, cette commission a traité 48 cas particuliers au cours de quatre séances, dont 10 sur place.

Passbüro

Keine besonderen Vorkommnisse.

Rechnungswesen

Keine besonderen Vorkommnisse.

Hausier- und Wandergewerbe

Bedingt durch die Klassierung etlicher Verkaufsveranstaltungen als Markt (ohne Patentrecht) hat sich eine geringe Verminderung der erteilten Patente für das Wandergewerbe ergeben. Besondere Vorkommnisse oder Veränderungen sind keine zu melden.

Ausgestellte Patente

	1988	1987
Haustierpatente	257	273
Kurzfristige Verkaufspatente (Feste, Messen, Ausstellungen etc.)	1554	2386
Ambulanter Ankauf von Waren (Altstoffe, alte Möbel, Antiquitäten)	39	24
Gewerbepatente (Scherenschleifer, Schirmflicker, Pfannenflicker, Korber, ambulante Fotografen sowie das Einsammeln von Reparaturaufträgen)	69	78
In diesen Zahlen sind 19 (22) Gehilfen- und 3 (3) Gratispatente inbegriffen. 5 (3) Bewerber mussten wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen abgewiesen werden.		
Veranstalterpatente (für 291 (317) Schausteller, Artisten, Musiker, Zirkusse, Theater, Theater- und Konzertagenturen)	1215	1685
Wanderlagerpatente (an 27 (27) Firmen oder Einzelpersonen)	38	35
Betriebspatente für Verkaufswagen (auf Gemeinden aufgeteilt)	71	72
Handelsreisenden-Ausweise Die monatlichen Abrechnungen der Regierungsstatthalterämter wiesen die Abgabe von folgenden Handelsreisendenkarten aus		
Taxkarten für Kleinreisende	880	823
Gewerbelegitimationskarten	1627	1770
Dazu kamen 171 (207) Übertragungen/Nachträge sowie 25 (23) Drucksachen-Lieferungen.		

Privatdetekteien, Bestattungsunternehmen, Ehevermittler

Gestützt auf die entsprechenden Verordnungen vom 5. Januar 1972 wurden zur Ausübung obgenannter Gewerbe folgende Berufsausübungsbewilligungen erteilt bzw. erneuert (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

Privatdetekteien und Auskunftsteien	25	(9)
Bestattungs- und Leichenbitterunternehmen	117	(13)
Ehevermittlungen	10	(1)

Waffenhandel

Gemäss den Vorschriften des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1972 über das Kriegsmaterial, der Verordnung vom 10. Januar 1973/8. Februar 1978 über das Kriegsmaterial, des interkantonalen Konkordates vom 27. März 1969 über den Handel mit Waffen und Munition sowie der bernischen Vollziehungsver-

Bureau des passeports

Rien à signaler.

Comptabilité

Rien à signaler.

Colportage et industries ambulantes

La légère diminution des patentes délivrées pour les industries ambulantes est due au fait que quelques manifestations de ventes sont classées dans la catégorie des marchés qui ne sont pas soumis à la patente. Pour le reste, rien de particulier est à signaler.

Les patentes suivantes ont été délivrées:

	1988	1987
Patentes de colportage	257	273
Patentes de vente à validité limitée (fêtes, foires, expositions, etc.)	1554	2386
Achats ambulants de marchandises (vieux tissus, vieux meubles, antiquités)	39	24
Patentes d'industrie (rémouleurs, raccommodeurs de parapluies et de casseroles, photographes ambulants et preneurs de commandes de réparations)	69	78
19 (22) patentes d'auxiliaires et 3 (3) patentes gratuites sont comprises dans ces chiffres. 5 (3) requêtes ont été rejetées, les conditions nécessaires à leur délivrance n'étant pas remplies.		
Patentes pour spectacles et exhibitions (pour 291 (317) forains, artistes, musiciens, cirques, théâtres et agences de théâtre et de concert)	1215	1685
Patentes de déballage (à 27 (27) firmes ou personnes isolées)	38	35
Patentes d'exploitation pour camions de vente (1 patente par commune)	71	72
Cartes de légitimation pour voyageurs de commerce Les décomptes mensuels des préfectures font mention des chiffres suivants:		
Cartes d'identité des voyageurs de commerce au détail	880	823
Cartes de légitimation des voyageurs de commerce	1627	1770
171 (207) transcriptions et compléments ainsi que 25 (23) livraisons d'imprimés ont été en outre effectués.		

Agences privées de détectives, entreprises de pompes funèbres; agences matrimoniales

En vertu des ordonnances correspondantes du 5 janvier 1972, les autorisations suivantes ont été octroyées ou renouvelées pour les professions susmentionnées (chiffres de 1987 entre parenthèses):

Autorisations de gérer une agence privée de détectives et de recherches	25	(9)
Autorisations de gérer une entreprise de pompes funèbres et de veilles des morts	117	(13)
Autorisations de gérer une agence matrimoniale	10	(1)

Commerce d'armes

Conformément aux prescriptions de la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre, de l'ordonnance du 10 janvier 1973/8 février 1978 sur le matériel de guerre et du concordat intercantonal du 27 mars 1969 sur le commerce des armes et des munitions ainsi que de l'ordonnance d'exécution du 28 fé-

ordnung vom 28. Februar 1961/12. Dezember 1973 wurden erteilt (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

Waffen- und Munitionshändlerpatente	3	(3)
Bewilligungen zum Erwerb von Seriefeuerwaffen (sog. Sammlerbewilligungen)	164	(119)
Bewilligungen zum Verkauf von Seriefeuerwaffen	19	(21)

Sprengstoffhandel und pyrotechnische Gegenstände

Gestützt auf das Eidgenössische Sprengstoffgesetz vom 25. März 1977, die Eidgenössische Sprengstoffverordnung vom 26. März 1980 sowie die bernische Verordnung vom 2. September 1980 zum Sprengstoffgesetz wurden im Berichtsjahr erteilt (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

Bewilligungen für den Verkauf pyrotechnischer Gegenstände zu industriellen, technischen oder landwirtschaftlichen Zwecken	7	(1)
Bewilligungen für den Verkauf pyrotechnischer Gegenstände zu Vergnügungszwecken, wie Feuerwerkskörper (1.-August-Artikel)	40	(34)

Lotterien, Tombolas und Lottos

Im Berichtsjahr bewilligte die Direktion folgende Lotterien mit einer Emissionssumme von über 50 000 Franken:

	Fr.
Musikgesellschaft Wangen a. d. A.	75 000.–
Berner Theaterverein Bern	135 000.–
OK Mittelländisches Landesschiessen Belp	100 000.–
Interessengemeinschaft für das Kornhausquartier, Burgdorf	75 000.–
OK Satus TVN-Skirennen 1989 Biel	150 000.–
Turnverein Thun	90 000.–
OK Int. Drehorgelfestival 1989 in Thun	80 000.–
Verein der Thuner Pferdesporttage Thun	70 000.–
Braderiegenossenschaft Biel	250 000.–
OK 33. Bern.-Kant. Jodlerfest 1989 in Lyss	150 000.–
Genossenschaft Bieler Messe, Biel	250 000.–
Theaterverein Biel	90 000.–
OK 14. Kant.-Bern. Satus-Turnfest 1989, Gümligen	100 000.–
Bern.-Kant. Fischerei-Verband Bern	100 000.–
Kynologischer Verein Berna, Bern	100 000.–
Ringclub Oberhasli, Meiringen	60 000.–
Stiftung Altersheim Oberhofen, Thun (1. Tranche)	70 000.–
Stiftung Altersheim Oberhofen, Thun (2. Tranche)	70 000.–
Kantonal-Bernisches Trachtenfest 1989 Burgdorf	150 000.–
Volkshochschule Biel	100 000.–
Vereinigung «Für Bern», Bern	300 000.–
OK Seeländisches Schwingfest 1989 in Port	70 000.–
OK Kantonal-Bernisches Handharmonika- und Akkordeon-Musikfest 1989 Oberburg	60 000.–
Feldschützengesellschaft Homberg-Buchen	60 000.–
OK 19. Schweiz. Polizeimännerchortreffen 1990 in Bern	140 000.–
OK 18. Bern. Kantonal-Musikfest in Langenthal	100 000.–
SEVA-Lotteriegenossenschaft, 16 Emissionen, Serien A–Q	10 658 000.–

Sie erteilte zudem sechs Tombola-Bewilligungen mit einer Lossumme von über 50 000 Franken.

Es wurden überdies bewilligt (in Klammern Zahlen des Vorjahres):

	Fr.
225 (252) Kleinlotterien	mit einer Emissionssumme bis zu 50 000.–
2535 (2508) Tombolas	mit einer Emissionssumme bis zu 50 000.–
1295 (1277) Lottos	

Lotteriefonds

Die Bearbeitung der Gesuche an den Lotteriefonds durch eine eigens hierfür geschaffene Sachbearbeiterstelle hat sich, wie bereits in den vorangehenden drei Jahren, auch im Berichtsjahr

vrier 1961/12 décembre 1973, il a été octroyé (chiffres de 1987 entre parenthèses):

Patentes d'armurier	3	(3)
Autorisations d'achat d'armes automatiques (autorisations de collectionneurs)	164	(119)
Autorisations de vente d'armes automatiques	19	(21)

Commerce d'explosifs et d'engins pyrotechniques

En vertu de la loi fédérale du 25 mars 1977 sur les explosifs, de l'ordonnance fédérale du 26 mars 1980 sur les explosifs ainsi que de l'ordonnance bernoise du 2 septembre 1980 relative à la loi fédérale sur les explosifs, il a été octroyé (chiffres de 1987 entre parenthèses):

Autorisation de vendre des engins pyrotechniques destinés à des fins industrielles, techniques ou agricoles	7	(1)
Autorisations de vendre des engins pyrotechniques destinés au divertissements, comme les pièces d'artifice du 1 ^{er} août	40	(34)

Loteries, tombolas et lotos

Au cours de l'exercice, la Direction a autorisé les loteries suivantes dont la valeur d'émission dépassait 50 000 francs:

	Fr.
Musikgesellschaft Wangen a. d. A.	75 000.–
Berner Theaterverein Bern	135 000.–
OK Mittelländisches Landesschiessen Belp	100 000.–
Interessengemeinschaft für das Kornhausquartier, Burgdorf	75 000.–
OK Satus TVN-Skirennen 1989 Biel	150 000.–
Turnverein Thun	90 000.–
OK Int. Drehorgelfestival 1989 in Thun	80 000.–
Verein der Thuner Pferdesporttage Thun	70 000.–
Braderiegenossenschaft Biel	250 000.–
OK 33. Bern.-Kant. Jodlerfest 1989 in Lyss	150 000.–
Genossenschaft Bieler Messe, Biel	250 000.–
Theaterverein Biel	90 000.–
OK 14. Kant.-Bern. Satus-Turnfest 1989, Gümligen	100 000.–
Bern.-Kant. Fischerei-Verband Bern	100 000.–
Kynologischer Verein Berna, Bern	100 000.–
Ringclub Oberhasli, Meiringen	60 000.–
Stiftung Altersheim Oberhofen, Thun (1 ^{re} tranche)	70 000.–
Stiftung Altersheim Oberhofen, Thun (2 ^e tranche)	70 000.–
Kantonal-Bernisches Trachtenfest 1989 Burgdorf	150 000.–
Volkshochschule Biel	100 000.–
Vereinigung «Für Bern», Bern	300 000.–
OK Seeländisches Schwingfest 1989 in Port	70 000.–
OK Kantonal-Bernisches Handharmonika- und Akkordeon-Musikfest 1989 Oberburg	60 000.–
Feldschützengesellschaft Homberg-Buchen	60 000.–
OK 19. Schweiz. Polizeimännerchortreffen 1990 in Bern	140 000.–
OK 18. Bern. Kantonal-Musikfest in Langenthal	100 000.–
Sté coopérative de loterie SEVA, 16 émissions, séries A–Q	10 658 000.–

Six tombolas dont la valeur d'émission dépassait 50 000 francs ont été en outre autorisées.

Ont en outre été autorisés (chiffres de 1987 entre parenthèses):

	Fr.
225 (252) petites loteries	avec une valeur d'émission ne dépassant pas 50 000.–
2535 (2508) tombolas	avec une valeur d'émission ne dépassant pas 50 000.–
1295 (1277) lotos	

Fonds de loterie

En confiant le traitement des demandes de subvention à une personne spécialement engagée à cet effet, le Fonds de loterie a eu la main heureuse, comme au cours des trois dernières

bewährt und mittlerweile konsolidiert. Der Entscheid im Jahre 1987 schliesslich, die vorerst 50prozentige Stelle auf die Basis eines Vollzeitpensums zu stellen, darf sowohl für das Berichtsjahr als auch hinsichtlich einer mittelfristigen Trendentwicklung als richtig bewertet werden: 1988 haben die Gesuche an den Lotteriefonds gegenüber dem Vorjahr erneut stark zugenommen, und zwar um 15 Prozent von 369 auf 439 Begehren. Die damit verbundene Zunahme des Verwaltungsaufwandes (beinhaltend die Komponenten Administration und Sorgfaltpflicht) konnte 1988 bezüglich der administrativen Abläufe durch effizienzsteigernde Massnahmen (u. a. Einführung von EDV) dermassen geregelt werden, dass umgelagerte Arbeitskapazitäten bis auf weiteres Gewähr für eine Gesuchsbearbeitung ohne Verzug bieten.

Zu bereinigen gilt noch der Problemkreis rund um die Integration des Lotteriefonds in das Neue Rechnungsmodell NRM anlässlich der Einführung der neuen Finanzhaushaltsverordnung, weil eine uns nicht zusagende Regelung getroffen werden musste. Diesbezüglich kann gegebenenfalls auf der Basis der neuen Lotteriegeseztgebung eine den Verhältnissen angepasste Lösung erzielt werden.

In der ersten Jahreshälfte 1988 hat die Finanzkontrolle der Polizeidirektion erstmals den Revisionsbericht Lotteriefonds für die Jahre 1986/1987 vorgelegt. Das Ergebnis fiel, bis auf einige Empfehlungen administrativer Natur, erfreulich aus.

Die mit der Lotteriegeseztgebung beauftragte Arbeitsgruppe traf sich im Berichtsjahr an drei Sitzungen; sie prüft gegenwärtig verschiedene Modellvorschläge, die in einen Gesetzesentwurf münden werden. Die Praxis bei der Vergabe von Lotteriegeldern, die für die zu treffende gesetzliche Lösung eine wichtige Basis darstellt, konnte auch im Jahre 1988 verfeinert und konsolidiert werden.

Der dem Kanton 1988 zur Verfügung stehende Gewinnanteil (pro 1987) betrug Fr. 14 310 370.79* (Fr. 19 375 20.– aus der SEVA-Loterie und Fr. 12 372 850.79 aus dem Schweizer Zahlenlotto).

Im Berichtsjahr wurden durch den Grossen Rat und den Regierungsrat folgende Beiträge bewilligt:

	Fr.
Erhaltung von Kunstatertümern	6 393 900.–
Kulturbeträge	1 705 000.–
Heimat-, Natur- sowie See- und Flussuferschutz	1 062 000.–
Verkehrswerbung und Förderung des Fremdenverkehrs	1 330 300.–
Kunst und Wissenschaft	342 808.25
Förderung der Volksgesundheit	361 830.–
Gemeinnützige und wohltätige Institutionen und Vereine	4 990 284.–
Total	16 186 122.25*

* Der Umstand, dass die «Ausgaben» die «Einnahmen» übersteigen, erklärt sich dadurch, dass an sich beschlossene Beiträge zum Teil auf mehrere Jahre verteilt gestaffelt zur Auszahlung gelangen.

Die folgenden Geschäfte wurden dabei vom Grossen Rat genehmigt:

	Fr.
Einwohnergemeinde Laufen; Neugestaltung der Hauptstrasse (Etappen II und III)	130 000.–
Gemeinnützige Gesellschaft Biel; Atelier Kanal 15, Umbau und Einrichtung	118 000.–
Dorfgemeinde Meiringen; Renovation der Engl. Kirche und Einrichtung eines Sherlock-Holmes-Museums	250 000.–
Einwohnergemeinde Kehrsatz;	

années et cette pratique s'est établie. La décision prise en 1987 de convertir ce poste de travail, qui était alors de 50 pour cent, en un poste à plein temps s'est révélée judicieuse aussi bien dans l'immédiat que compte tenu des tendances à moyen terme. Au cours de l'exercice, le nombre des demandes adressées au Fonds de loterie a de nouveau fortement augmenté, en passant de 369 l'année précédente à 439, ce qui représente une augmentation de 15 pour cent. La gestion de ces affaires a, par conséquent, nécessité un surcroît de travail; le problème de l'accroissement des tâches administratives a été résolu par la mise en œuvre de mesures de rationalisation du travail, traitement électronique des données notamment, qui ont facilité la mutation de certaines places de travail; ceci permet pour le moment de garantir un traitement des demandes de subvention dans les délais voulus.

Les problèmes soulevés par l'intégration du Fonds de loterie dans le nouveau modèle de comptes (NMC) liés à l'introduction de la nouvelle ordonnance sur les finances de l'Etat restent à résoudre, étant donné qu'une réglementation en la matière avait dû être prise à ce moment là sans qu'elles nous satisfasse. Une solution adéquate pourra être trouvée, le cas échéant, dans le cadre de la nouvelle législation sur les loteries.

Dans le courant du premier semestre, le Contrôle des finances a soumis pour la première fois à la Direction de la police son rapport de révision concernant le Fonds de loterie pour les années 1986/1987. Le résultat en a été satisfaisant, quelques recommandations d'ordre administratif mises à part.

Le groupe de travail chargé d'élaborer la nouvelle législation sur les loteries a tenu trois séances; il examine actuellement différents modèles qui aboutiront à un projet de loi dans le courant de 1989. Le système utilisé pour l'octroi des recettes de loteries, qui représente une base importante pour la solution à trouver au niveau de la législation, a été également épuré et consolidé au cours de l'exercice.

La part du bénéfice (pour 1987) mise à la disposition du canton pour 1988 s'est élevée à 14 310 370 francs 79* (19 375 20 fr. de la loterie SEVA et 12 372 850 fr. 79 de la Loterie suisse à numéros).

Au cours de l'exercice, le Grand Conseil et le Conseil-exécutif ont octroyé des subventions pour les buts mentionnés ci-après:

	Fr.
Conservation des objets d'art	6 393 900.–
Subventions culturelles	1 705 000.–
Protection du patrimoine, de la nature et des rives	1 062 000.–
Promotion du tourisme et des transports publics	1 330 300.–
Beaux-arts et sciences	342 808.25
Aide à la santé publique	361 830.–
Institutions et associations poursuivant des buts d'utilité publique et de bienfaisance	4 990 284.–
Total	16 186 122.25*

* Le dépassement des «dépenses» sur les «recettes» est dû au fait que le versement de certaines subventions peut s'échelonner sur plusieurs années.

A cette occasion, les affaires suivantes ont été approuvées par le Grand Conseil:

	Fr.
Commune municipale de Laufen; nouvel aménagement de la rue principale (étapes II et III)	130 000.–
Société d'utilité publique Bienne; «Atelier Canal 15», transformation et aménagement	118 000.–
Section de commune de la commune municipale de Meiringen; rénovation de l'église anglaise et aménagement d'un musée Sherlock Holmes	250 000.–

	Fr.
Renovation des Landsitzes Blumenhof	300 000.–
Schloss Oberhofen; Renovation des Turmtraktes (Bergfried)	1 800 000.–
Stiftung Schloss Thunstetten, 7. Renovationsetappe am Schloss	1 119 600.–
700 Jahre Eidgenossenschaft	1 422 500.–
Jubiläum 800 Jahre Bern im Jahre 1991	2 375 000.–
Emmentaler Schaukäserei Affoltern, Wiederaufbau Küherstöckli	315 000.–
Gemeinderat Grandval, Totalrenovation des Schulhauses	280 000.–

	Fr.
Commune de Kehrsatz; rénovation du manoir du Blumenhof	300 000.–
Château d'Oberhofen; rénovation du complexe de la tour (beffroi)	1 800 000.–
Fondation du château de Thunstetten; 7 ^e étape de la rénovation du château	1 119 600.–
700 ans de la Confédération	1 422 500.–
Jubilé des 800 ans de la Ville de Berne en 1991	2 375 000.–
Fromagerie de démonstration pour l'Emmental à Affoltern; reconstruction du «Stöckli des vachers»	315 000.–
Conseil municipal de Grandval; restauration complète du bâtiment scolaire	280 000.–

2.1.2 Rechtsabteilung

Im Bereich Direktionssekretariat/Rechtsabteilung wurde per 1. Juli des Berichtsjahres eine Reorganisation vorgenommen. Auf diesen Zeitpunkt hin wurde der bisherige Vorsteher der Rechtsabteilung und Direktionssekretär mit speziellen Aufgaben betraut. Die reorganisierte Rechtsabteilung ist seither unter Führung des bisherigen Adjunkten als Leiter ad interim, in erster Linie auf ihrem Haupttätigkeitsgebiet der Instruktion von Beschwerdeverfahren in Polizeisachen tätig. Daneben soll sie sich aber auch zu einem effizienten, rechtsberatenden Organ der ganzen Direktion weiterentwickeln.

Mit dieser provisorischen Lösung sollte u. a. auch versucht werden, der insbesondere zur Mitte der achtziger Jahre sprunghaft angestiegenen Geschäftslast – demgegenüber bleibt der Personalbestand insgesamt seit Jahren derselbe – im Sinne einer sich nachgerade aufdrängenden Sofortmassnahme etwas besser Herr zu werden.

Direktionsüberschreitende, zum Teil gar Aufgaben im interkantonalen Bereich runden die Tätigkeit der Rechtsabteilung ab. Diesbezüglich zu erwähnen sind z. B. im Rahmen des Projekts Bernische Verkehrspolitik die Mitarbeit in der Fachgruppe Recht, das Mitwirken am Erlass eines Richtplans des Wanderwegnetzes und die Protokollführung der IKST, eines beratenden Organs der KKJPD.

Im Verlaufe des Berichtsjahres behandelte die Rechtsabteilung 45 (Vorjahr 42) Beschwerden gegen Entscheide der Regierungsverwaltungsstellen und der Abteilungen der Polizeidirektion. Erneut entfiel das Hauptgewicht auf Rekurse in fremdenpolizeilichen Angelegenheiten. Wesentlich betroffen waren im weiteren die Bereiche Strafvollzug und Verkehrsrecht. Die im letztjährigen Bericht erwähnten Schwierigkeiten bei der Anwendung der zeitlich befristeten Sonderbestimmungen betreffend schadstoffbezogene Besteuerung von Motorfahrzeugen konnten nach einem verwaltungsgerichtlichen Grundsatzentscheid weitgehend gemeistert werden. Neue Schwierigkeiten traten indessen bei der Anwendung der recht weit gefassten Bestimmungen der eidgenössischen Verkehrsversicherungsverordnung hinsichtlich Erteilung von Kollektivfahrzeugausweisen mit Händlerschildern zu Tage. Die Problematik soll 1989 u. a. auch in der IKST zur Sprache kommen. Weitgehend abgeschlossen werden konnten im Berichtsjahr die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Feuerwehr- und Rettungsdienst auf der N8. Die Rechtsabteilung erliess schliesslich 134 (Vorjahr 184) Verfügungen und Entscheide aller Art. In dieser Zahl sind, im Unterschied zum Vorjahr, die Verfügungen in gastgewerblichen Angelegenheiten und im Bereiche des Spielapparateswesens nicht mitenthalten. Auf dem Gebiet der motorsportlichen Veranstaltungen wurden, wie bereits im Vorjahr, nur noch bestehende Bewilligungen erneuert. In Anwendung von Artikel 45 des Gemeindegesetzes wurden 35 (Vorjahr 37) Gemeindereglements genehmigt. Eine Konferenz über die polizeirechtlichen Probleme für die Mitarbeiter von Regierungsver-

2.1.2 Service juridique

Une réorganisation du Secrétariat de la Direction et du Service juridique a été réalisée le 1^{er} juillet. A partir de cette date, le chef du Service juridique et secrétaire de direction alors en fonction a été chargé de tâches spéciales. Dès ce moment, le Service juridique réorganisé, placé sous la conduite par intérim de l'adjoint en fonction, a assumé les tâches principales qui lui reviennent, à savoir les procédures de recours en matière de police. En outre, notre Service va consolider sa position en tant qu'organe de consultations juridiques pour toute la Direction.

Cette solution provisoire, qui doit être considérée comme une mesure immédiate dictée par les circonstances, devrait entre autres contribuer à mieux faire face à l'augmentation soudaine des affaires enregistrées depuis le milieu des années huitante – l'effectif du personnel étant resté le même dans son ensemble depuis de nombreuses années.

Le domaine d'activité du Service juridique est complété par des tâches dépassant le cadre de la Direction, voire par des activités intercantionales telles que la collaboration apportée au groupe d'experts en droit dans le cadre du projet de la politique des transports du canton de Berne, la participation à l'élaboration d'un plan directeur du réseau du tourisme pédestre et la tenue des procès-verbaux de la CICR, un organe consultatif de la CDCJP.

Au cours de l'exercice, le Service juridique a traité 45 (42) recours contre des décisions prises par des préfets et des services de la Direction de la police. Comme précédemment, la plupart de ces recours relevait de la police des étrangers. Les domaines de l'exécution des peines et du droit de la circulation ont été également concernés à un degré important. Les difficultés énoncées dans le dernier rapport de gestion au sujet de l'application des prescriptions spéciales limitées dans le temps sur l'imposition des véhicules routiers tenant compte des substances toxiques ont pu être résolues dans une large mesure après qu'une décision de principe de droit administratif ait été prise. Par contre, de nouvelles difficultés sont apparues lors de l'application des prescriptions à l'énoncé très large de l'ordonnance fédérale sur l'assurance des véhicules au sujet de la délivrance de permis de circulation collectifs avec des plaques professionnelles. Ces problèmes seront débattus en 1989 également au sein de la CICR. Les travaux concernant le service de défense contre le feu et de sauvetage sur la route nationale N8 ont pu être terminés dans une large mesure au cours de l'exercice.

Le Service juridique a pris 134 (184) décisions de toutes sortes. Contrairement à l'année passée, les décisions ressortant à l'hôtellerie et à la restauration ainsi qu'aux appareils de jeu ne figurent pas dans ce chiffre. Comme l'année précédente, seules les autorisations de manifestations de sport automobile déjà existantes ont été renouvelées. En application de l'article 45 de la loi sur les communes, 35 (37) règlements com-

halterämtern, im Juni in Neuenstadt in französischer Sprache abgehalten, rundete die Aktivitäten der Rechtsabteilung ab. Auf dem Gebiet des Gastgewerbes erliess die Polizeidirektion insgesamt 70 Verfügungen und Entscheide. Ein Dekret und mehrere Verordnungen wurden im Berichtsjahr teilrevidiert sowie ein Gutachten über die Behandlung der Privateffekten von geflüchteten Gefangenen erarbeitet.

2.1.3 Gefängnisinspektorat

Die interkantonale Zusammenarbeit im Vollzugsbereich

1959 schlossen sich die elf Kantone der Nordwest- und Inner-schweiz – Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Luzern, Zug, Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau – zum Konkordat über den Vollzug von Strafen und Massnahmen zusammen. In den seitdem verstrichenen 30 Jahren erreichte dieses Konkordat eine intensive Zusammenarbeit im Straf- und Massnahmenvollzug und im Heim- und Anstaltswesen unter den Kantonen, insbesondere eine vollständige Abstimmung in der Anstaltsplanung und eine weitgehende Harmonisierung der Vollzugsgrundsätze. Dennoch blieben die Konkordatsorgane im Berichtsjahr 1988 keineswegs inaktiv, ganz im Gegenteil. Die Konkordatskonferenz genehmigte anlässlich ihrer Arbeitstagung vom 22. April 1988 in Bern einen Anforderungskatalog für die privaten und staatlichen Heime zum Vollzug der Halbfreiheit. In der ordentlichen Jahressitzung vom 18. November 1988 in Stans beschloss sie die neuen, um rund drei Prozent erhöhten Kostgeldansätze per 1. Januar 1990 der Konkordatsanstalten sowie die Aufhebung der deutschschweizerischen Koordinationskommission im Jugendmassnahmenvollzug, deren Aufgaben teilweise von der Schweizerischen Heimvereinbarung übernommen werden. Sie setzte sich überdies aufgrund des fünften Berichtes der Arbeitsgruppe «Bestand» mit Fragen des Bestandes, des Ausländeranteils, der Immunschwäche Aids und der Arbeitserziehung gemäss Artikel 110^{bis} StGB auseinander. Mit Bezug auf die Abgabe von Methadon und sterilen Spritzen hielt sie an ihrer bisherigen und bewährten ablehnenden Praxis fest.

Straf- und Massnahmenvollzug und Psychiatrie

Der Anteil an Suchtabhängigen, an psychisch Abnormen und selbst Geisteskranken im Straf- und Massnahmenvollzug stieg in den letzten Jahren stark an. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass eine grosse Zahl von Suchtabhängigen in offenen Heilstätten und Wohngemeinschaften nicht tragbar war bzw. dass die sich mehr und mehr öffnenden psychiatrischen Kliniken Vollzugsfälle nur noch im Ausnahmefall aufnahmen. Obwohl die Vollzugsanstalten ihr Betreuungs- und auch Behandlungsangebot stark ausgebaut und auch im Arbeitsbereich ein breiteres Angebot geschaffen hatten, bereiteten ihnen diese Männer und Frauen grosse Probleme. Und um diese zu meistern, waren sie auf die Unterstützung der externen Fachleute, insbesondere Psychologen und Psychiater, angewiesen. Im ambulanten Bereich stand den Anstaltsleitungen die forensische Abteilung bei der Psychiatrischen Universitätsklinik Bern helfend zur Verfügung; im stationären Bereich lehnte die Psychiatrie jedoch in den meisten Fällen eine Zusammenarbeit, d. h. eine mindest kurzfristige Aufnahme von Voll-

munaux ont été approuvés. Une conférence sur les problèmes du droit de la police a été tenue en français au mois de juin à La Neuveville pour les fonctionnaires des préfectures. La Direction a pris 70 décisions dans le domaine de l'hôtellerie et de la restauration. Un décret et plusieurs ordonnances ont été révisés partiellement et une expertise sur le traitement des effets privés des détenus en fuite a été réalisée.

2.1.3 Inspection des prisons

La coopération intercantonale dans l'exécution des peines

En 1959, les onze cantons de la Suisse du nord-ouest et de la Suisse centrale (Uri, Schwyz, Obwald, Nidwald, Lucerne, Zoug, Berne, Soleure, Bâle-Ville, Bâle-Campagne et Argovie) ont conclu un concordat sur l'exécution des peines et des mesures. Au cours de ces trente années, ce concordat est parvenu à établir une étroite collaboration entre les cantons au niveau de l'exécution des peines et des mesures et dans le domaine des foyers et des établissements, spécialement en ce qui concerne une concordance totale de la planification des établissements et une harmonisation étendue des principes de l'exécution des peines. Cependant, les organes concordataires ne sont nullement restés inactifs au cours de l'exercice, bien au contraire! Au cours de sa séance de travail du 22 avril 1988 à Berne, la Conférence concordataire a souscrit à un catalogue d'exigences pour les foyers privés et de l'Etat pour l'exécution des peines en semi-liberté. Lors de son assemblée ordinaire annuelle du 18 novembre 1988 à Stans, cette conférence a décidé une augmentation de trois pour cent environ des prix de pension des établissements concordataires dès le 1^{er} janvier 1990 ainsi que la suppression de la Commission de coordination pour l'exécution des mesures prises à l'égard d'adolescents de la Suisse alémanique, dont les tâches seront reprises en partie par la Convention relative aux institutions. En se référant au cinquième rapport du groupe de travail «Bestand», elle a en outre débattu les questions concernant les effectifs, la proportion d'étrangers, le sida et l'éducation au travail conformément à l'article 110^{bis} CPS. Elle a maintenu la pratique tendant jusqu'ici à refuser la distribution de méthadone et de seringues stériles.

Exécution des peines et des mesures et psychiatrie

La proportion des détenus toxicomanes, psychiquement déséquilibrés voire malades mentaux dans l'exécution des peines et des mesures a fortement augmenté au cours des dernières années. Ceci tient surtout au fait qu'un nombre important de toxicomanes n'est plus supportable dans les stations thérapeutiques ouvertes ou dans les groupes d'habitation et que les cliniques psychiatriques, qui appliquent de plus en plus un régime ouvert, n'acceptent plus qu'exceptionnellement des délinquants. Bien que les établissements d'exécution aient largement étendu leurs possibilités d'assistance et de traitement et qu'ils aient créé de nombreuses occasions de travail, ces hommes et femmes leur causent de graves problèmes qui ont nécessité le soutien de spécialistes externes, en particulier de psychologues et de psychiatres. Dans le domaine ambulatoire, la section médico-légale de la Clinique psychiatrique universitaire de Berne s'est mise à la disposition des directions des établissements. Par contre dans le domaine de l'internement clinique, la Psychiatrie a refusé dans la plupart des cas de

zugsfällen ab, oder sie fand sich nicht bereit, die Patienten aus dem Vollzug einigermaßen gesichert unterzubringen, so dass selbst schwer gefährliche Leute immer wieder davonlaufen konnten. Diese unhaltbare Situation im stationären Bereich veranlasste den Regierungsrat, auf Initiative der Polizeidirektion eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag einzusetzen, die Schaffung einer geschlossenen psychiatrisch ausgerichteten Abteilung zu prüfen. Diese interdirektionale Arbeitsgruppe – Polizei, Justiz und Gesundheit – besuchte im Berichtsjahr eine Reihe ähnlicher Institutionen im süddeutschen Raum und erarbeitete in der Folge einen Bericht mit Bedürfnisnachweis, Betriebskonzept, Standortvorschlägen und Kostenberechnungen, der dem Regierungsrat Anfang 1989 eingereicht werden soll. Am Regierungsrat wird es alsdann liegen, über das Schicksal der für den Straf- und Massnahmenvollzug an Männern und Frauen unbedingt notwendigen, geschlossenen, psychiatrisch ausgerichteten Abteilung zu entscheiden.

Aus der Arbeit der Aufsichtskommissionen

Die aus Fachleuten der verschiedensten Bereiche – Justiz, Bildung, Psychiatrie, Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft, Verwaltung usw. – zusammengesetzten Aufsichtskommissionen erfüllen mit dem Gefängnisinspektor die Aufgabe der Kontrolle der Vollzugsbetriebe. Sie beraten andererseits die einzelnen Heim- und Anstaltsbetriebe und die Polizeidirektion in betrieblichen, personellen und konzeptionellen Fragen. Letzteres setzt voraus, dass die Heim- und Anstaltsleitungen die Kommissionen offen und ehrlich informieren und auf vorhandene Probleme aufmerksam machen; dies ist auch tatsächlich der Fall.

Die Aufsichtskommission über die Erwachsenenanstalten befasste sich 1988 im Rahmen der vier Delegationen Thorberg, Witzwil, St. Johannsen und Hindelbank in acht ganztägigen Sitzungen mit dem aktuellen Vollzugsgeschehen, aber auch mit organisatorischen und konzeptionellen Fragen wie baulichen Massnahmen. Sie führte Gespräche mit einer Vielzahl von Vollzugsmitarbeitern und Eingewiesenen und besichtigte einzelne Anstaltsbereiche. Die Gesamtkommission diskutierte an ihrer Jahressitzung u. a. die Drogenproblematik im Straf- und Massnahmenvollzug.

Die Aufsichtskommission über das Jugendheim Prêles setzte sich im Berichtsjahr in zwei Sitzungen einlässlich mit dem Heimgeschehen, der Bestandesentwicklung und der künftigen Aufgabenstellung auseinander, visionierte und diskutierte zwei Fernsehbeiträge über das Heim. Sie liess sich im übrigen über die neue EDV-Anlage informieren.

Die Aufsichtskommission über das Jugendheim Lory diskutierte in drei halbtägigen Sitzungen die Einweisungs- und Bestandessituation, die mögliche Änderung des Aufgabenbereichs und die damit zusammenhängenden finanziellen Fragen. Sie besichtigte im Rahmen einer auswärtigen Sitzung ein Schulungs- und Wohnheim für körperbehinderte Kinder.

collaborer, c'est-à-dire d'accueillir des détenus ne serait-ce que pour une courte durée, ou bien elle n'a pas consenti à placer les patients confiés par les responsables de l'exécution des peines avec une garantie minimale de sécurité, laissant courir un danger de fuite pour des délinquants particulièrement dangereux. Cette situation insoutenable dans le domaine de l'internement clinique a amené le Conseil-exécutif, sur l'initiative de la Direction de la police, à mandater un groupe de travail en vue de la création d'une section psychiatrique fermée. Ce groupe de travail interdirectionnel – police, justice et santé publique – a visité au cours de l'exercice des institutions similaires se trouvant en Allemagne du sud; il a ensuite élaboré un rapport sur l'inventaire des besoins, le concept d'exploitation, des propositions concernant l'emplacement et les calculs des coûts; ce rapport sera soumis au Conseil-exécutif au début de 1989. Ce sera alors au Conseil-exécutif de décider du sort de cette section psychiatrique fermée qui représente une nécessité absolue pour ces détenus.

Activité des commissions de surveillance

Les commissions de surveillance, composées de spécialistes des domaines les plus divers – justice, formation, psychiatrie, artisanat, industrie, agriculture, administration, etc. – sont chargées du contrôle des exploitations de l'exécution, en collaboration avec l'inspecteur des prisons. D'autre part, elles conseillent les foyers et les établissements ainsi que la Direction de la police dans les domaines des structures, du personnel et de l'exploitation. Ceci suppose que les directions des foyers et des établissements renseignent les commissions de manière claire et honnête, ce qui est le cas en l'occurrence. La commission de surveillance des établissements pour adultes, dans le cadre des quatre délégations de Thorberg, Witzwil, Saint-Jean et Hindelbank, s'est occupée au cours de huit journées de travail de l'actualité pénitentiaire ainsi que de questions touchant à l'organisation et au système d'exécution, ou des mesures à prendre dans le domaine de la construction. Elle a eu des entretiens avec de nombreux collaborateurs de l'exécution et des détenus et a visité différentes sections des établissements. Au cours de son assemblée générale, l'ensemble de la commission a débattu, entre autres, les problèmes liés à la drogue dans l'exécution des peines et des mesures.

A l'occasion de deux séances, la commission de surveillance du foyer pour jeunes de Prêles a examiné l'activité du foyer, l'évolution de l'effectif et les tâches à remplir dans le futur. En outre, elle a visionné et discuté deux émissions télévisées sur le foyer et a été informée sur la nouvelle installation TED.

La commission de surveillance du foyer pour jeunes «Lory» a siégé pendant trois demi-journées, au cours desquelles elle a discuté de la situation concernant les placements et les effectifs, la modification éventuelle des tâches et les questions financières s'y rapportant. Dans le cadre d'une séance tenue à l'extérieur, elle a visité un foyer éducatif et d'habitation pour enfants handicapés.

2.1.4 *Anstalten und Jugendheime*

Strafanstalt Thorberg

Personelles

An Aus- und Weiterbildungskursen nehmen 48 Beamte an 324 Tagen teil. U. a. schlossen wiederum 3 Beamte mit Erfolg den Diplomkurs des Schweizerischen Ausbildungszentrums für das Strafvollzugspersonal ab. Weitere 18 Beamte besuchten an 111 Tagen Zivil- und Betriebsschutzkurse, obwohl jegli-

2.1.4 *Etablissements et foyers pour jeunes*

Etablissement pénitentiaire de Thorberg

Personnel

48 fonctionnaires ont suivi les cours de formation de base et de formation continue pendant 324 jours. 3 collaborateurs ont passé avec succès l'examen pour l'obtention du diplôme d'employé d'établissement pénitentiaire du Centre suisse de formation du personnel pénitentiaire. 18 autres fonctionnaires ont

che Schutzzräume und Einrichtungen in der Anstalt selbst fehlen. Wegen Krankheit und Unfall fehlten 48 Beamte an 465 Tagen. Von den insgesamt 107 Angestellten wurden 3 pensioniert, davon 2 vorzeitig aus gesundheitlichen Gründen. Ferner traten 5 Beamte nach relativ kurzer Dienstzeit wieder aus. Bis zu Jahresende konnten alle Stellen wieder besetzt werden.

Eingewiesene

Der Bestand der Eingewiesenen war mit 193 (Vorjahr 204) Eintritt und 195 (Vorjahr 202) Austritten nur wesentlich verändert und betrug am Jahresende 196 (Vorjahr 198), davon waren 111 (Vorjahr 96) Ausländer aus insgesamt 26 (Vorjahr 19) Staaten. Die Neueintritte wiesen folgende Hauptdelikte auf: 30 (Vorjahr 37) Vergehen gegen Leib und Leben, 10 (Vorjahr 8) Vergehen gegen die Sittlichkeit, 51 (Vorjahr 49) Vermögensdelikte, 64 (Vorjahr 63) Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz und 38 (Vorjahr 47) andere. Die Halbfreiheit in verschiedenen Übergangsheimen wurde 29 (Vorjahr 12) Männern gewährt, von denen 17 (Vorjahr 3) scheiterten und in den Strafvollzug zurückgeführt werden mussten.

Bei total 589 (Vorjahr 410) Urlauben wurden in 15 (Vorjahr 19) Fällen eine Flucht oder massiv verspätete Rückkehr registriert, was 2,54 Prozent (Vorjahr 4,05%) entspricht. Von total 35 (Vorjahr 44) Entweichungen erfolgten 15 (Vorjahr 19) ab Urlaub, 13 (Vorjahr 22) ab Aussenarbeit, 1 (Vorjahr 1) ab Klinik und 1 (Vorjahr 2) aus dem Innern der Anstalt. Am Jahresende waren 28 (Vorjahr 33) Mann wieder verhaftet oder freiwillig zurückgekehrt und 7 (Vorjahr 11) noch auf der Flucht.

In der ersten Jahreshälfte sank der Bestand auf 147 (Vorjahr 159), weshalb vermehrt Verurteilte aus dem Ostschweizer Konkordat aufgenommen wurden, weil dort nach wie vor Wartelisten bestanden. Insgesamt wurden 60 736 (Vorjahr 61 333) Straftage registriert, wovon 40 145 (40 709) Arbeitstage. Vom Ausbildungsangebot wurde wie folgt profitiert: 1 Kochlehre, 2 Anlehren Gärtnerei und Korberei, 8 Teilnehmer am Schreibmaschinenkurs mit Abschluss, 4 Teilnehmer am EDV-Kurs. Dazu kamen laufend Sprachkurse in Englisch und Deutsch für Anderssprachige sowie die regelmässigen Gruppengespräche der Vereinigung für Gefährdetenhilfe, der Missione Cattolica und die Tamilen-Betreuung, welche z. T. während der Arbeitszeit erfolgten.

Betrieb

Auf den 1. Januar 1988 wurde der Anstaltsbetrieb Thorberg auf das EDV-System KOFINA-P umgestellt. Es umfasst die ganze Insassenadministration, das Rechnungswesen mit Inventar und Insassenmarkt, die Personaladministration sowie die Textverarbeitung.

Die dringend nötige Sanierung der veralteten und zunehmend schadhafte Bauten wurde wieder einmal vertagt. Das überarbeitete Neukonzept für die Anstalt Thorberg wurde zwar vom bernischen Polizeidirektor genehmigt, fiel aber der «rollenden Planung» von Finanz- und Hochbauamt zum Opfer. Die Anstaltsleitung machte erneut die zuständigen Instanzen darauf aufmerksam, dass gesetzliche Vorschriften nicht mehr eingehalten werden konnten und dass sie die Verantwortung dafür ablehnen muss. Dasselbe galt für den Bereich Sicherheit, wo eine moderne Personen- und Gepäckkontrollanlage nach wie vor fehlt.

suivi, durant 111 jours, les cours de protection civile et de protection d'établissements, et ceci bien que notre établissement ne possède ni abri ni installation de protection. 48 fonctionnaires ont manqué pendant 465 jours pour cause de maladie et d'accident. 3 des 107 employés ont pris leur retraite, dont 2 de manière anticipée pour raisons de santé. 5 fonctionnaires ont démissionné après avoir rempli leur fonction pendant un laps de temps assez court. Tous les postes ont été à nouveau occupés jusqu'à la fin de l'année.

Détenus

L'effectif des détenus n'a guère changé: 193 (204) entrées et 195 (202) sorties, 196 (198) détenus étaient enregistrés à la fin de l'année, dont 111 (96) étrangers provenant de 26 (19) pays. Voici les principaux délits commis par les nouveaux arrivés: 30 (37) délits contre la vie et l'intégrité corporelle, 10 (8) délits contre les bonnes mœurs, 51 (49) délits contre les propriétés, 64 (63) infractions contre la loi sur les stupéfiants et 38 (47) autres. 29 (12) hommes ont été placés dans les foyers de semi-liberté, 17 (3) d'entre eux ont dû être reconduits en milieu pénitentiaire.

Sur un total de 589 (410) congés, 15 (19) cas de fuite ou de rentrées fort tardives ont été enregistrés, ce qui représente 2,54 pour cent (4,05%). Des 35 (44) évasions, 15 (19) ont eu lieu pendant les congés, 13 (22) pendant le travail externe, 1 (1) d'une clinique et 1 (2) depuis l'intérieur de l'établissement. A la fin de l'année, 28 (33) évadés ont été à nouveau arrêtés ou sont revenus de plein gré et 7 (11) étaient encore en fuite.

Dans le courant du premier semestre, l'effectif s'était abaissé à 147 (159) détenus; pour cette raison et, vu les listes d'attente existant en Suisse orientale, la décision a été prise d'accueillir un nombre plus grand de condamnés provenant du concordat de cette région. Au total, 60 736 (61 333) journées de détention ont été enregistrées, dont 40 145 (40 709) journées de travail. Les possibilités de formation ont été utilisées comme suit: l'apprentissage de cuisinier, 2 formations de base dans l'exploitation horticole et à la vannerie, 8 participants au cours de machine à écrire avec examen, 4 participants au cours TED. Des cours de langues étrangères en anglais et en français ont été organisés ainsi que des discussions en groupe, préparées régulièrement par la «Vereinigung für Gefährdetenhilfe», la Mission catholique et le groupe d'assistance aux Tamouls qui ont eu lieu en partie pendant les heures de travail.

Exploitation

L'exploitation de l'établissement a été adaptée au système de traitement des données KOFINA-P au 1^{er} janvier. Celui-ci englobe les domaines de la gestion des détenus, la comptabilité et l'inventaire du point de vente pour les détenus, l'administration du personnel ainsi que le traitement de texte.

L'assainissement indispensable des constructions, qui sont vieilles et des plus en plus décrépies, a été ajourné une nouvelle fois. Le nouveau concept remanié pour l'établissement de Thorberg, bien qu'approuvé par le directeur de la police du canton de Berne, a été victime de la «planification permanente» au niveau des finances et des constructions. Une fois de plus, la direction de l'établissement a attiré l'attention des organes compétents sur le fait que certaines prescriptions prescrites légales ne pouvaient plus être respectées et qu'elle déclinait toute responsabilité en la matière. Ceci concernait également le domaine de la sécurité; là encore une installation moderne de contrôle des personnes et des bagages fait défaut.

*Anstalten Witzwil**Eingewiesene*

Im Berichtsjahr verzeichneten die Anstalten Witzwil 248 (Vorjahr 296) Eintritte und 282 (Vorjahr 304) Austritte. Von den Eingewiesenen waren 16,1 Prozent Ausländer aus 10 verschiedenen Nationen. 26 Eingewiesene traten ihre Strafe vorzeitig an. Der durchschnittliche Insassenbestand ging von 186 im Vorjahr auf 181 zurück. Einer der Gründe für die schwächere Belegung lag darin, dass Strafen bis zu sechs Monaten mehrheitlich in der Form der Halbgefängenschaft absolviert werden. Auch wurden im Berichtsjahr keine Militärverweigerer eingewiesen. Die Halbfreiheit wurde 59 Männern, davon 28 im eigenen Übergangsheim Eschenhof gewährt. In 11 Fällen musste sie abgebrochen werden, bei 6 Insassen wegen Drogen- und bei 5 wegen anderer Vergehen. Bei total 1394 gewährten Urlauben kam es in 26 Fällen zu Fluchten oder massiv verspäteter Rückkehr, was einer Missbrauchsquote von 1,87 Prozent entspricht.

6 Eingewiesenen wurde die Möglichkeit geboten, ihre Berufslehre (KV, Maurer, Maler, Elektriker, EDV-Programmierer) fortzusetzen oder eine solche zu beginnen. Mit Ausnahme der beiden Malerlehrlinge absolvierten die Eingewiesenen ihre Lehre ausserhalb der Anstalt, d.h. bei externen Lehrmeistern.

Betrieb

Wegen des tieferen Bestandes an Eingewiesenen mussten im Berichtsjahr zwei Gewerbebetriebe geschlossen werden. Der Landwirtschaft standen hingegen nach wie vor rund 40 Prozent der Eingewiesenen zur Verfügung. Das Landwirtschaftsjahr 1988 war eines der besten in der Geschichte Witzwils überhaupt. In keinem Betriebszweig mussten empfindliche Ertragsseinbussen verzeichnet werden. Auch die Bereiche Schweine-, Rindvieh- und Fohlenzucht erbrachten gute Resultate. Dies war um so erfreulicher, als sich die Betriebsleitung bemühte, der «Integrierten Produktionsweise» nachzuleben und in unkonventionellen Tierhaltungsformen als Beispiel voranzugehen. Im Berichtsjahr konnte die Gesamtmelioration der Domäne Witzwil mit der Übersandung von 25 ha nach mehr als zehnjähriger Arbeit abgeschlossen werden. Die Resultate waren bis dahin durchwegs als positiv zu werten.

Die Vorbereitungen für die Einführung der EDV wurden in der zweiten Jahreshälfte 1987 an die Hand genommen. Das Nixdorf-System 8870/45 Quattro konnte Anfang April 1988 installiert werden. Sämtliche Bereiche der Anstaltsbetriebe – Insassenadministration, Gewerbe, Verwaltung, Buchhaltung – wurden einer Analyse unterzogen. Die so erarbeiteten Arbeitsabläufe wurden auf ihre EDV-Tauglichkeit untersucht, und es konnten entsprechende Änderungen im Betriebsablauf vorgenommen werden. Weiter wurde per 1. Januar 1988 der neue Kontenplan KOFINA-P eingeführt. Dieser musste dann parallel mit dem Kontenplan NPM in Übereinstimmung gebracht werden. Die nötigen Arbeiten zur Übernahme der Budgets konnten Ende Februar 1988 abgeschlossen werden; Anfang August wurde das gesamte Rechnungswesen auf EDV umgestellt und Anfang November der automatische Debitoren-Zahlungsverkehr eingeführt.

*Anstalten St. Johannsen**Eingewiesene*

Zu Beginn des Berichtsjahres betrug der Eingewiesenenbestand 76 Männer, währenddem am Ende des Jahres 67 Insassen verblieben. Die Bestandesreduktion war u. a. auf die grössere Möglichkeit der Strafverbüsung in Halbgefängenschaft, den Rückgang der Fälle nach Artikel 42 StGB und die zurück-

*Etablissements de Witzwil**Détenus*

Au cours de l'exercice, 248 (296) entrées et 282 (304) sorties ont été enregistrées. 16,1 pour cent des détenus étaient des étrangers venant de 10 nations différentes. 26 détenus ont commencé prématurément l'exécution de leur peine. L'effectif moyen a passé de 186 l'année précédente à 181. Une des raisons de cette diminution est due au fait que les peines allant jusqu'à six mois sont exécutées en majorité sous forme de semi-détention. Aucun objecteur de conscience n'a été placé à Witzwil. 59 hommes ont été placés dans des établissements de semi-liberté, dont 28 à l'Eschenhof. Dans 11 cas, le régime de semi-liberté a dû être interrompu, dont 6 à cause d'infractions dues à la drogue. Sur un total de 1394 congés, 26 fuites ou rentrées fort tardives ont été dénombrées, ce qui représente 1,87 pour cent.

6 détenus ont pu poursuivre leur formation professionnelle ou ont pu la commencer (commerce, maçon, peintre, électricien, programmeur). Exception faite des deux maçons, les détenus ont achevé leur apprentissage à l'extérieur.

Exploitation

Deux branches d'exploitation ont dû être fermées à cause de l'effectif réduit des détenus. Par contre, le domaine de l'agriculture a pu disposer comme auparavant d'environ 40 pour cent des détenus. Le résultat obtenu dans le secteur de l'agriculture a été un des meilleurs qu'ait connu Witzwil. Aucun secteur d'exploitation n'a dû subir de sensibles diminutions du rendement. L'élevage des porcs, des bovins et des poulains a donné également de bons résultats. Ceci est d'autant plus réjouissant que la direction de l'exploitation s'est efforcée d'appliquer le procédé de la production intégrée et de montrer l'exemple quant aux différentes formes non conventionnelles de garde du bétail. Le sablage de 25 ha de terrain a conclu les travaux d'amélioration du domaine de Witzwil, qui ont duré plus de dix ans. Les résultats obtenus jusqu'à maintenant sont positifs.

Les préparatifs pour l'introduction du traitement électronique des données ont débuté durant le second semestre de 1987. Le système Nixdorf 8870/45 Quattro a été installé au début d'avril 1988. Une analyse de tous les domaines des établissements a été effectuée, à savoir la gestion des détenus, les exploitations, l'administration et la comptabilité. Les différents déroulements de travaux ainsi obtenus ont été analysés quant à leur adaptabilité au TED et les modifications nécessaires effectuées. En outre le système KOFINA-P a été introduit le 1^{er} janvier 1988 et a dû être adapté parallèlement au NMC (nouveau modèle de comptes). Les travaux concernant la saisie du budget ont été terminés à la fin février; l'ensemble de la comptabilité a été informatisée au début du mois d'août et l'automatisation des opérations de paiement des débiteurs introduite au début de novembre.

*Etablissements de Saint-Jean**Détenus*

L'effectif des détenus était de 76 hommes au début de l'année et de 67 à la fin de l'exercice. Cette diminution est due, entre autres, à la plus grande importance donnée à l'exécution des peines sous forme de semi-détention, la baisse des cas définis à l'article 42 CPS et à la réserve exercée au moment d'ordon-

haltende Anordnung von FFE-Massnahmen zurückzuführen. Die mittlere Auslastung der Abteilungen betrug im Berichtsjahr 76 Prozent.

Die gesellschaftlichen und politischen Bestrebungen Richtung Entkriminalisierung von weichen Drogen, die Zunahme an stark suchtmittelabhängigen Eingewiesenen mit der Problematik des internen und externen Drogenmissbrauchs zwangen die Anstaltsleitung zum Überdenken des Konzeptes im Vollzug an Drogenkonsumenten. Bei langjährigen Mitarbeitern der Suchtabteilung machten sich zudem gewisse Ermüdungserscheinungen bemerkbar. Der reduzierte Bestand bei gleichzeitiger Zunahme an physisch und psychisch schwerst geschädigten Insassen verlangte eine überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter sowohl im Betreuungs- als auch im Arbeitsbereich.

Betrieb

Im Herbst 1988 konnte das neu erstellte Ökonomiegebäude bezogen werden, nachdem der alte, baufällige Wagenschopf abgebrochen werden musste. Mit der Inbetriebnahme dieses Bauwerks konnte das Neukonzept der Landwirtschaft vollumfänglich verwirklicht werden. Die optimistischen Budgetwerte für Landwirtschaft- und Gartenbetrieb konnten dank des guten Landwirtschaftsjahres vollumfänglich erreicht werden. In den Gewerbebetrieben fiel der Umsatz praktisch gleich aus wie im Vorjahr. Aufgrund des tieferen Eingewiesenenbestandes mussten verschiedene Aufträge abgesagt werden. Dies war um so bedauerlicher, als während Jahren intensiv Akquisitionsbetriebe betrieben werden musste. Aufgrund der fehlenden Kostgeldeinnahmen und der geringeren Einnahmen in den Gewerbebetrieben, bei gleich hohen fixen Kosten, ergab sich leider ein um rund 300 000 Franken höheres Defizit.

Anstalten Hindelbank

Eingewiesene

Der anhaltend hohe Belegungsgrad, die Erhaltung der Straferstehungsfähigkeit von eingewiesenen Frauen mit mehrjährigen Strafen sowie die Stützung der grösseren Gruppe von Frauen mit Suchtproblemen (davon ca. 80% Aids-infiziert) stellte an alle Mitarbeiterinnen sehr hohe psychische und physische Anforderungen. Repressive Mittel im Sinne von Sanktionen brachten keinerlei Besserung und mussten von Seiten des Personals durch sogenanntes «einführendes Verständnis», verschiedenste Lernangebote, Hilfe zur Selbsthilfe, therapeutische Angebote, Sozialhilfen, Beschäftigungsangebote, usw. ersetzt werden. Voraussetzung für jegliche betreuungsorientierte Vollzugsarbeit bildet aber stets die allgemeine Straferstehungsfähigkeit und generelle Behandlungsbereitschaft der eingewiesenen Frauen.

Betrieb

Die Planung der Sanierung der Landwirtschaft konnte weitgehend abgeschlossen werden. Eine baubegleitende Arbeitsgruppe (Gefängnisinspektorat, Hochbauamt, Anstalt) begann mit der Überarbeitung des Projektes «Carmen» zur Gesamt-sanierung des Anstaltsbereiches (Eingabe an den Grossrat 1989/90). Dank der guten Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenverein und einer vielfältigen Kundschaft sowie dank des grossen Einsatzes von Mitarbeiterinnen und Insassinnen konnte die Beschäftigungsstruktur im Gewerbe erfreulich stabil gehalten werden.

Beim Personal war auch 1988 eine Grosszahl von Mutationen zu verzeichnen, vor allem im Betreuungsbereich. Die Gründe lagen im hohen Belegungsdruck, bei den vielfältigen Proble-

ner des Mesures de privation de liberté à des fins d'assistance. Le taux d'occupation moyen a été de 76 pour cent.

Les tendances socio-politiques visant à décriminaliser des drogues douces, l'augmentation des détenus hautement toxicomanes liée au problème de l'abus de stupéfiants à l'intérieur et à l'extérieur des établissements ont obligé la direction des établissements à revoir son concept sur l'exécution de mesures prises à l'égard des toxicomanes. En plus, les collaborateurs de longue date travaillant dans le secteur pour toxicomanes ont donné certaines signes de fatigue. Le fait que le taux de détenus gravement atteints physiquement et psychiquement ait augmenté parallèlement à la diminution de l'effectif total a requis une disponibilité hors du commun de la part des collaborateurs dans les domaines de l'assistance et du travail.

Exploitation

Le nouveau bâtiment économique a été occupé dans le courant de l'automne après que l'ancien hangar à chars délabré ait été démolé. Ceci a permis l'entière réalisation du nouveau concept agricole. Les budgets agricoles et horticoles optimistes ont été atteints grâce à un temps favorable. Le chiffre d'affaires des branches artisanales est resté pratiquement inchangé par rapport à celui de l'année précédente. Certaines commandes ont dû être refusées à la suite du nombre plus bas de détenus. Cette situation est d'autant plus regrettable lorsqu'on considère l'immense travail effectué pendant de nombreuses années pour acquérir une clientèle fidèle. L'insuffisance des recettes de pension et le moindre produit des branches artisanales ont creusé, à frais fixes inchangés, un déficit d'environ 300 000 francs plus élevé.

Etablissements de Hindelbank

Détenues

La persistance d'un taux d'occupation élevé, l'aptitude à l'exécution d'une peine de longue durée pour certaines détenues ainsi que le soutien à apporter au groupe important de femmes toxicomanes (dont 80% sont séro-positives) ont requis du personnel une très grande disponibilité, aussi bien psychique que physique. Des mesures répressives telles que des sanctions n'ont apporté aucune amélioration et le personnel a dû faire preuve d'une plus grande intuition, proposer des cours dans les domaines les plus divers, aider les détenues à leur propre prise en charge, proposer des possibilités thérapeutiques, une assistance sociale, des possibilités d'occupation, etc. Cependant, la condition sine qua non pour une exécution associée à l'assistance donnée aux détenues reste l'aptitude à l'exécution d'une peine et la disponibilité des femmes incarcérées à accepter leur traitement.

Exploitation

La planification de l'assainissement du domaine agricole a été achevée dans une large mesure. Un groupe de travail concernant les travaux de construction, formé par l'Inspection des prisons, l'Office des bâtiments et les établissements, a commencé le remaniement du projet «Carmen» de l'assainissement global des établissements (soumis au Grand Conseil en 1989/90). Le taux d'occupation dans les différentes branches de l'exploitation est resté stable grâce à la bonne collaboration avec la Société d'utilité publique des femmes suisses, à la diversification de la clientèle et à l'engagement du personnel et des détenues.

Un nombre important de mutations a été enregistré à nouveau au cours de l'exercice, en particulier dans le domaine de l'as-

men in der Vollzugsarbeit mit der recht grossen Zahl physisch und psychisch geschwächter Frauen, bei der ungenügenden berufsspezifischen Ausbildung des Personals sowie der äusserst eng begrenzten Möglichkeiten zur aktiven Personalentwicklung. Es zeigte sich, dass zwecks Stabilisierung der eingeführten Neukonzeption und Gewährleistung guter Vollzugsarbeit sowie wirksamer ergebnisorientierter, personalfördernder und dynamischer Betriebsführung, zeitgemässe Führungsinstrumente, welche eine möglichst eigenständige Betriebsführung, innovatives Handeln und eine aktive Personal- und Kaderentwicklung ermöglichen, nötig sind. Diesbezüglich sind die vorhandenen, auf die Bedürfnisse einer Zentralverwaltung hin ausgerichteten Rahmenbedingungen und Reglementierungen zu eng gefasst.

Jugendheim Prêles

Personelles

Im Berichtsjahr besuchten 20 Mitarbeiterinnen verschiedene Bildungskurse: Einführungskurse für neu eintretendes Personal, Tagungen, Seminare, EDV-Kurse, Fortbildungskurse, Atemschutzkurs, Kurse am Schweizerischen Institut für Berufspädagogik und Studienreise nach Luxemburg/Frankreich.

Am 25. November 1988 starb Schmiedemeister Werner Bieri, 1930, an einem Herzversagen mitten aus seinem segensreichen Wirken.

An Aktivitäten zur Pflege der Hausgemeinschaft waren zu verzeichnen: fünf Personalzusammenkünfte, Familienabend, Tagesausflug, Kleinkaliberwettschiessen, Familien-Picknick, Erntedankfest, Saujasset, Heimweihnachtsfeier.

Betrieb

Die Umstellung auf die neue EDV-Anlage bereitete den davon betroffenen Mitarbeiter/innen Freuden und Leiden. Auf längere Sicht betrachtet, werden von dieser technischen Hilfe in verschiedenen Arbeitsbereichen bestimmt Erleichterungen zu erwarten sein. In den Monaten März und Mai wurden durch je eine Equipe der TV Suisse Romande «Temps present» bzw. «Volets verts» im Heim und in der nahen Umgebung Aufnahmen – verbunden mit Interviews – gemacht und am 26. Mai bzw. 28. Mai 1988 über den Bildschirm ausgestrahlt. Die beiden Aktionen wickelten sich in gegenseitig gutem Einvernehmen ab. Im Jahre 1988 besuchten 95 Gruppen mit insgesamt 695 Besuchern den Heimbetrieb.

Jugendliche

Zwei Maler und zwei Köche schlossen ihre Lehre erfolgreich ab. Ein Holzbearbeiter für Innenausbau, ein Gartenbearbeiter in der Landschaftsgärtnerei und ein Metallbearbeiter absolvierten mit Erfolg eine anerkannte Anlehre. Vier Protestanten beendigten den Unterricht mit der Konfirmation in der Kirche Täuffelen und ein Katholik mit der Kommunion in Neuenstadt. Anlässlich der im Heim durchgeführten Rekrutierung wurden neun von elf Stellungspflichtigen als diensttauglich erklärt; zwei davon erwarben das Armeesportabzeichen. Im Laufe des Berichtsjahres wurden zusammen mit dem Hausarzt zwei Aids-Reihenuntersuchungen durchgeführt. Schwerpunkte im Freizeitbereich: Ski- und Wanderlager, Nothelferkurse, Urteilsaktionen, Fussballturniere, Lehrlingswettbewerbe, Zirkus Knie, Theatervorführungen, Velotouren, Sporttag, Bastelkurse.

sistance. Celles-ci sont dues au taux d'occupation élevé, aux problèmes les plus divers inhérents au travail dans l'exécution des peines avec un grand nombre de détenues physiquement et psychologiquement déséquilibrées, au manque de formation spéciale du personnel et aux possibilités de formation du personnel qui sont des plus restreintes. Des instruments de conduite modernes permettant une gestion d'entreprise aussi autonome que possible, une activité innovatrice et une dynamisation du personnel et des cadres, se sont avérés indispensables afin de stabiliser l'application du nouveau concept, de garantir une bonne exécution et une gestion d'entreprise efficace à tous les niveaux. Les conditions-cadres et les réglementations existant en la matière axées selon les besoins découlant d'une administration centrale s'avèrent trop restrictives.

Foyer pour jeunes de Prêles

Personnel

Au cours de l'exercice, 20 collaboratrices et collaborateurs ont suivi différents cours de formation: cours d'introduction pour le nouveau personnel, conférences, séminaires, cours TED, cours de perfectionnement, cours de protection respiratoire, cours à l'Institut suisse de pédagogie professionnelle et voyage d'étude au Luxembourg et en France.

Le 25 novembre, M. Werner Bieri, né en 1930, maître forgeron, est décédé à la suite d'une défaillance cardiaque.

Signalons parmi les activités communautaires: cinq réunions du personnel, la soirée familiale, l'excursion d'une journée, le concours de tir de petit calibre, le pique-nique familial, la fête des récoltes, le jass au cochon, la fête de Noël.

Exploitation

La conversion à l'informatique a été source de satisfaction et de tracas pour le personnel concerné. A long terme, cette aide technique va certainement apporter des allègements dans les activités des différents domaines. Au cours des mois de mars et de mai, des prises de vues et des interviews ont été réalisées par les équipes de «Temps présent» et de «Volets verts» de la Télévision Suisse Romande au foyer et dans les environs immédiats. Celles-ci ont été diffusées les 26 et 28 mai. Cette réalisation s'est déroulée dans un climat de compréhension mutuelle. 695 personnes réparties en 95 groupes ont visité le foyer.

Adolescents

Deux maçons et deux cuisiniers ont réussi leur examen de fin d'apprentissage. Un travailleur sur bois pour l'aménagement intérieur, un jardinier paysagiste et un ouvrier métallurgiste ont terminé avec succès leur formation élémentaire. Quatre protestants ont achevé leur instruction religieuse par la confirmation à l'église de Täuffelen et un catholique par sa communion à La Neuveville. Des onze adolescents concernés par le recrutement militaire, neuf ont été considérés comme aptes au service et deux ont obtenu l'insigne sportif de l'armée. Deux séries d'examens de dépistage du sida ont été organisées par le médecin du foyer. Parmi les loisirs mentionnons surtout les camps de ski et de randonnée, les cours de premiers soins, les manifestations organisées pendant les congés, les tournois de football, les concours d'apprentis, le cirque Knie, les représentations théâtrales, les tours en bicyclette, la journée sportive et les cours de bricolage.

*Jugendheim Lory**Personal*

Das Berichtsjahr verlief gesamthaft gesehen ruhig. Der krankheitshalber bedingte Ausfall einer Mitarbeiterin musste mit zwei Teilzeitmitarbeiterinnen abgedeckt werden. Den hohen Anforderungen wegen gestaltete sich die Personalsuche weiterhin sehr schwierig.

Jugendliche

Verglichen mit andern schweizerischen Heimen, die zum Teil gegen Unterbelegung zu kämpfen haben, war das Jugendheim Lory durchschnittlich gut besetzt. Weil die meisten Versorger immer länger mit einer Heimeinweisung zuwarten, herrschte im Heim innerhalb der Töchtergruppe oft eine gespannte Situation. Trotz allen Schwierigkeiten in der Freizeitbetreuung wie auch im Bereich der Arbeitsförderung bestanden alle drei angemeldeten Töchter die BIGA-Abschlussprüfung als hauswirtschaftliche Angestellte. Die vielfältigen Freizeitangebote wurden unterschiedlich, leider zu oft sehr spärlich genutzt. Selbst Wochen- und Wochenendlager lösten gelegentlich wenig Begeisterung aus. Erfreulich war, dass sowohl in der Gärtnerei wie auch in der Schreinerei je eine Tochter ein Anlehrlingsverhältnis einging. Leider mussten, was im Jugendheim Lory sehr selten vorkommt, eine äusserst schwierige Tochter in ihrem Einverständnis nach zwei Jahren in ein anderes Heim umplaziert werden. Die immerhin etwas stabilisierte Tochter wurde aber schon nach zwei Monaten dem Versorger endgültig zur Verfügung gestellt.

Betrieb

Heime sind Dienstleistungsbetriebe, müssen den Bedürfnissen der Versorger angepasst werden. In diesem Sinn befasste sich der ganze Mitarbeiterstab mit den Fragen des Platzbedarfs und des Angebots, ohne grosse Folgekosten. Dabei bestand die Zielsetzung darin, das Jugendheim Lory als bewegliche und experimentierfreudige Institution zu erhalten, ohne die Grenzen des Machbaren zu überschreiten.

2.2 Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug**2.2.1 Abteilungspersonal**

Der Personalbestand hat sich im Berichtsjahr nicht verändert (16). Die Auswirkungen der 1987 allseits begrüßten Arbeitszeitverkürzung von 44 auf 42 Stunden sind immer noch spürbar; der Umfang der Aufgaben nimmt eher zu und damit auch die Anforderungen.

2.2.2 Überstellung von Verurteilten

Am 1. Mai 1988 ist für die Schweiz das Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen in Kraft getreten. Dem Übereinkommen gehören neben der Schweiz bisher 14 Staaten an: Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden, Spanien, Türkei, USA und Zypern. Ziel der Vereinbarung ist die Erleichterung der Rückführung verurteilter Ausländer in ihre Heimat. Sie betrifft selbstverständlich nur verurteilte Ausländer in der Schweiz, deren Herkunftsland das Über-

*Foyer pour jeunes «Lory»**Personnel*

L'exercice s'est déroulé calmement dans son ensemble. L'absence d'une collaboratrice due à la maladie a été compensée par deux collaboratrices à mi-temps. La recherche de personnel compétent a continué d'être difficile vu les exigences élevées au niveau du travail.

Adolescentes

En comparaison d'autres foyers suisses qui doivent, en partie, faire face à une sous-occupation, le taux d'occupation de notre foyer a été en général satisfaisant. Le fait que les autorités attendent toujours plus longtemps pour décider un placement dans un foyer a souvent créé une situation tendue au sein des adolescentes. Malgré les difficultés dans le domaine de l'assistance pendant les loisirs et de l'encouragement au travail, les trois adolescentes qui se sont présentées ont passé avec succès l'examen de fin d'apprentissage d'employée de maison reconnu par l'OFIAMI. Malheureusement les diverses possibilités de loisirs n'ont guère été utilisées. Même les camps hebdomadaires et de fin de semaine n'ont pas eu, parfois, l'écho attendu. Par contre, une adolescente a commencé une formation de base au domaine horticole et une autre à la menuiserie. Après avoir passé deux ans dans notre foyer, une adolescente particulièrement difficile a dû être placée, avec son consentement, dans une autre institution; une telle situation se produit que très rarement au foyer «Lory». Cette adolescente qui avait déjà retrouvé un léger équilibre a dû être remise définitivement à l'autorité de placement après un séjour de deux mois dans cet autre établissement.

Exploitation

Les foyers représentant des entreprises de services doivent donc être adaptés aux besoins des autorités de placement. C'est dans cette optique que l'équipe des collaborateurs s'est occupée des questions touchant les besoins de places et les prestations du foyer sans qu'il en découle de grandes dépenses; le but poursuivi étant que notre institution reste dynamique et adaptable sans dépasser les limites du possible.

2.2 Section pour l'exécution des peines et mesures**2.2.1 Personnel de la Section**

Au cours de l'exercice écoulé, l'effectif de la section est resté le même (16). S'il est vrai que la réduction de l'horaire de travail de 44 à 42 heures, en 1987, a été accueillie avec satisfaction par chacun, celle-ci se fait toujours sentir en raison du volume des tâches qui accuse plutôt une tendance à la hausse, ce qui pose des exigences de plus en plus accrues.

2.2.2 Transfèrement des personnes condamnées

Le 1^{er} mai 1988 est entrée en vigueur pour la Suisse la Convention sur le transfèrement des personnes condamnées à laquelle, jusqu'à présent, 14 autres Etats ont également adhéré: Autriche, Canada, Chypre, Danemark, Espagne, Etats-Unis d'Amérique, Finlande, France, Grèce, Luxembourg, Pays-Bas, Royaume-Uni, Suède et Turquie. Il s'agit en fait d'une convention qui a pour but de faciliter le rapatriement des condamnés étrangers dans leur pays d'origine. Elle ne concerne bien sûr que les condamnés étrangers en Suisse dont l'Etat d'origine a

einkommen ratifiziert hat, sowie Schweizer, die in einem dieser Länder verurteilt und inhaftiert sind. Ihre Anwendung, die auf klar definierten Grundsätzen und Bestimmungen beruht, ermöglicht Personen, die in einem fremden Land zu einer Strafe oder zu einem Freiheitsentzug verurteilt wurden, in ihre Heimat zurückgeführt zu werden, um ihre Strafe oder den Rest ihrer Strafe dort zu verbüssen. Den inhaftierten Verurteilten soll damit die bestmögliche Chance zur Resozialisierung in einer Umgebung gegeben werden, die ihnen vertraut ist, die ihnen kulturell und sozial am wenigsten Schwierigkeiten bereitet und deren Vollzugssystem, vor allem beim stufenweisen Vollzug, ihnen besser entspricht.

Das 25 Artikel umfassende Übereinkommen weist insofern eine Besonderheit auf, als es für die Unterzeichnerstaaten keinerlei Verpflichtung beinhaltet, einem Überstellungsgesuch Folge zu leisten. Auch der Verurteilte selbst kann lediglich den Wunsch äussern, in seine Heimat überstellt zu werden.

Die Anwendung des Übereinkommens bedingt ein mehrstufiges Verfahren, das namentlich den Austausch von Informationen und schriftlichen Unterlagen zwischen dem Verurteilter und dem Vollzugsstaat beinhaltet. In der Schweiz wird das Verfahren über das Bundesamt für Polizeiwesen abgewickelt, das nach Rücksprache mit der betroffenen kantonalen Behörde und unter Vorbehalt bestimmter Bedingungen in letzter Instanz über ein ausländisches Überstellungsgesuch entscheidet und die beantragte Überstellung bewilligt.

Jeder verurteilte und inhaftierte ausländische Staatsangehörige, der unter das Übereinkommen fällt, verfügt über eine kurze Zusammenfassung, die ihm einen allgemeinen Überblick über die Vereinbarung sowie alle notwendigen Informationen über die Möglichkeiten einer eventuellen Überstellung in seine Heimat gibt.

Obschon der Kanton Bern eine verhältnismässig hohe Anzahl verurteilter Ausländer in seiner Obhut hat, wurde 1988 lediglich ein Überstellungsgesuch verzeichnet. Andererseits äusserte nur eine einzige Person bernischer Herkunft, die in Spanien zu einer ziemlich langen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, den Wunsch, die Strafe in der Schweiz zu verbüssen. Diese beiden Verfahren laufen gegenwärtig. Es ist noch zu früh, um nach den Gründen für die kleine Anzahl von Verurteilten zu suchen, die ihre Überstellung wünschen. Immerhin lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt feststellen, dass die in der Schweiz und vor allem auch in unserem Kanton inhaftierten Ausländer zum grossen Teil aus Staaten stammen, die dem Übereinkommen noch nicht angehören.

2.2.3 Kurzstrafen

Der Vollzug von kurzen Freiheitsstrafen ist in den Artikeln 10 ff. der Strafvollzugsverordnung des Regierungsrates vom 28. Mai 1986 geregelt, die vorsehen, dass diese Strafen in Regional- oder Bezirksgefängnissen vollzogen werden, und zwar

- im Normalvollzug (bis zu 30 Tagen)
- im tageweisen Vollzug (bis zu zwei Wochen)
- in Halbgefangenschaft (bis zu sechs Monaten)

Der tageweise Vollzug und die Halbgefangenschaft sind nur unter bestimmten Bedingungen zulässig. Der Verurteilte muss einer Beschäftigung nachgehen; massgebend sind ausserdem seine Vorstrafen, die persönlichen, familiären oder beruflichen Umstände sowie die Antwort auf die Fragen, ob der Betroffene den Belastungen eines solchen Vollzugs gewachsen ist und ob er durch diese Vollzugsform eher von neuen Straftaten abgehalten wird als durch einen Normalvollzug.

Die beiden Vollzugsformen haben, seit sie vor rund zwanzig Jahren vor allem aus sozialen und beruflichen Gründen (der Verurteilte behält seinen Arbeitsplatz und verbringt seine Freizeit und die Nacht im Gefängnis) eingeführt wurden, eine starke

ratifié la convention ainsi que les Suisses condamnés et détenus dans un de ces Etats. Son application, basée sur des règles et des conditions bien définies, permet donc à des personnes condamnées à une peine ou à une mesure privative de liberté dans un pays autre que le leur d'être reconduites dans leur pays d'origine pour y subir ou y poursuivre leur peine, ceci compte tenu notamment du souci majeur d'offrir aux condamnés détenus les meilleures chances de resocialisation dans un milieu qui est le leur, où ils rencontrent les moindres difficultés au plan culturel et social et, enfin, qu'ils puissent bénéficier d'un régime carcéral mieux adapté notamment au niveau du système progressif de l'exécution de peine.

Ladite convention, qui compte 25 articles, présente la particularité qu'elle n'implique aucune obligation pour les Etats signataires de donner suite à une demande de transfèrement. Il en va de même pour le condamné qui, lui, ne peut qu'exprimer le souhait d'être transféré dans son pays d'origine.

L'application de cette convention exige l'instauration d'une procédure dont le déroulement s'effectue en plusieurs phases, portant notamment sur l'échange d'informations et de documents entre Etat de condamnation et Etat d'exécution. Pour la Suisse, la procédure se déroule par l'entremise de l'Office fédéral de la police, à qui il appartient en dernier ressort et après avoir conféré avec l'autorité cantonale concernée, sous réserve de certaines conditions, de statuer sur une demande de transfèrement étrangère et d'autoriser le transfèrement demandé.

Aussi chaque ressortissant étranger condamné et détenu, concerné par la Convention, dispose-t-il d'un aide-mémoire qui lui donne un aperçu général de ladite convention, voire toutes indications utiles sur les possibilités d'un éventuel transfèrement vers son pays d'origine.

En 1988, malgré un nombre relativement important de condamnés étrangers dont le canton de Berne a la charge, seule une demande de transfèrement a été enregistrée. D'autre part, une seule personne d'origine bernoise condamnée à une assez longue peine privative de liberté en Espagne a demandé à pouvoir la subir en Suisse. Ces deux procédures sont actuellement en cours. Bien qu'il soit nettement prématuré de vouloir aujourd'hui déjà chercher les raisons pour lesquelles si peu de détenus souhaitent leur transfèrement, on observe, pour l'heure, que les condamnés étrangers détenus en Suisse, notamment dans notre canton, sont en grande partie ressortissants d'Etats n'ayant pas encore adhéré à la Convention.

2.2.3 Courtes peines

La mise en application des courtes peines privatives de liberté est définie par les articles 10 et suivants de l'ordonnance du Conseil-exécutif du 28 mai 1986 sur l'exécution des peines, stipulant que les courtes peines privatives de liberté sont exécutées dans les prisons régionales ou de district:

- sous forme d'exécution normale (jusqu'à 30 jours)
- sous le régime des journées séparées (jusqu'à 2 semaines)
- sous forme de semi-détention (jusqu'à 6 mois).

Ces dernières formes d'exécution sont, pour être admises, subordonnées à diverses conditions tenant notamment à l'exercice d'un emploi le condamné, à ses antécédents judiciaires, à des raisons personnelles, familiales et professionnelles comme aussi à la question de savoir si l'intéressé paraît être capable d'assumer les contraintes liées à un tel régime, voire si l'application de ce régime a plus de chance de l'empêcher à commettre de nouvelles infractions qu'une exécution normale.

Fondées avant tout sur des critères d'ordre social et professionnel, ces dernières formes d'exécution (le condamné

Verbreitung erfahren. Dies vor allem auch seit der Inkraftsetzung der VStGB 3 am 1. Januar 1986, ermächtigt diese die Kantone doch, während einer bestimmten Zeit versuchsweise Vollzugsmethoden anzuwenden, die im Strafgesetzbuch nicht vorgesehen sind, in diesem Fall die Halbgefangenschaft für Strafen zwischen drei und sechs Monaten.

Im abgelaufenen Jahr wurden insgesamt 780 (820) Strafen bis zu sechs Monaten in Halbgefangenschaft oder tageweise vollzogen.

Halbgefangenschaft bis zu 1 Monat	451 (554)
Halbgefangenschaft von 1 bis 3 Monaten	255 (224)
Halbgefangenschaft von 3 bis 6 Monaten	60 (42)
Aufhebung wegen Verstössen oder Missbrauchs	19 (13)
Bedingte Entlassung bei Strafen über drei Monaten	21 (13)

Der tageweise Vollzug wurde in 14 (15) Fällen angewandt.

2.2.4 Straf- und Massnahmenvollzug

In Strafanstalten vollzogene Strafen

Abgesehen von der Situation in den Strafanstalten für Frauen in Hindelbank, wo immer noch eine – allerdings kürzer werdende – Warteliste besteht, hatte die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug 1988 keine grösseren Schwierigkeiten, Verurteilte oder Personen einzuweisen, die ihre Strafe in Erwartung des Urteils nach Artikel 123 des Gesetzes über das Strafverfahren des Kantons Bern vorzeitig antreten. Die verschiedenen Strafanstalten des Konkordats der Nordwest- und Inner-schweiz verfügen gegenwärtig über eine genügende Anzahl Plätze. Falls nötig und vor allem dort, wo es darum geht, Verurteilte aus Sicherheitsgründen, weil sie von anderen Gefangenen unter Druck gesetzt werden oder bei langen Strafen zu versetzen oder zu trennen, werden Versetzungen in Strafanstalten der Konkordate der Ostschweiz und der Westschweiz vorgenommen, manchmal auch im Austausch. Man berücksichtigt hier die Einweisungsgrundsätze und -kriterien, wie sie im letzten Staatsverwaltungsbericht dargelegt worden sind. Die Normalisierung, die gegenüber der früheren Überbelegung in den letzten beiden Jahren verzeichnet werden konnte, hat verschiedene Gründe. Erwähnt seien unter anderen die Schaffung einer grösseren Zahl von kleinen Einheiten für den Vollzug der Halbgefangenschaft sowie die Erleichterung in der Anwendung dieser Vollzugsform in dem Sinne, dass die Herabsetzung der Strafdauer von 24 auf 18 Monate die Anwendung dieser Vollzugsstufe erst möglich macht. Ein wichtiger Aspekt dieser Erleichterung ist auch die Erleichterung der Halbgefangenschaft, die ermöglicht, Strafen bis zu sechs Monaten nicht direkt in einer Strafanstalt zu vollziehen.

Vorzeitiger Strafantritt	84 (111)
Anordnung der Halbgefangenschaft	65 (69)
Aufhebung der Halbgefangenschaft wegen Verstössen oder Missbrauchs	21 (12)
Durchschnittliche Vollzugsdauer der Halbgefangenschaft (in Monaten)	4,8 (5)

Aufgrund von Artikel 38 StGB erlassene Verfügungen	Total 343 (360)
--	-----------------

Bedingte Entlassung; Normalvollzug	182 (182)
Bedingte Entlassung; Halbgefangenschaft	21 (13)

conservé sa place de travail et passe son temps libre et la nuit en prison) ont, depuis le début de leur mise en œuvre il y a une vingtaine d'années, connu un développement de plus en plus important, spécialement depuis la mise en vigueur, le 1^{er} janvier 1986, de l'ordonnance 3 relative au Code pénal suisse qui permet aux cantons l'essai, pendant un temps déterminé, de méthodes non prévues par le code, en l'occurrence celle de l'élargissement du champ d'application de la semi-détention pour des peines allant de trois à six mois.

Au cours de l'année écoulée, le nombre des peines allant jusqu'à six mois exécuté sous la forme de semi-détention ou par journées séparées a été de 780 (820) au total.

Semi-détention jusqu'à 1 mois	451 (554)
Semi-détention de 1 à 3 mois	255 (224)
Semi-détention de 3 à 6 mois	60 (42)
Suppression du régime à la suite de manquements ou d'abus	19 (13)
Libération conditionnelle pour des peines de plus de 3 mois	21 (13)

L'exécution par journées séparées a été appliquée dans 14 (15) cas.

2.2.4 Exécution de peines et mesures

Peines exécutées en milieu pénitentiaire

Au cours de l'année 1988, mise à part la situation des Etablissements pénitentiaires pour femmes de Hindelbank qui comptent toujours une liste d'attente, laquelle est cependant en bonne voie de résorption, la Section pour l'exécution des peines et mesures n'a pas rencontré de difficultés majeures pour placer des personnes condamnées ou dans l'attente d'un jugement (début anticipé selon l'article 123 CPP). En d'autres termes, les différents établissements pénitentiaires que compte le Concordat du Nord-Ouest et de la Suisse centrale offrent actuellement un nombre suffisant de places. Au besoin et surtout lorsqu'il s'agit de déplacer ou de séparer des condamnés pour des raisons liées à la sécurité ou s'ils sont menacés de représailles de la part d'autres détenus, voire dans l'application de peines de longue durée, des déplacements sont alors entrepris, parfois sous forme d'échange, dans d'autres établissements pénitentiaires des Concordats de la Suisse orientale et de la Suisse romande. On tient compte ici des principes et des critères de placement énoncés lors du précédent rapport de gestion. La normalisation enregistrée au cours de ces deux dernières années en comparaison avec la surpopulation qui prévalait auparavant est due, certes, à plusieurs facteurs. Signalons entre autres choses l'instauration en plus grand nombre de petites maisons destinées au régime de semi-liberté et, parallèlement, un assouplissement dans l'application dudit régime allant dans le sens d'un abaissement de la durée de la peine de 24 à 18 mois à partir de laquelle cette phase progressive de l'exécution de la peine peut être envisagée. L'assouplissement du régime de semi-détention permettant l'exécution de peines allant jusqu'à six mois ailleurs qu'en milieu pénitentiaire proprement dit constitue aussi un aspect important de cette évolution.

Début anticipé de peine	84 (111)
Application du régime de semi-liberté	65 (69)
Suppression du régime de semi-liberté à la suite de manquements ou d'abus	21 (12)
Moyenne de la durée de l'application du régime de semi-liberté (en mois)	4,8 (5)

Décisions prononcées en vertu de l'article 38 CPS	Total 343 (360)
---	-----------------

Libération conditionnelle; exécution normale	182 (182)
Libération conditionnelle; semi-détention	21 (13)

Bedingte Entlassung, begleitet von einer Massnahme der ambulanten Behandlung	32	(25)
Bedingte Entlassung, begleitet von einer vollzogenen Massnahme der Landesverweisung	34	(58)
Bedingte Entlassung, begleitet von einer Aufschiebung der Landesverweisung	–	(1)
Rückversetzung nach bedingter Entlassung	43	(49)
Rückversetzung nach bedingter Entlassung, begleitet von einer Aufschiebung des Strafvollzugs	5	(14)
Andere Verfügungen Art. 38 StGB		
Einsprache, Ablehnung, Änderung, Aufschiebung, Aufhebung, Wiedererwägung, Verzicht, Verlängerung der Probezeit	26	(18)

Libération conditionnelle; assortie d'une mesure de traitement ambulatoire	32	(25)
Libération conditionnelle; assortie d'une mesure d'expulsion mise à exécution	34	(58)
Libération conditionnelle; assortie d'une suspension de l'expulsion	–	(1)
Révocation de la libération conditionnelle	43	(49)
Révocation de la libération conditionnelle assortie d'une suspension de l'exécution de la peine	5	(14)
Autres décisions article 38 CPS (opposition, refus, modifications, report, levée, reprise en considération, renoncement, prolongation du délai d'épreuve)	26	(18)

Massnahmen gemäss StGB

In Zusammenhang mit der Anordnung und Vollziehung verschiedener aufgrund von Artikel 43 und 44 StGB (geistig Abnorme, Trunk- und Rauschgiftsüchtige) verhängter stationärer und ambulanter Massnahmen wurden im vergangenen Jahr 271 (275) Verfügungen erlassen.

Stationäre Massnahmen

31 (36) Untersuchungshäftlinge haben eine stationäre Massnahme nach Artikel 123/2 StGB vorzeitig angetreten. 30 (29) Verurteilte wurden in die kantonalen Anstalten Thorberg, St. Johannsen und Hindelbank eingewiesen oder dort belassen; 38 (43) wurden in 19 Behandlungszentren für Rauschgift- oder Trunksüchtige (privatrechtliche Institutionen) sowie psychiatrische Kliniken eingewiesen oder dort belassen. Eine bedingte oder probeweise Entlassung wurde in 21 (22) Fällen angeordnet. In 9 (13) Fällen musste der Vollzug der Massnahme aufgehoben und der Fall an das zuständige Gericht überwiesen werden, damit es sich über die Anordnung anderer vom StGB vorgesehener Massnahmen oder den Vollzug der bei der Verurteilung aufgeschobenen Strafe ausspreche; das Resultat der Behandlung war unbefriedigend oder die Massnahme hatte sich als unzweckmässig erwiesen. Ausserdem wurden 5 (4) aufgrund von Artikel 43 StGB angeordnete Massnahmen definitiv aufgehoben, weil die Gründe dafür weggefallen waren.

Ambulante Behandlung

Es wurden 105 (104) Massnahmen der ambulanten Behandlung vollzogen. 3 (8) wurden aufgehoben oder aufgeschoben, weil das Resultat unbefriedigend war. In 37 (27) Fällen konnte die Behandlung abgeschlossen werden, weil die Gründe dafür weggefallen waren.

Verwahrungsmassnahmen (42/100^{bis} StGB)

In den vergangenen zehn Jahren ist die für Gewohnheitsverbrecher (Art. 42 StGB) vorgesehene Massnahme immer seltener angeordnet worden. Der Revisionsentwurf für das StGB sieht im übrigen die Abschaffung der Massnahme vor. So wurden 1988 nur noch 2 (4) Massnahmen dieser Artikel von bernischen Gerichten angeordnet. Des weiteren wurden 3 (6) bedingte oder probeweise Entlassungen und 1 (1) Rückversetzung angeordnet.

Arbeitserziehungsmassnahmen, die aufgrund von Artikel 100^{bis} StGB gegen junge Erwachsene angeordnet werden, wurden 8 (16) verzeichnet. Der Vollzug findet in den Anstalten Arxhof (BS), Kalchrain (TG) und Pramont (VS) statt. Ausserdem wurden 7 (5) bedingte Entlassungen angeordnet. 1 (3) dieser Massnahmen musste aufgehoben werden. Rückversetzung wurde 1 (0) verzeichnet.

Mesures selon le CPS

En matière d'application et de traitement des diverses mesures stationnaires et ambulatoires prononcées en vertu des articles 43 et 44 CPS (délinquants anormaux, alcooliques, toxicomanes) ce sont 271 (275) ordonnances qui ont été rendues en 1988.

Mesures stationnaires

31 (36) prévenus ont commencé de subir une mesure stationnaire par anticipation en conformité de l'article 123/2 CPP. 30 (29) condamnés ont été placés ou maintenus dans les établissements cantonaux de Thorberg, Saint-Jean et Hindelbank. 38 (43) ont été placés ou maintenus dans 19 centres de traitement pour toxicomanes ou alcooliques (institutions de droit privé) ainsi que dans des cliniques psychiatriques. Une libération conditionnelle ou à l'essai a été prononcée dans 21 (22) cas. A 9 (13) reprises, il fallut ordonner la suppression de l'application de la mesure et soumettre le cas au tribunal compétent pour qu'il se prononce sur l'application d'autres mesures prévues par le CPS ou sur la mise à exécution de la peine qui avait été suspendue lors du jugement, le résultat du traitement s'étant avéré insatisfaisant voire aussi en raison de l'inopportunité de la mesure. En outre, 5 (4) mesures prononcées en vertu de l'article 43 CPS ont été définitivement levées, la cause de celles-ci ayant disparu.

Traitement ambulatoire

105 (104) mesures portant sur un traitement ambulatoire ont été mises en application. 3 (8) furent supprimées ou suspendues faute de résultat satisfaisant. Dans 37 (27) cas, on a pu mettre fin au traitement, les causes pour lesquelles il avait été ordonné ayant disparu.

Mesures d'internement (42/100^{bis} CPS)

Au cours de cette dernière décennie, le prononcé de la mesure prévue à l'égard des délinquants d'habitude (art. 42 CPS) a été en constante régression. Le projet de révision du CPS en cours préconise d'ailleurs la suppression d'une telle mesure. C'est ainsi qu'en 1988, ce ne sont plus que 2 (4) de ces mesures qui ont été ordonnées par les tribunaux bernois. 3 (6) libérations conditionnelles furent prononcées et 1 (1) réintégration ordonnée.

S'agissant des mesures d'éducation au travail qui sont prononcées à l'égard des jeunes adultes en vertu de l'article 100^{bis} CPS, elles ont été au nombre de 8 (16). Leur application a eu lieu dans les Etablissements de Arxhof (BS), Kalchrain (TG) et Pramont (VS). 7 (5) libérations conditionnelles ont été prononcées. 1 (3) de ces mesures a dû être supprimé. 1 (0) réintégration a été ordonnée.

2.2.5 Strafvollzug an militärgerichtlich Verurteilten

2.2.5 Exécution des peines prononcées par les tribunaux militaires

Militärgerichtlich verurteilte Dienstverweigerer, deren Strafe in der Form einer Haftstrafe (Verweigerer aus Gewissensgrün-

Les condamnés militaires pour refus de servir et dont la peine peut être subie sous la forme d'arrêts répressifs (objecteurs de

den) verbüsst werden kann, konnten ihre Strafe über zwanzig Jahre lang in den Regionalgefängnissen Burgdorf und Münster unter der Sondervollzugsform «Spital/Gefängnis» erstein. Seit 1986 für Strafen bis zu sechs Monaten die Halbgefangenschaft eingeführt wurde, die auch auf die von Militärgerichten ausgesprochenen Strafen anwendbar ist, wird selbstverständlich dieser Vollzugsform der Vorzug gegeben. Die folgenden statistischen Angaben zeigen, dass die 1988 vollzogenen Militärstrafen gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen sind.

Vollzug Spital/Gefängnis		
– Burgdorf	–	(2)
– Moutier	–	(4)
Vollzug in Halbgefangenschaft		
– bis 1 Monat	6	(1)
– von 1 bis 6 Monaten	21	(34)
Normalvollzug		
– St. Johannsen	6	(17)
– Witzwil	4	(10)
Bedingte Entlassung		
– Halbgefangenschaft	22	(20)
– Normalvollzug	16	(22)
Total der aufgrund der Artikel 38 StGB und 31 Militärstrafgesetz gewährten bedingten Entlassungen	307	(321)
davon ohne Unterstellung unter Schutzaufsicht	79	(77)

2.2.6 Bewachungsstation Inselfpital

Diese bemerkenswert aufgebaute und geführte geschlossene Abteilung leistet im Bereich der stationären und ambulanten ärztlichen Betreuung von Inhaftierten und bei der Abklärung der gesundheitlichen Haftersstellungsfähigkeit eines Verurteilten unersetzliche Dienste.

Vollzug von Kurzstrafen	–	(1)
Hospitalisation (einschliesslich Untersuchungshäftlinge)	190	(223)
Behandlungen		
– hospitalisierte Inhaftierte	591	(612)
– Untersuchungen/ambulante Pflege	846	(770)

2.2.7 Begnadigungsgesuche

Der Grosse Rat behandelte:

Busserlassgesuche	3	(5)
Straferlassgesuche	43	(36)
davon		
– abgewiesen Bussen	3	(3)
– Strafen	30	(27)
– mit bedingtem bzw. teilweisem Erlass	12	(9)
– mit vollständigem Erlass	1	(–)

2.2.8 Strafregister

1988 nahmen die verschiedenen Eintragungen um 2,5 Prozent zu, während 1987 ein Rückgang von 0,6 Prozent verzeichnet worden war.

conscience) ont, durant plus de vingt ans, eu la possibilité d'exécuter leur peine aux prisons régionales de Berthoud et de Moutier sous un régime particulier appelé nommément hôpital/prison. Depuis l'introduction, en 1986, du régime de semi-détention pour les peines allant jusqu'à six mois, applicable également aux peines prononcées par les tribunaux militaires, c'est naturellement cette dernière forme d'exécution qui a eu la préférence. Les données statistiques mentionnées ci-dessous montrent une nette régression des peines militaires mises à exécution en 1988 par rapport à l'année précédente.

Exécution hôpital/prison		
– Berthoud	–	(2)
– Moutier	–	(4)
Exécution en semi-détention		
– jusqu'à 1 mois	6	(1)
– de 1 à 6 mois	21	(34)
Exécution normale		
– Saint-Jean	6	(17)
– Witzwil	4	(10)
Libération conditionnelle		
– semi-détention	22	(20)
– exécution normale	16	(22)
Total des libérations conditionnelles accordées en vertu des articles 38 CPS et 31 CPM	307	(321)
dont sans placement sous patronage	79	(77)

2.2.6 Division cellulaire de l'Hôpital de l'île

Cette division fermée, qui est remarquablement structurée et bien dirigée, constitue un instrument indispensable du domaine des soins médicaux hospitaliers ou ambulatoires à donner aux personnes se trouvant en détention, voire pour déterminer la capacité, du point de vue médical, pour un condamné à se soumettre à l'exécution d'une peine.

Exécution de peines de courte durée	–	(1)
Hospitalisation (y compris les détenus en préventive)	190	(223)
Consultations		
– détenus hospitalisés	591	(612)
– examens/soins ambulatoires	846	(770)

2.2.7 Recours en grâce

Le Grand Conseil a statué sur:

Demandes de remise d'amendes	3	(5)
Demandes de remise de peines	43	(36)
dont		
– rejetées amendes	3	(3)
– peines	30	(27)
– portant sur une remise conditionnelle ou partielle	12	(9)
– portant sur une remise totale	1	(–)

2.2.8 Casier judiciaire

En 1988, les diverses inscriptions ont été en augmentation de 2,5 pour cent, alors qu'en 1987 elles avaient diminué de 0,6 pour cent.

Eintragungen ins Stafregister		
– auf Bundesebene	27 991	(26 909)
– kantonal	52 158	(48 792)
– Straf- und Massnahmenvollzugsaufträge	1 269	(1 315)
– andere Eintragungen technischer Art, die sich auf den Straf- und Massnahmenvollzug beziehen	16 506	(17 088)
Total	97 924	(94 104)

Auszüge aus dem Strafregister für:		
– Gerichtsbehörden oder kantonale Verwaltungen	38 303	(37 072)
– die Ausstellung von Lehrfahrausweisen	30 695	(32 138)
– Führerscheinentszugsverfahren	9 120	(8 325)
– Privatpersonen	589	(799)
Total	78 707	(78 334)

Inscriptions au casier judiciaire		
– fédérales	27 991	(26 909)
– cantonales	52 158	(48 792)
– ordres d'exécution de peines et mesures	1 269	(1 315)
– autos inscriptions d'ordre technique se rapportant à l'exécution de peines et mesures	16 506	(17 088)
Total	97 924	(94 104)

Extraits de casier judiciaire destinés à:		
– des autorités judiciaires ou administrations cantonales	38 303	(37 072)
– l'octroi du permis d'élèves conducteurs	30 695	(32 138)
– des procédures de retraits de permis	9 120	(8 325)
– des personnes privées	589	(799)
Total	78 707	(78 334)

Diese Zahlen zeigen, wie wichtig die rasche Einführung der elektronischen Datenverarbeitung für die Führung des kantonalen Strafregisters ist. Nachdem der Regierungsrat das diesbezügliche Projekt STRABE am 29. Juni 1988 genehmigt hat, dürfte sie in rund zwei Jahren erfolgen.

Les indications statistiques mentionnées ci-dessus montrent l'intérêt qu'il y a à introduire, dans les meilleurs délais, le traitement électronique des données concernant la tenue du casier judiciaire cantonal. Le projet STRABE élaboré à cet effet a été approuvé le 29 juin 1988 par le Conseil-exécutif, en sorte que la mise en œuvre du projet devrait pouvoir intervenir d'ici environ deux ans.

2.3 Fremdenpolizei

Entwicklung des Ausländerbestandes von 1984 bis 1988 (Stand jeweils Ende Dezember, ohne Saisonarbeiter und Grenzgänger):

1984	68 575
1985	68 965
1986	70 059
1987	72 168
1988	74 904

2.3 Police des étrangers

Evolution de l'effectif des étrangers de 1984 à 1988 (Recensement de fin décembre sans les travailleurs saisonniers ni les frontaliers)

1984	68 575
1985	68 965
1986	70 059
1987	72 168
1988	74 904

Vergleich der Dezemberzahlen 1987/1988

	Wohnbevölkerung			Erwerbstätige		
	1987	1988	%	1987	1988	%
Kontrollpflichtige Jahresaufenthalter	17 408	19 497	+ 12,0	12 174	13 491	+ 10,8
Niederlasser	54 760	55 407	+ 1,2	34 255	34 964	+ 2,1
Total	72 168	74 904	+ 3,8	46 429	48 455	+ 4,4

Tableau comparatif des chiffres de décembre 1987/1988

	Population résidente			Population active		
	1987	1988	%	1987	1988	%
Etrangers à l'année sous contrôle	17 408	19 497	+ 12,0	12 174	13 491	+ 10,8
Etrangers établis	54 760	55 407	+ 1,2	34 255	34 964	+ 2,1
Total	72 168	74 904	+ 3,8	46 429	48 455	+ 4,4

Ausgestellte Bewilligungen (inkl. Verlängerungen)	1987	1988
– Zusicherungen der Aufenthaltsbewilligungen und Einreisebewilligungen	17 771	18 592
– Aufenthaltsbewilligungen	40 972	39 959
– Niederlassungsbewilligungen	22 469	22 503
– Bewilligungen zum Stellenantritt und Stellenwechsel	3 001	3 512
– Provisorische Stellenantrittsbewilligungen für Asylbewerber		2 593
– Grenzgängerbewilligungen	711	967
– Toleranzbewilligungen	3	–
Total	84 924	88 126

Autorisations délivrées (prolongations comprises)	1987	1988
– Assurances de permis de séjour et autorisations d'entrée	17 771	18 592
– Permis de séjour	40 972	39 959
– Permis d'établissement	22 469	22 503
– Autorisations de prise d'emploi et de changement de place	3 001	3 512
– Autorisations de prise d'emploi provisoire pour demandeurs d'asile		2 593
– Permis frontaliers	711	967
– Permis de tolérance	3	–
Total	84 927	88 126

	1987	1988
Umwandlungen von Saison- in Jahresbewilligung	795	954
Bewilligungsanträge an das Bundesamt für Ausländerfragen (BfA) in Einreisefällen	460	429
Ablehnung von Gesuchen		
– Direkte Ablehnungen	1 998	1 518
– Ablehnungsanträge an das BfA in Einreisefällen	29	19

	1987	1988
Transformation de permis saisonniers en permis à l'année	795	954
Propositions d'autorisations d'entrée adressées à l'Office fédéral des étrangers (OFE)	460	429
Rejets de requêtes		
– Rejets décidés par le canton	1 998	1 518
– Propositions de refus d'entrée adressées à l'OFE	29	19

<i>Entfernungsmassnahmen</i>		
– Ausweisungsverfügungen	2	3
– Wegweisungsverfügungen	186	166
– Kurzfristige Ausreiseverfügungen		
oder sofortige Ausschaffungen	293	325
– Beim BfA beantragte Einreisesperren		
gegen Ausländer, die bereits ausgereist waren	104	96
<i>Angedrohte Entfernungsmassnahmen</i>		
– Androhung der Ausweisung	8	8
<i>Behandelte Einsprachen</i>	119	131

Die ausländische Wohnbevölkerung hat im Kanton Bern 1988 um 3,8 Prozent zugenommen. Wie im letzten Jahr ist die Zunahme insbesondere der günstigen Wirtschaftslage mit dem ausgetrockneten Arbeitsmarkt zuzuschreiben, sowie den Familiennachzügen. Diese Tendenz hat sich durch die höhere Zahl der erteilten Bewilligungen gezeigt (+3202 gegenüber 1987).

Am 1. Januar 1988 ist das neue Asylgesetz in Kraft getreten. Nach dem Verteilschlüssel werden dem Kanton Bern 14,6 Prozent der Asylsuchenden zugewiesen. 1988 waren es 2007 Asylbewerber, wovon 1116 türkische Staatsangehörige. Der zusätzliche Arbeitsanfall im Zusammenhang mit diesen Rekordzahlen verursachte der kantonalen Fremdenpolizei etliche Schwierigkeiten, hat sie doch die Gesuchsakten zu verwalten und die Entscheide der Bundesbehörde zu vollziehen. Eine Abnahme des Zustroms durch Asylbewerber ist für die nächsten Jahre freilich nicht zu erwarten. In naher Zukunft werden sich unweigerlich Personal- und Infrastrukturprobleme stellen.

Die kantonale Härtefallkommission hat 1988 ihrerseits die Arbeit fortgesetzt und 15 Sitzungen abgehalten. Sie hat 153 Fälle geprüft, wovon 91 als Härtefälle anerkannt wurden.

2.4 Amt für den Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst

Zivilstandsdienst

Allgemeines

Das am 1. Januar 1988 in Kraft getretene neue Eherecht brachte den Aufsichtsbehörden und Zivilstandsbeamten der ganzen Schweiz ein ausserordentlich stark befrachtetes Arbeitsjahr. Neben der Umstellung auf die neuen Gesetzesnormen waren zahlreiche Änderungen in der Technik der Registerführung zu beachten.

Die auf ein Jahr begrenzten Übergangsbestimmungen bewirkten einen zusätzlichen Arbeitsanfall. So forderten rund 10 000 Frauen ihr ehemaliges bernisches Gemeindebürgerrecht zurück. Bei den bernischen Zivilstandsämtern wurden rund 1100 Erklärungen über die Voranstellung des früheren Familiennamens abgegeben. Einige Verwirrung verursachte ein Urteil des Bundesgerichtes vom 17. November 1988, welches den Begriff des Bürgerrechts, «das die Frau als ledig hatte», in gewissen Fällen auf verwitwete oder geschiedene Frauen ausdehnte.

Es kann gesagt werden, dass der Übergang zum neuen Eherecht im allgemeinen reibungslos bewerkstelligt werden konnte; dies nicht zuletzt dank des aussergewöhnlichen Einsatzes auf allen Stufen des bernischen Zivilstandswesens. Die Zahl der zu verarbeitenden Urkunden über Zivilstandsfälle von Bernern im Ausland erhöhte sich von 3615 im Jahre 1984 auf 7351 im Jahre 1988 (1987: 5820). Der Grund dafür liegt in der

<i>Mesures d'éloignement</i>		
– Décisions d'expulsion	2	3
– Décisions de renvoi	186	166
– Décisions de départ ou refoulement à bref délai	293	325
– Interdictions d'entrée proposées à l'OFE		
contre des étrangers ayant déjà quitté la Suisse	104	96
<i>Menaces de mesures d'éloignement</i>		
– Menaces d'expulsion	8	8
<i>Oppositions traitées</i>	119	131

La population étrangère résident du canton a connu une augmentation de 3,8 pour cent en 1988. Comme au cours de l'exercice écoulé, il faut notamment l'attribuer à la persistance de la bonne conjoncture économique accompagnée d'un assèchement toujours plus prononcé du marché du travail, et aux regroupements familiaux. Cette tendance s'est illustrée par l'augmentation du nombre total des autorisations délivrées (+ 3202 par rapport à l'année 1987).

Au 1^{er} janvier 1988 est entrée en vigueur la loi révisée sur l'asile. Selon la clé de répartition adoptée, il incombe au canton de Berne d'accueillir le 14,6 pour cent des requérants. Ainsi, 2007 demandeurs d'asile lui ont été attribués en 1988 dont 1116 ressortissants turcs. La surcharge de travail résultant de ces chiffres records n'ont pas été sans causer des difficultés à la police cantonale des étrangers qui a pour tâche de gérer les dossiers des requérants et d'exécuter les décisions de l'autorité fédérale compétente. Or, il ne faut guère s'attendre à une diminution de l'afflux des demandeurs d'asile au cours de ces prochaines années. Des problèmes d'infrastructures et de personnel se poseront inévitablement dans un proche avenir.

Pour sa part, la Commission cantonale de préavis pour cas de rigueur en matière d'asile a continué son travail en 1988 et a tenu 15 séances. Elle a examiné 153 cas dont 91 ont été admis comme revêtant un caractère de rigueur.

2.4 Service de l'état civil et de l'indigénat

Service de l'état civil

Généralités

Le nouveau droit matrimonial entré en vigueur le 1^{er} janvier 1988 a occasionné un surcroît de travail pour les autorités de surveillance et les officiers de l'état civil de toute la Suisse. En plus de l'adaptation aux nouvelles prescriptions, de nombreuses modifications ont dû être prises en considération pour la tenue des registres.

Les dispositions transitoires limitées à une année ont occasionné un travail supplémentaire. Environ 10 000 femmes ont redemandé leur ancien droit de cité communal bernois. 1100 déclarations en vue de faire précéder le nom commun d'un ancien nom de famille ont été déposées auprès des offices d'état civil bernois. Un arrêté du Tribunal fédéral du 17 novembre 1988 a créé une certaine confusion en étendant dans certains cas la notion du lieu d'origine «qu'une femme possédait lorsqu'elle était célibataire» à des femmes veuves ou divorcées.

On peut dire que le passage au nouveau droit matrimonial s'est effectué en général sans accroc; ceci est dû en grande partie à l'effort exceptionnel de l'ensemble du personnel de l'état civil. Le nombre de documents concernant des cas d'état civil de ressortissants bernois domiciliés à l'étranger a passé de 3615 en 1984 à 7351 en 1988 (5820). La cause en est la révision partielle du 14 décembre 1984 de la loi fédérale sur l'acquisition

Teilrevision des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts vom 14. Dezember 1984. Trotz des Einsatzes von Aushilfskräften waren auf Jahresende grössere Arbeitsrückstände zu verzeichnen.

2.4.1 Zivilstandsämter

Der Regierungsrat bestätigte die Wahlen von vier Zivilstandsbeamten und drei Zivilstandsbeamtinnen sowie von sieben Stellvertreterinnen und fünf Stellvertretern. Die Inspektion der Zivilstandsämter erfolgte durch die Regierungsstatthalter, welche der Polizeidirektion über ihre Feststellungen Bericht erstatteten.

Aufgrund der EFFISTA-Voranalyse wurde das Institut für Wirtschaftsinformatik der Universität Bern mit einer Untersuchung des Entschädigungssystems der bernischen Zivilstandsbeamten betraut. Das Ergebnis wird im Frühjahr 1989 vorliegen. Sechs regionale Weiterbildungskurse für Zivilstandsbeamte, welche von 288 Teilnehmern besucht wurden, dienten der Repetition der durch das neue Eherecht geschaffenen Änderungen im Eheschliessungsverfahren und in der Registerführung. Zugleich erfolgte eine Einführung in das Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht.

Auf Wunsch des Verbandes bernischer Burgergemeinden und burgerlicher Korporationen führte das Amt für den Zivilstandsdienst vier Ausbildungskurse für Burgerrodelführer durch, wovon drei in Bern und einen in Péry.

2.4.2 Bürgerrechtsdienst

Einbürgerungen

Im *ordentlichen Einbürgerungsverfahren* erteilte der Grosse Rat 239 Bewerber (Vorjahr 231) das bernische Kantonsbürgerrecht und das Bürgerrecht einer bernischen Gemeinde. Ein Einbürgerungsgesuch wurde abgewiesen.

Die Eingebürgerten stammen aus folgenden Staaten:

Staat	Zahl der Bewerber	Zahl der eingebürgerten Personen
Schweiz (Bürger anderer Kantone)	14	32
Deutschland (BRD)	53	75
Frankreich	13	16
Italien	43	50
Jugoslawien	17	34
Österreich	11	17
Spanien	6	6
Tschechoslowakei	29	44
Türkei	9	19
Ungarn	12	20
Verschiedene (alle weniger als 5 Bewerber, aus 21 verschiedenen Staaten)	32	47
Total	239	360

Durch die Einbürgerung von 225 ausländischen Bewerbern erhielten 328 Personen das bernische Kantonsbürgerrecht, was im Verhältnis zu der an der Volkszählung vom 2. Dezember 1980 ermittelten Einwohnerzahl von 912 091 Personen 0,36 Promille ausmacht.

Im Rahmen des *eidgenössischen Bewilligungsverfahrens* konnten 324 Gesuche (218) empfohlen werden und in 12 Fällen wurde Antrag auf Abweisung gestellt. Ferner wurden 226 Gesuche um *Wiedereinbürgerung* behandelt.

et la perte de la nationalité suisse. Malgré l'engagement de personnel auxiliaire, il reste une grande quantité de travail en retard.

2.4.1 Offices de l'état civil

Le Conseil-exécutif a confirmé l'élection de sept officiers de l'état civil, dont trois femmes, ainsi que de sept suppléantes et cinq suppléants. Les préfets ont procédé à l'inspection des offices de l'état civil et présenté leur rapport à la Direction de la police.

En s'appuyant sur l'analyse préliminaire EFFISTA, l'Institut d'informatique économique de l'Université de Berne a été chargé d'étudier le système d'indemnisation des officiers de l'état civil bernois. Le résultat sera connu au printemps 1989. 288 officiers de l'état civil ont suivi six cours régionaux de perfectionnement destinés à les familiariser avec le nouveau droit matrimonial et la tenue des registres. Par la même occasion une introduction concernant la loi fédérale sur le droit international privé a été donnée.

Pour donner suite au désir exprimé par l'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises, le Service de l'état civil a organisé quatre cours de formation pour les teneurs du rôle des bourgeois, soit trois à Berne et le quatrième à Péry.

2.4.2 Service de l'indigénat

Naturalisation

Dans la *procédure de naturalisation ordinaire*, le Grand Conseil a octroyé à 239 requérants (231) le droit de cité du canton de Berne ainsi que celui d'une commune bernoise. Une demande de naturalisation a été rejetée.

Les personnes naturalisées sont originaires des Etats suivants:

Etat	Nombre de requérants	Nombre de personnes naturalisées
Suisse (ressortissants d'autres cantons)	14	32
Allemagne (RFA)	53	75
France	13	16
Italie	43	50
Yougoslavie	17	34
Autriche	11	17
Espagne	6	6
Tchécoslovaquie	29	44
Turquie	9	19
Hongrie	12	20
Divers (tous avec moins de 5 requérants de 21 Etats différents)	32	47
Total	239	360

Par la naturalisation de 225 requérants étrangers, 328 personnes ont obtenu le droit de cité cantonal bernois, ce qui équivaut au 0,36 pour mille des 912 091 habitants dénombrés lors du recensement du 2 décembre 1980.

Dans le cadre de la *procédure fédérale de naturalisation*, 324 (218) demandes ont pu être préavisées favorablement alors que le rejet a été proposé dans 12 cas. En outre, 226 demandes de réintégration dans la nationalité suisse ont été traitées.

Bürgerrechtsfeststellungen

3515 Kinder mit ausländischem Vater und schweizerischer Mutter wurden als Schweizer Bürger anerkannt. Seit Beginn der bundesrechtlichen Übergangsregelung im Jahre 1985 erhielten 9535 Personen das Bürgerrecht einer bernischen Gemeinde.

Wiederannahme des ehemaligen Bürgerrechts

Rund 10 000 Frauen machten von der im neuen Eherecht gebotenen Möglichkeit Gebrauch, während des Jahres 1988 ihr ehemaliges bernisches Gemeindebürgerrecht zurückzuverlangen. Bis zum Jahresende konnten 4400 Erklärungen verarbeitet werden.

Bürgerrechtsentlassungen

Aus dem Kantons- und damit aus dem Schweizer Bürgerrecht wurden 11 Personen (Vorjahr 17) entlassen. 164 Personen (109) verzichteten nach erfolgter Einbürgerung in einem andern Kanton auf ihr bernisches Kantons- und Gemeindebürgerrecht.

2.5 Schutzaufsichtsamt des Kantons Bern**Personelles****Bestand**

Die 21 hauptamtlichen Mitarbeiter/innen (Leitung/Sozialdienst/Administration) wurden von 492 freien Mitarbeitern/-innen unterstützt.

Fortbildung

In je einem Einführungskurs in Bern, Biel und Thun konnten freie Mitarbeiter/-innen auf ihre Aufgabe vorbereitet werden; das gute Herz und der gute Wille genügen in der Regel nicht. In neun Arbeitsgruppen trafen sie sich monatlich zum Erfahrungsaustausch und zur Fortbildung. Sie setzten sich in einem Wochenende in der Reformierten Heimstätte Gwatt und in zwei regionalen Fortbildungsveranstaltungen mit der Betreuung von Aids-Kranken und Drogenabhängigen auseinander sowie mit ihrer eigenen Rolle.

Die Sozialarbeiter/-innen befassten sich sowohl in der internen wie auch in der externen Fortbildung u. a. mit offenen Fragen der Betreuung von HIV-Infizierten und -Erkrankten. Sie bemühten sich um Informationsbeschaffung und -aufarbeitung, um Vorgehensweisen in der Betreuung von HIV-Patienten angemessen ausgestalten zu können.

Frau Dr. med. Aspasia Amsel, Chefärztin der forensischen Psychiatrie, beriet die Sozialarbeiter/innen in 15 (1987: 14) Teamsitzungen.

Betreuungsarbeit**Statistische Zahlen**

Klientenbestand	Männer		Frauen	
Bedingter Strafvollzug (StGB Art. 41)	112	(79)	39	(38)
Bedingte Entlassung (StGB Art. 38)	529	(535)	44	(46)
Bedingte oder probeweise Entlassung aus dem Massnahmenvollzug (StGB Art. 42/43/44/100ter)	183	(198)	40	(33)
Begnadigung mit Stellung unter Schutzaufsicht (StGB Art. 394)	1	(1)	–	(–)
Vorläufige Freilassung aus der Untersuchungshaft von Amtes wegen (StrV Art. 127)	57	(34)	16	(14)
Definitive Entlassungen (StVV 56)	23	(5)	2	(–)
Durchgehende Betreuung (StVV Art. 63)	222		25	
Total	1 127		166	

(1293 Klienten/-innen: 10,5 Sozialarbeiter/innen-Stellen)

Constatation du droit de cité suisse

Le droit de cité suisse a été reconnu en faveur de 3515 enfants de père étranger et de mère suisse. Depuis l'introduction de la réglementation transitoire du droit fédéral en 1985, 9535 personnes ont reçu le droit de cité d'une commune bernoise.

Réintégration dans l'ancien droit de cité

Au cours de l'exercice, environ 10 000 femmes ont profité de la possibilité prévue dans le nouveau droit matrimonial et demandé la réintégration dans leur ancien droit de cité communal bernois. 4400 demandes ont été traitées jusqu'à la fin de l'année.

Libération du droit de cité

Onze personnes (17) ont été libérées du droit de cité cantonal, partant de la nationalité suisse. 164 personnes (109) naturalisées dans un autre canton ont renoncé à leur droit de cité cantonal et communal bernois.

2.5 Office du patronage**Personnel****Effectif**

Les 21 collaborateurs et collaboratrices travaillant à plein temps (direction/service social/administration) ont été aidés par 492 collaborateurs et collaboratrices bénévoles.

Formation

Les collaborateurs et collaboratrices bénévoles se sont préparés à leur tâche lors d'un cours d'introduction qui a été organisé à Berne, Bienne et Thoune: un bon cœur ne suffit pas, il faut également acquérir des connaissances pratiques. Ils se sont réunis chaque mois en formant neuf groupes de travail dans le but d'échanger leurs expériences et de compléter leur formation. Au cours d'un week-end au Centre protestant de Gwatt et lors de deux cours de perfectionnement, ils ont approfondi la question de l'assistance aux malades atteints du sida et aux toxicomanes et ont réfléchi à leur propre rôle.

A l'occasion de cours de formation internes et externes, les assistants sociaux se sont occupés entre autres des questions qui demeurent ouvertes au sujet de l'assistance aux personnes séropositives et atteintes du sida. Ils ont pris la peine de se procurer les informations nécessaires et de les étudier afin d'offrir une assistance adéquate à ces malades.

Le Dr Aspasia Amsel, médecin-chef de la psychiatrie médico-légale, a conseillé les assistants sociaux aux cours de 15 (14) séances de groupe.

Assistance**Statistiques**

Effectif des patronnées	Hommes		Femmes	
Exécution conditionnelle (art. 41 CPS)	112	(79)	39	(38)
Libération conditionnelle (art. 38 CPS)	529	(535)	44	(46)
Libération conditionnelle ou à l'essai de l'exécution des mesures (art. 42/43/44/100ter CPS)	183	(198)	40	(33)
Grâce avec mise sous patronage (art. 394 CPS)	1	(1)	–	(–)
Mise en liberté provisoire d'office de la détention préventive (art. 127 CPP)	57	(34)	16	(14)
Libération définitive (art. 56 OEP)	23	(5)	2	(–)
Libération définitive (art. 63 OEP)	222		25	
Total	1 127		166	

1293 patronnés: 10,5 postes d'assistantes et assistants sociaux

Betreuungen im Regionalgefängnis Bern (StVV Art. 63)	418 (435) Personen (2 Sozialarbeiter-Stellen)			
Altersstruktur	Männer		Frauen	
19–28 Jahre	45 %		55 %	
29–38 Jahre	34,5 %		34 %	
39–48 Jahre	13 %		9 %	
49–58 Jahre	6 %		1,5 %	
59–75 Jahre	1,5 %		0,5 %	
Rückfälle				
Urteile mit weniger als drei Monate Freiheitsentzug	67		7	
Urteile mehr als drei Monate Freiheitsentzug	52	(80)	6	(5)
Betreuerische Massnahmen				
Vermittlung von Unterkünften	355		(275)	
Vermittlung von Arbeitseinsätzen	271		(517)	
Begleitung ambulanter Therapien	331		(299)	
Vermittlung stationärer Therapien	15		(9)	
Methadonprogramme	104		(104)	
Durchführung regelmässiger Urinproben	39		(35)	
Schuldensanierungen	86		(93)	
Finanzielle Unterstützungen	222		(205)	
Anträge auf fürsorgische Freiheitsentziehung	4		(5)	
Anträge auf Vormund-, Beistand-, Bereitschaft	18		(9)	

Assistance à la prison de district de Berne (art. 63 OEP)	418 (435) personnes (deux postes d'assistants sociaux)			
Age	Hommes		Femmes	
19–28 ans	45 %		55 %	
29–38 ans	34,5 %		34 %	
39–48 ans	13 %		9 %	
49–58 ans	6 %		1,5 %	
59–75 ans	1,5 %		0,5 %	
Récidive				
Jugements avec privation de liberté inférieure à 3 mois	67		7	
Jugements avec privation de liberté supérieure à 3 mois	52	(80)	6	(5)
Mesures d'assistance				
Recherches de logement			355	(275)
Recherches de travail			271	(517)
Accompagnements à des thérapies ambulatoires			331	(299)
Recherches d'établissements spécialisés			15	(9)
Traitements à la méthadone			104	(104)
Analyses d'urine périodiques			39	(35)
Assainissements de dettes			86	(93)
Soutiens financiers			222	(205)
Demandes de privation de liberté à des fins d'assistance			4	(5)
Demandes de tutelle, d'assistance, de conseil consultatif			18	(9)

Kommentar

Erstmals seit mehr als zehn Jahren hat die Unterstellung Verurteilter mit bedingtem Strafvollzug zugenommen. Im Vergleich zu 1987 (117) um 34 Klienten (1988: 151). Ebenfalls angewachsen ist die Zahl der Unterstellungen bei der vorläufigen Freilassung aus der Untersuchungshaft (1987: 48, 1988: 73).

Aus kriminalpolitischer und sozialpädagogischer Sicht ist dies erfreulich. Um nachhaltige kriminalpädagogische Prozesse einzuleiten, genügen Strafverfahren und Verurteilungen allein nicht, sondern es braucht eine kontinuierliche Betreuung im Rahmen einer Schutzauufsicht. Die Schutzauufsicht hat bessere Erfolgsaussichten, wird sie möglichst frühzeitig eingeschaltet, d. h. sobald persönliche und soziale Schwierigkeiten im Zusammenhang mit einem Strafverfahren auftreten und nicht erst nach mehrmaliger Verurteilung.

Die Rückversetzung von bedingt aus dem Straf- und Massnahmenvollzug Entlassenen liegt unter 7,2 Prozent (1987: 85, 1988: 58). Die niedrige Zahl mag überraschen, wenn man bedenkt, dass über 50 Prozent der Klienten/-innen schwer suchtmittelabhängig sind. Entscheidend zu diesem positiven Ergebnis trug die engagierte Arbeit der Betreuer im Bereich von Sachhilfen bei (Wohn-, Arbeitsvermittlung u. a. lebenspraktischer Hilfen) sowie die Überzeugung der Gerichts- und Vollzugsbehörden, dass wirkliche Resozialisierung im sozialen Raum stattfinden muss.

50 bis 60 Klienten/-innen sind dauernd ohne feste Unterkunft. Auf dem freien Wohnungsmarkt sind sie nicht zu vermitteln. In private Hilfswerke werden sie wegen ihrer Suchtabhängigkeit oder anderer persönlicher und sozialer Probleme nicht aufgenommen oder bald wieder entlassen. Ihre Integration in die Arbeitswelt und ihre therapeutische Behandlung sind in der Folge verunmöglicht. Benötigt wird eine begleitete Wohngemeinschaft mit sozialpädagogischer Betreuung – ohne Therapieangebot. Um diese Problematik zu lösen, haben wir Kontakt mit einem privaten Hilfswerk aufgenommen. Über die organisatorische und finanzielle Zusammenarbeit von staatlicher und privater Stelle ist eine effiziente und kostengünstige Lösung möglich.

Die durchschnittliche Verschuldung pro Klient stieg um 16,8 Prozent auf 48 485 Franken (1987: 41 483 Fr.). Dieser Anstieg ist auf die Zunahme von Privatschulden und Regressforderungen zurückzuführen. Aussergerichtliche Nachlasse

Commentaire

Pour la première fois depuis plus de dix ans, la mise sous patronage de personnes condamnées avec sursis à l'exécution de la peine a augmenté. Leur nombre a passé de 117 en 1987 à 151 en 1988, ce qui représente 34 patronnés de plus. Le nombre des mises sous patronage de personnes libérées provisoirement de la détention préventive a été également en augmentation (1987: 48, 1988: 73).

Cette évolution est réjouissante tant au point de vue de la politique en matière de criminalité que de pédagogie sociale. Une procédure pénale et des condamnations ne suffisent pas pour engager une procédure pédagogique efficace en matière de criminalité, il faut encore une assistance permanente dans le cadre du patronage. Le patronage a de meilleures chances de réussite s'il est mis à contribution aussi rapidement que possible, c'est-à-dire dès que des difficultés au niveau personnel et social apparaissent au cours d'une procédure pénale, et non pas seulement après que la personne concernée ait été condamnée à plusieurs reprises.

La réintégration de détenus libérés conditionnellement est inférieure à 7,2 pour cent (1987: 85, 1988: 58). Ce nombre peu élevé peut paraître surprenant lorsqu'on considère que plus de 50 pour cent des patronnés sont toxicomanes à un haut degré. L'engagement des assistants dans le domaine de l'aide matérielle (recherche de logement et de travail, aide pratique pour surmonter les difficultés, etc.) ainsi que la conviction des autorités judiciaires et de l'exécution selon laquelle une véritable réinsertion ne peut être effective que si elle a lieu au sein de la société ont fortement contribué à atteindre ce résultat positif.

50 à 60 patronnés sont sans logement en permanence et ne peuvent en trouver un sur le marché. D'autre part ils ne sont pas acceptés par des œuvres d'entraide privées à cause de leur toxicomanie ou d'autres problèmes personnels ou sociaux ou bien ils sont rapidement éconduits, ce qui empêche leur réinsertion dans le monde du travail et leur traitement thérapeutique. Une communauté d'habitation disposant d'une assistance pédagogique sociale – sans traitement thérapeutique – devient nécessaire. Contact a été pris avec une œuvre d'entraide privée afin de résoudre ce problème. Une solution avantageuse et adéquate est possible grâce à la coopération au niveau de l'organisation et des finances des services de l'Etat et du secteur privé.

wurden 27 durchgeführt. Dabei kam es zur Ablösung einer Gesamtschuld von 1081990 Franken mit einer Dividende von 413 666 Franken (38%).

Die Unterstützungsbeiträge pro unterstützte Person und Jahr konnten erneut reduziert werden (1987: 2043 Fr., 1988: 1956 Fr.). Diese Reduktion hat ihre Ursache teilweise in der Errichtung eines Möbel- und Kleiderlagers.

Klientengelder (Lohn, Pekulien, Sparhefte) wurden im Betrage 1 048 755 Franken treuhänderisch verwaltet. Die Pekulien gingen im Berichtsjahr betragsmässig erneut zurück (1987: 242 087 Fr., 1988: 222 651 Fr.). Diese Tatsache erschwerte uns die Betreuung in der Anfangsphase. Spendengelder konnten im Betrage von 85 879 Franken erwirkt werden. Dank dafür gebührt zahlreichen evangelisch-reformierten und katholischen Kirchgemeinden sowie dem Lions-Club, den Freunden von Emmaus, Privatunternehmungen und Privatpersonen.

2.6 Strassenverkehrs- und Schiffsverkehrsamt

Im Berichtsjahr wurde eine neue EDV-Anwendung in Betrieb genommen. Der Bestand an Motorfahrzeugen und Anhängern erhöhte sich 1988 um 11 000 Einheiten oder 2,28 Prozent auf total 492 000 Einheiten. Erneut ist eine Zunahme bei den Motorrädern festzustellen. Mit 3 Prozent fiel sie allerdings wiederum etwas schwächer aus als im Vorjahr (6,5%). Ende Jahr war ein Bestand von 27 200 Motorrädern zu verzeichnen. Nach wie vor ansteigend ist die Zahl der Personenwagen; sie erhöhte sich um 8 300 Einheiten (gegenüber 7 000 im Vorjahr) auf total 357 000 Fahrzeuge. Erwähnenswert ist auch die leicht gestiegene Zahl an immatrikulierten Lastwagen und Sachentransportanhängern. Während sich der Bestand an Lastwagen um 200 Einheiten auf total 5 700 Fahrzeuge erhöhte, stieg die Zahl an immatrikulierten Sachentransportanhängern um rund 600 auf total 10 300. Bei den übrigen Fahrzeugarten sind die bekannten unwesentlichen Schwankungen festzustellen. Abgenommen hat erneut die Zahl der in Verkehr stehenden Motorfahräder. Sie beträgt noch rund 107 000 Einheiten (ca. 6 000 Mofas weniger als im Vorjahr). Dieser Abnahme steht andererseits eine wiederum massive Zunahme bei den Fahrrädern gegenüber. Deren Bestand hat sich wie im Vorjahr erneut um 16 000 auf nunmehr rund 455 000 Fahrzeuge erhöht.

Die Zahl der auf bernischen Gewässern zugelassenen Schiffe hat sich wegen der beschränkten Zahl von vorhandenen Schiffs Liegeplätzen im Vergleich zum Vorjahr nach wie vor nicht erhöht. Ende 1988 waren ca. 13 600 Schiffe immatrikuliert.

Der Ertrag der Fahrzeugsteuern fiel mit 155,84 Mio. Franken um 10,01 Mio. Franken höher aus als im Vorjahr; sie überstieg den budgetierten Wert gesamthaft um 3,7 Mio. Franken. Die hohe absolute Zunahme ist im wesentlichen auf den Wegfall des Steuerrabattes von 50 Prozent zurückzuführen, der für Fahrzeuge gewährt worden war, welche die Abgasnorm US-83 erfüllten. Diese Fahrzeuge wurden im Jahre 1988 wieder zum vollen Ansatz taxiert.

Auf 1. Januar 1988 war der Gebührentarif in verschiedenen Positionen angehoben worden. Die allgemeinen Gebühreneinnahmen erhöhten sich aus diesem Grunde im Berichtsjahr auf 17,67 Mio. Franken, was einer Zunahme um 2,89 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Der Ertrag aus den Gebühren für die Kleinschiffahrt verminderte sich dagegen gesamthaft von 2,67 Mio. Franken im

L'endettement moyen de chaque patronné a augmenté de 16,8 pour cent pour atteindre 48 485 (41 483) francs. Cette aggravation est due à une augmentation des dettes privées et à des créances en recours. 27 remises de dettes extrajudiciaires ont été effectuées, ce qui représente un amortissement de dettes total de 1 081 990 francs avec un dividende de 413 666 francs (38%). Les secours versés par personne et par année ont été à nouveau en diminution (1987: 2 043 fr., 1988: 1 956 fr.). Ceci est partiellement dû à la création d'un dépôt de meubles et d'habits. Nous avons assuré pour les patronnés la gérance de 1 048 755 francs provenant de leurs salaires, pécules et carnets d'épargne. Le montant des pécules a baissé à nouveau au cours de l'exercice (1987: 242 087 fr., 1988: 222 651 fr.), cette situation rend l'assistance beaucoup plus difficile à ses débuts. Les dons se sont élevés à 85 879 francs. Nous en remercions les paroisses des Eglises évangélique-réformée et catholique, le Lions Club, les Frères d'Emmaüs ainsi que les personnes et entreprises privées.

2.6 Office de la circulation routière et de la navigation

Au cours de l'exercice, une nouvelle application du traitement des données a été mise en exploitation. L'effectif des véhicules à moteur et des remorques a augmenté de 11 000 unités, soit de 2,28 pour cent, pour atteindre 492 000 véhicules. Comme précédemment, on constate une augmentation des motocycles, bien que son taux de 3 pour cent soit légèrement inférieur à celui de l'année passée (6,5%). L'effectif des motocycles enregistrés à la fin de l'année était de 27 200. Le nombre des voitures de tourisme continue sa progression, qui était de 8 300 unités (7 000) pour totaliser 357 000 véhicules. Relevons la légère augmentation du nombre des camions immatriculés et des remorques servant au transport de choses. L'effectif des camions a augmenté de 200 unités et s'élève à 5 700 véhicules, tandis que celui des remorques servant au transport de choses s'est accru de 600 unités environ et totalise 10 300 véhicules. Les fluctuations restent minimes dans les autres catégories de véhicules. Le nombre des cyclomoteurs admis à la circulation a de nouveau baissé et avoisine 107 000 unités (environ 6 000 de moins que l'année précédente). Par contre, la forte augmentation des bicyclettes, qui a été de 16 000 unités, porte son effectif à environ 455 000 véhicules.

L'effectif des bateaux immatriculés est resté inchangé vu le nombre limité de places d'amarrage dans les eaux bernoises. A la fin de l'exercice, environ 13 600 bateaux étaient immatriculés.

Le produit des taxes sur les véhicules se monte à 155,84 millions de francs, ce qui représente une augmentation de 10,01 millions par rapport à l'année précédente, soit 3,7 millions de plus que la somme portée au budget. Cet accroissement effectif élevé est dû en grande partie à la suppression du rabais de 50 pour cent qui avait été accordé pour les véhicules qui répondaient aux normes US 83. Ces véhicules ont été à nouveau soumis à la taxe normale.

Le tarif des émoluments a été majoré pour différentes positions. Pour cette raison, les recettes générales des émoluments ont atteint 17,67 millions de francs, ce qui représente une augmentation de 2,89 millions en comparaison de l'année précédente.

Par contre, les émoluments prélevés sur la petite batellerie ont passé de 2,67 millions de francs l'année précédente à 2,44 millions au cours de l'exercice. Ceci est dû à la suppression des émoluments pour les permis de navigation.

Les recettes de la taxe fédérale sur les poids lourds ont, à

Vorjahr auf 2,44 Mio. Franken im Berichtsjahr. Der Grund für den Rückgang liegt im Wegfall der Schiffbetriebsbewilligungsgebühren.

Auch im abgelaufenen Jahr belief sich der Ertrag aus der Schwerverkehrsabgabe zugunsten der Eidgenossenschaft auf über 12 Mio. Franken; dem Kanton Bern verblieb für das Inkasso eine Aufwandentschädigung von ca. 373 000 Franken (Vorjahr: 377 000 Fr.). Die aus dem Verkauf der Autobahnvignette resultierende Entschädigung bezifferte sich im Berichtsjahr auf ca. 310 000 Franken (Vorjahr: 303 000 Fr.).

Die Zahl der erteilten Lernfahrausweise für leichte Motorwagen (Kat. B) und für Motorräder (Kat. A1 und A) blieb im Berichtsjahr praktisch auf dem gleichen Stand des Vorjahres. Insgesamt wurden 22 522 solche Ausweise abgegeben (gegenüber 22 473 im Vorjahr). Total 4294 Personen bewarben sich 1988 um den Führerausweis für Motorfahrzeuge, und insgesamt 1968 Personen stellten das Gesuch um Erteilung eines Schiffsführerausweises.

Im Administrativverfahren waren 26 514 (Vorjahr: 24 229) Anzeigen gegen fehlbare Fahrzeugführer neu zu beurteilen, was einer Zunahme von 9,48 Prozent entspricht. In 3879 Fällen wurde der Entzug des Führerausweises für Motorfahrzeuge verfügt (Vorjahr: 3138). Die Zahl der Verwarnungen hielt sich im Rahmen des Vorjahres (ca. 3800). Über 1000 Ausweisinhaber wurden zum Verkehrsunterricht aufgeboten, weil sie zum wiederholten Male Verkehrsregeln verletzt hatten.

Mit dem Ziel, den Verkehr über grössere Strecken zu beruhigen und so auch für Zweiradfahrer sicherer zu machen, wurden 1988 verschiedene Strassenabschnitte völlig neu markiert (N5 Biel–Twann, Laufentalstrasse, Gensberg). Die dabei gewonnenen Erfahrungen und Reaktionen aus der Bevölkerung sind überwiegend positiv ausgefallen. Im Hinblick auf die Einführung der Zonensignalisation 1989 wurden verschiedene Vorarbeiten getroffen, um die Gemeinden bei der Einführung wirkungsvoll unterstützen zu können. Erstmals konnten die 1987 beschafften Verkehrsdatenerfassungsgeräte in grösserem Umfang eingesetzt werden; sie ermöglichen, getroffene Massnahmen in ihrer Wirkung exakt nachzuprüfen. Ergänzt wurden die Verkehrszählungen und Nachkontrollen mit Videoaufnahmen. Daneben wurden wieder zahlreiche Verkehrsbegehren aller Art bearbeitet und entsprechende Massnahmen realisiert bzw. verfügt. Im Berichtsjahr wurden fünf Lichtsignalanlagen neu erstellt und zwei weitere erneuert. Nach wie vor gilt es, eine grosse Anzahl überalterter Anlagen systematisch zu sanieren. Entsprechende Projektierungsarbeiten sind für elf Lichtsignalanlagen in Bearbeitung. Für 18 neue Lichtsignalanlagen wurden die Projektierungs- und Bauaufträge vergeben. Im weiteren wurde im Berichtsjahr die Untersuchung «Fussgänger-Lichtsignalanlage: Wann, wo und wie?» veröffentlicht.

Die Zahl der Schiffsprüfungen konnte 1988 von 2168 auf 3198 gesteigert werden. Die Schiffsführerprüfungen nahmen von 1567 auf 1691 zu. Diese Steigerungen wurden möglich durch die Anstellung eines zusätzlichen Schiffsexperten sowie durch organisatorische Massnahmen. Obwohl die Einnahmen aus den Schiffs- und Schiffsführerprüfungen im Berichtsjahr auf 476 668 Franken (Vorjahr 217 155 Fr.) stiegen, sind sie nach wie vor nicht kostendeckend.

nouveau, dépassé les 12 millions de francs; le canton de Berne a été indemnisé à raison d'environ 373 000 (377 000) francs pour le travail effectué. L'indemnisation provenant de la vente des vignettes autoroutières s'est élevée à environ 310 000 (303 000) francs.

Le nombre des permis d'élève-conducteur pour voitures automobiles légères (catégorie B) et pour motocycles (catégories A1 et A) est resté pour ainsi dire inchangé par rapport à l'année passée; il s'élève à 22 522 (22 473). 4294 personnes ont sollicité un permis de conduire pour cyclomoteurs et 1968 personnes ont demandé l'octroi d'un permis de navigation. Dans le secteur des procédures administratives, 26 514 (24 229) nouvelles dénonciations déposées contre des conducteurs fautifs ont dû être examinées, ce qui représente une augmentation de 9,48 pour cent. 3879 (3138) décisions de retrait de permis de conduire pour véhicules à moteur ont été ordonnées. Le nombre des avertissements est resté dans les limites de l'année précédente (env. 3800). Plus de 1000 détenteurs de permis de conduire ayant transgressé à maintes reprises les règles de la circulation ont été convoqués à un cours de circulation.

Divers tronçons de routes ont été marqués de manière totalement nouvelle (N5 Bienne–Douane, Laufentalstrasse, Gensberg) dans le but de calmer la circulation sur de larges parcours et d'assurer une plus grande sécurité pour les conducteurs de deux-roues. Les résultats ainsi obtenus et les réactions de la population sont essentiellement positifs. Certaines dispositions ont déjà été prises pour soutenir les communes en vue de l'introduction de la signalisation des zones 1989. Les appareils d'enregistrement des données du trafic acquis en 1987 ont été, pour la première fois, utilisés sur une grande échelle; ils permettent de vérifier exactement l'efficacité des mesures prises dans le domaine de la circulation. Le comptage du trafic et les contrôles ultérieurs ont été complétés par des enregistrements vidéo. Cette année encore, de nombreuses requêtes de toutes natures en matière de circulation ont été traitées et les mesures adéquates décidées ou réalisées. Au cours de l'exercice, cinq nouvelles installations de signaux lumineux ont été construites et deux autres renouvelées. Comme par le passé, il s'agit d'assainir systématiquement un grand nombre d'installations de signaux lumineux démodées. Des projets sont en préparation pour onze de ces installations. Les commandes de projet et de construction ont été passées pour 18 nouvelles installations de signaux lumineux. Au cours de l'exercice, l'étude intitulée «Installations lumineuses pour passages de sécurité: Quand, où, comment?» a été publiée.

Le nombre des inspections de bateaux a passé de 2168 à 3198 et celui des examens de conducteurs de bateaux de 1567 à 1691. Ces augmentations ont été possibles par l'engagement d'un nouvel expert en bateaux ainsi que par l'introduction de mesures au niveau de l'organisation. Bien que les recettes réalisées dans les domaines des inspections de bateaux et des examens de conducteurs de bateaux se soient élevées à 476 668 (217 155) francs, elles continuent à ne pas couvrir les dépenses.

2.7 Expertenbüro für das Motorfahrzeugwesen

Der Strassenverkehr hat sich 1988 in einem Ausmass weiterentwickelt, das alle Rekorde früherer Jahre weit übertrifft. 321 366 fabrikneue Personenwagen wurden in den zwölf Mo-

2.7 Bureau des experts pour véhicules automobiles

Le trafic enregistré en 1988 a connu une accélération battant largement tous les records des années précédentes: 321 366 voitures de tourisme sortant des usines ont été vendues en

naten des Jahres 1988 in der Schweiz an die Frau bzw. an den Mann gebracht. Das sind 6,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Ein Aufwärtstrend ist auch bei den Lastwagen, Gesellschaftswagen, Anhängerzügen und Arbeitsmaschinen zu verzeichnen. Den Anforderungen dieser Entwicklung wenn immer möglich zu genügen, war für das Expertenbüro eine echte Herausforderung. Dabei führten die vielen vorgegebenen Dienstleistungen zu vermehrten synergetischen (Synergetik = Lehre vom Zusammenwirken) Effekten zwischen Privatwirtschaft, Politik und Verwaltung. Es zeigte sich dabei auch das mathematische Phänomen, dass ein stabiler Zustand bei zunehmenden Anforderungen/Belastungen instabil werden kann. Die ständig zunehmende Arbeitslast für das Kader beim Expertenbüro einerseits und der Personalstopp andererseits lassen sich nicht nur mit Hinweisen auf EDV, Effista, Kofina, Stebe usw. lösen. Synergie – ein Motor, der das Ganze bewegt – wird daher künftig noch vermehrt erforderlich sein.

Dass sich das Motorfahrzeug geradezu zu einem teuren Wegwerfartikel entwickelt hat, zeigt Vor- und Nachteile. Von den neu zugelassenen Personenwagen wiesen 1988 rund 310 000 einen Katalysator auf und haben eine fast ebenso grosse Anzahl alte, im Abgasverhalten deutlich schlechtere Fahrzeuge abgelöst. Damit wurde ein ins Gewicht fallender Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation/Schadstoffbelastung erbracht. Die Mehrkosten für diesen Umweltschutzbeitrag der Fahrzeughalter liegen in der Grössenordnung von 800 Mio. Franken. Aufgrund verschiedener Feststellungen ist anzunehmen, dass es in Betrieben des Fahrzeuggewerbes zum Teil am Interesse sowie quantitativ und qualitativ auch an Berufsleuten für Unterhalts-, Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Motorfahrzeugen mangelt. Dies hat sich offensichtlich auf die Prüfungsbereitstellung der Motorfahrzeuge negativ ausgewirkt, haben doch die Fahrzeugnachkontrollen nach Beanstandungen beim Expertenbüro gegenüber dem Vorjahr stark zugenommen und sind von 48 810 auf 59 944 angestiegen. Mit besseren Fahrzeugbereitstellungen vor der amtlichen Fahrzeugprüfung könnte ganz erheblich zur Entlastung des Expertenbüros und auch zum Umweltschutz (Wegfall zusätzlicher Fahrten) beigetragen werden. Diesbezüglich wurde bei den Betrieben des Fahrzeuggewerbes auf der Stufe Polizeidirektion interveniert.

Die Fahrschulausbildung hat sich weitgehend auf junge Normalfahrschüler ausgerichtet. Dies, weil ältere Fahrschüler bezüglich Anzahl kaum mehr ins Gewicht fallen oder aus fremden Kulturkreisen stammen und deshalb sprachlich Schwierigkeiten bieten. Auch junge Fahrschüler, die bei der Ausbildung besonderer/zusätzlicher Betreuung bedürfen (z.B. mündliche Theorieausbildung, Verkehrssinnbildung) haben oft Mühe, einen geeigneten Ausbilder zu finden. Das Expertenbüro hat den Fahrlehrerverbänden allgemeine Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt und die periodische Durchführung von regionalen Informationsveranstaltungen für potentielle Fahrschüler und für Lernfahrausweisinhaber, Eltern von Fahrschülern usw. empfohlen. Bei diesen Informationsveranstaltungen sollte die Zielsetzung auch eine generell bessere Fahrschulausbildung und eine Verminderung der 1988 ausserordentlich stark angestiegenen Wiederholungs-Führerprüfungen beinhalten.

Bei den praktischen Führerprüfungen konnte nach erfolgter Aus- und Weiterbildung der Experten 1988 die Verkehrssinnbildung für die Bewertung der erbrachten Leistungen weitgehend einbezogen/angewendet werden. Die Abnahme der praktischen Motorrad-Führerprüfungen erfolgt seit Frühjahr/Sommer 1988 an allen Prüfungsorten vollumfänglich mit Funkgeräten. Nach einer Weiterausbildung der Motorrad-Prüfungsexperten sind auch die Prüfungsanforderungen angehoben und den heutigen Erfordernissen angepasst worden.

In der Fahrzeugprüfhalle Bern konnten eine Abgas-Absauganlage sowie eine neue Hallenbeleuchtung (die 50% Strom-einsparung ermöglicht) installiert und damit die Arbeitsplatz-

Suisse, soit 6,1 pour cent de plus que l'année passée. Une tendance à la hausse est également enregistrée pour les camions, autocars, trains routiers et voitures automobiles de travail. Pouvoir satisfaire autant que possible aux exigences de cette évolution a été un véritable défi pour le Bureau des experts. Les prestations de services à remplir ont multiplié les effets synergiques (synergie = association de plusieurs organes pour l'accomplissement d'une fonction) entre l'économie privée, la politique et l'administration. Le phénomène mathématique, selon lequel une situation stable devient instable à cause de l'accroissement des exigences et des charges, s'est confirmé. Les problèmes résultant du volume de travail toujours plus important pour les cadres du Bureau des experts et ceux créés par le blocage du personnel ne se laissent pas résoudre uniquement par le TED, l'EFFISTA, le KOFINA, le STEBE, etc. La synergie, un moteur qui met le tout en mouvement, deviendra de plus en plus indispensable.

Le fait que le véhicule à moteur soit devenu un véritable article à jeter présente des avantages et des désavantages. 310 000 parmi les voitures de tourisme admises pour la première fois à la circulation routière en 1988 étaient munies d'un catalyseur et ont ainsi remplacé presque autant de vieilles voitures ne répondant plus aux impératifs de l'épuration des gaz d'échappement. Ce qui a contribué dans une large mesure à réduire la pollution atmosphérique. Les dépenses supplémentaires occasionnées à cet effet aux détenteurs de voitures sont de l'ordre de 800 millions de francs. Certaines constatations faites dans les entreprises de la branche automobile laissent supposer qu'il y a, en partie, un manque d'intérêt et de personnel qualifié pour les travaux d'entretien, de remise en état et de réparations des véhicules à moteur. Cette situation a eu des répercussions négatives évidentes sur la préparation pour l'expertise des voitures, puisque le nombre des expertises subséquentes qui ont dû être faites après réclamation de la part du Bureau des experts a passé de 48 810 à 59 944. Une meilleure préparation des véhicules pour l'expertise officielle contribuerait grandement à décharger notre bureau et à épargner l'environnement par la suppression de trajets supplémentaires. La Direction de la police est intervenue à ce sujet auprès des entreprises de la branche automobile.

La formation donnée par les auto-écoles concernait dans une large mesure les élèves conducteurs jeunes. En effet, les élèves conducteurs d'un certain âge deviennent proportionnellement négligeables ou proviennent d'autres cultures, ce qui présente des difficultés au niveau de la langue. En outre, les jeunes élèves conducteurs qui nécessitent une prise en charge particulière au niveau de la formation (par exemple formation théorique orale, formation du sens de la circulation) ont souvent de la peine à trouver un moniteur approprié. Notre Bureau a indiqué aux associations de moniteurs de conduite différentes possibilités d'amélioration de caractère général; d'autre part il a recommandé l'organisation de séances d'information au niveau régional pour les élèves conducteur, leurs parents, etc. Le but poursuivi par ces séances d'information serait également une meilleure formation donnée par les auto-écoles en général et une diminution du nombre des répétitions des examens de conduite qui a fortement augmenté au cours de l'exercice.

Après avoir reçu la formation voulue, les experts commandés aux examens pratiques des conducteurs ont tenu compte dans une large mesure de la formation du sens de la circulation. Les examens pratiques des conducteurs de motocycles ont été tous effectués dès le printemps/été de cette année avec des appareils radio. Après que les experts de motocycles aient suivi une formation complémentaire en la matière, le niveau des examens a été également relevé et adapté aux exigences actuelles.

Un système de traitement de l'air vicié ainsi qu'un nouvel éclairage permettant une économie de courant de 50 pour cent ont été installés dans la salle d'expertise des véhicules à

verhältnisse der Experten erheblich verbessert werden. Für die Prüfungsregion Thun ist eine Weiterbearbeitung des Vorhabens – Erneuerung von technischen Anlagen des Expertenbüros Thun – erfolgt. Alle Infrastrukturanlagen des Expertenbüros waren das ganze Jahr voll ausgelastet und verfügbar. 1988 sind 113 939 vom Expertenbüro durchgeführte ganze Fahrzeugprüfungen ausgewiesen, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 5338 Prüfungen entspricht. Nachkontrollen von beanstandeten Fahrzeugen erfolgten insgesamt 59 944 (Vorjahr 48 810). Die zur Selbstabnahme von typengeprüften neuen Personenwagen und Motorrädern autorisierten Betriebe des Fahrzeuggewerbes haben 39 566 Neufahrzeuge geprüft (Vorjahr 38 665). Diese Prüfungen decken 79,5 Prozent aller Neufahrzeugprüfungen ab (Vorjahr 81,8%).

Im Berichtsjahr wurden 14 267 erstmalige ganze Führerprüfungen (leichte und schwere Motorwagen) abgenommen (Vorjahr 14 887). Von diesen Prüfungen wurden 8464 auf Anhieb bestanden, was 59,3 Prozent entspricht (Vorjahr 60,0%). Bei den praktischen Führerprüfungen ist die Erfolgsquote gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozent angestiegen bzw. praktisch unverändert geblieben. Die theoretischen Führerprüfungen zeigen gegenüber 1987 eine um 0,1 Prozent geringere Rückstellungsquote von 16,9 Prozent. Wiederum haben zu viele Kandidaten die erste Theorieprüfung ohne genügende Ausbildung sozusagen als Versuch abgelegt.

Theoretische Führerprüfungen der Kategorie Motorfahrrad erfolgten 4544 (5179). Zudem wurden 3850 theoretische Führerprüfungen der Kategorie G (landwirtschaftliche Motorfahrzeuge) durchgeführt, gegenüber 4127 solchen Prüfungen im Vorjahr. Die Erfolgsquoten bei den theoretischen Führerprüfungen der Kategorie G und Motorfahrrad lagen wiederum bei 96 bzw. 89 Prozent.

Über die Tätigkeiten der Fahrlehrer und weiterer Auszubildner geben folgende Angaben Auskunft:

	1988	1987
– Von autorisierten Fahrlehrern sind 13171 Schüler (Vorjahr 13 591) ausgebildet bzw. zur Prüfung gebracht worden. Davon haben 5189 die erste Prüfung nicht bestanden.	39,4%	38,5%
– Von ausserkantonalen Fahrlehrern sowie von Betriebsfahrlehrern kamen 293 Schüler (Vorjahr 347) zur Prüfung. Von diesen haben 131 die erste Prüfung nicht bestanden.	44,7%	44,6%
– Privatpersonen haben 570 Kandidaten ausgebildet (Vorjahr 718), von denen 303 die erste Prüfung nicht bestanden.	53,1%	52,6%
– Von 157 schriftlich abgelehnten Kandidaten* (Vorjahr 167) mussten bei der ersten Prüfung 144 zurückgestellt werden.	91,7%	95,2%
– Von den 76 Schülern (Vorjahr 64) mit roten Karten (der Fahrlehrer bestätigt damit eine Ausbildung von weniger als 10 Lektionen Fahrunterricht) mussten 36 zurückgestellt werden.	47,3%	31,2%
– Die Rückstellquoten der Teilprüfungen betragen:		
Theorie	16,9%	17,0%
Manöver	14,6%	14,4%
Verkehr	26,8%	25,6%
Praktischer Teil (Verkehr und Manöver)	32,6%	32,8%

* Der Fahrlehrer kann die Verantwortung vor der Prüfung schriftlich ablehnen (OV), wenn er die Ausbildung des Kandidaten als ungenügend erachtet, dieser jedoch auf dem Ablegen der Prüfung besteht.

Die Arbeiten des Jahres 1988 entfallen vorwiegend auf folgende Prüfungen:

	1988	1987
Führerprüfungen jeglicher Art: Total 73 841 (Vorjahr 76 079) bzw. pro Arbeitstag im Durchschnitt	336	346

Berne; les conditions de travail des experts ont ainsi été considérablement améliorées. Le projet concernant le renouvellement des installations techniques du Bureau des experts de Thoun a suivi son cours. La totalité de l'infrastructure du Bureau des experts a été disponible et complètement utilisée tout au long de l'année.

Le Bureau des experts a procédé à 113 939 expertises complètes, soit une augmentation de 5338 par rapport à l'année précédente. 59 944 (48 810) expertises subséquentes de véhicules défectueux ont eu lieu après réclamation. Les entreprises autorisées à expertiser les voitures de tourisme et les motocycles neufs ont contrôlé 39 566 (38 665) véhicules. Ces expertises représentent le 79,5 pour cent (81,8%) de toutes les expertises de véhicules neufs.

14 267 (14 887) examens complets de nouveaux conducteurs ont été effectués (voitures automobiles légères et lourdes). 8464 de ces examens ont été réussis du premier coup, soit 59,3 pour cent (60%). Le taux de succès aux examens pratiques est monté de 0,2 pour cent par rapport à l'année précédente, et resté pratiquement inchangé. Le pourcentage d'échecs aux examens théoriques a été de 16,9 pour cent, en baisse de 0,1 pour cent en comparaison de 1987. Trop de candidats ont, à nouveau, considéré ce premier examen théorique comme un galop d'essai.

Il y a eu 4544 (5179) examens théoriques pour cyclomoteurs. En outre, 3850 (4127) examens théoriques pour la catégorie G (véhicules automobiles agricoles) ont été effectués. Le taux de succès des examens théoriques de conducteurs de la catégorie G et de cyclomoteurs était à nouveau de 96 et 89 pour cent.

L'aperçu suivant renseigne sur l'activité des moniteurs de conduite et autres responsables de la formation:

	1988	1987
– Sur les 13171 (13 591) élèves formés par des moniteurs de conduite autorisés et présentés à l'examen, 5189 ont échoué au premier examen.	39,4%	38,5%
– Sur les 293 (347) élèves présentés à l'examen par des moniteurs d'autres cantons ainsi que par des moniteurs d'entreprise, 131 ont échoué au premier examen.	44,7%	44,6%
– Sur les 570 (718) candidats formés par des particuliers, 303 ont échoué au premier examen.	53,1%	52,6%
– Sur les 157 (167) élèves dont la candidature a été refusée par écrit*, 144 ont échoué au premier examen.	91,7%	95,2%
– Sur les 76 (64) candidats munis de la carte rouge (le moniteur de conduite y confirme par écrit une formation de moins de 10 leçons de conduite), 36 ont échoué au premier examen.	47,3%	31,2%
– Le pourcentage des échecs aux examens partiels se répartit comme suit:		
théorie	16,9%	17,0%
manœuvres	14,6%	14,4%
circulation	26,8%	25,6%
partie pratique (circulation et manœuvres)	32,6%	32,8%

* Le moniteur de conduite peut décliner toute responsabilité par écrit avant l'examen s'il considère la formation du candidat comme insuffisante et que celui-ci persiste à passer l'examen.

Les travaux de l'année 1988 portent principalement sur les examens suivants:

	1988	1987
Examens de conducteurs pour toutes les catégories: 73 841 (76 079) soit par journée de travail, en moyenne	336	346

	1988	1987
Fahrzeugprüfungen jeglicher Art: ¹		
Total 173 883 (Vorjahr 157 366)		
bzw. pro Arbeitstag im Durchschnitt	790	715
¹ Davon periodische Kontrollen:		
Total 93 117 (Vorjahr 89 790)		
bzw. pro Arbeitstag im Durchschnitt	423	408

Insgesamt sind 1988 vom Expertenbüro 247 724 Fahrzeug- und Führerprüfungen jeglicher Art durchgeführt worden, bzw. 14 279 mehr als im Vorjahr. Dies war möglich durch eine gewisse Verlagerung des Arbeitsanfalles auf Fahrzeugprüfungen und durch eine geringe Aufstockung des Expertenbestandes. Die Gebühreneinnahmen decken alle Ausgaben des Expertenbüros. Damit ist wie in früheren Jahren auch für 1988 die Eigenwirtschaftlichkeit des Amtes wieder ausgewiesen.

2.8 Polizeikorps

2.8.1 Einleitung

Ein Projekt hat im Berichtsjahr die Arbeit des Polizeikommandos wie auch der einzelnen Abteilungen geprägt: die Überprüfung des Korps unter der Leitung der Beraterfirma «TC Team Consult». Ziel des Projektes ist es, mit einer Reorganisation, klar formulierten Prioritäten, überarbeiteten Strukturen, verbesserter Infrastruktur und modernen Führungsmitteln die realistischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewältigung der komplexen Aufgaben, die die neunziger Jahre bringen werden, zu schaffen.

Dabei geht es darum:

- den heute erreichten hohen Stand der Sicherheit für die Bevölkerung aufrechtzuerhalten und wenn möglich noch zu verbessern;
- beim Planen und Einsatz aller Mittel Wirtschaftlichkeit und Effizienz zu gewährleisten.

Nach der Genehmigung des Kredites durch den Grossen Rat in der Februar-Session wurde mit grossem Effort, unter Mitwirkung des ganzen Korps und Sicherstellung der nötigen Querverbindungen zur Projektleitung «Effista», zu den Personalverbänden sowie interessierter Amtsstellen die Analyse des Ist-Zustandes erarbeitet. Dazu gehörten Tätigkeitsanalysen, Befragungen des ganzen Korps und gezielte Überprüfungen. Die Erarbeitung der notwendigen Vorgehensstrategien in den Bereichen Sicherheitsmanagement (Planung, Führung, Einsatzdoktrin), technologische Probleme (EDV-Gesamtkonzept, neue Leitzentralen, Übermittlungskonzept), Personalfragen und -probleme (ganzer Fragenkomplex der Entschädigungen, Arbeitssituation, Aus- und Weiterbildung, Mitarbeiterführung usw.) sowie Organisation (detaillierter Organisations- und Strukturvorschlag) ist angelaufen und wird 1989 zu einem konkreten Einführungs- und Budgetplan führen.

2.8.2 Kommandostab

Seit 1984 ist die Zahl der Kündigungen von Polizeibeamten ständig gestiegen (5, 8, 13, 15, 22), und die Tendenz scheint vorderhand ungebrochen zu sein. Mit 22 Kündigungen in einem Jahr wurde damit eine bisher einmalige Anzahl erreicht. Diese hohe, unvorhersehbare Fluktuation stellt die Kantonspolizei Bern vor besondere Probleme, da im Gegensatz zur übrigen Verwaltung oder anderen Betrieben die Ersetzung eines Polizeibeamten wegen der langen Selektions- und Ausbildungsphase rund zwei Jahre dauert. Zudem ist es auch eine Kostenfrage. Quantitativ ist die Rekrutierung nicht drastisch schwieriger geworden. Vermehrte Probleme bieten sich dage-

	1988	1987
Expertises de véhicules pour toutes les catégories: ¹		
173 883 (157 366)		
soit par journée de travail, en moyenne	790	715
¹ dont contrôles périodiques:		
93 117 au total (89 790)		
soit par journée de travail, en moyenne	423	408

247 724 expertises de véhicules et examens de conducteurs au total, regroupant toutes les catégories, ont été effectués au cours de l'année, soit 14 279 de plus que l'année précédente. Un certain déplacement des travaux dans le secteur des expertises de véhicules et une légère augmentation du nombre des experts ont permis l'accomplissement de cette tâche. Les recettes provenant des émoluments perçus couvrent les dépenses du Bureau des experts, ce qui assure à nouveau sa rentabilité pour 1988.

2.8 Corps de police

2.8.1 Introduction

Un projet a particulièrement marqué dans son activité le Commandement de la police et ses services: la radiographie qu'il a subie sous l'égide de l'entreprise de conseil «TC Team Consult». Ce projet vise à établir des conditions réalistes permettant de faire face avec succès aux tâches complexes qui l'attendent durant les années nonante: mesures de réorganisation, priorités clairement établies, structures retouchées, infrastructure améliorée et instruments de conduite modernes.

Il s'agit ici

- de maintenir à leur haut niveau actuel les conditions de sécurité dont bénéficie la population et de les améliorer si possible
- de garantir rendement et efficacité lors de la planification et de la mise en œuvre de tous les moyens.

Dès que le Grand Conseil a adopté le crédit ad hoc, en février, l'ensemble du Corps s'est évertué à établir une analyse de la situation actuelle, après avoir entendu les avis des associations de personnel et des services concernés et pris en compte les impératifs d'EFFISTA. Il s'agissait notamment d'analyses d'activités, d'enquêtes intéressant l'ensemble du Corps et d'examen ponctuels. L'examen des stratégies qui devront être adoptées en matière de management de la sécurité (planification, gestion, doctrine d'engagement), de techniques (concept global du TED, nouvelles centrales d'engagement, concept en matière de transmission), questions et problèmes relatifs au personnel (problématique posée par les indemnités, la situation de travail, la formation et le perfectionnement professionnels, la conduite du personnel, etc.) ou l'organisation (proposition détaillée concernant l'organisation et la structure) a débuté, pour déboucher en 1989 sur un plan concret en matière d'introduction et de budget.

2.8.2 Etat-major

Les départs de fonctionnaires de police n'ont cessé d'augmenter depuis 1984 (5, 8, 13, 15, 22) et la tendance semble persister: les 22 démissions enregistrées en une seule année constituent un record, dont le côté imprévisible place la police cantonale bernoise devant des problèmes particuliers que ne rencontrent pas les autres services ou établissements, pensons à la longue phase de sélection et de formation qui atteint environ deux ans pour un fonctionnaire de police, aux coûts aussi. Si leur recrutement ne rencontre pas de difficulté vraiment accrue, leurs qualifications en posent malheureusement davantage, ne serait-ce que pour ce qui est de la maîtrise de la

gen in bezug auf die Qualität der Bewerber, so insbesondere im Bereich der Beherrschung der Muttersprache und der Kenntnisse der zweiten Amtssprache. Im eigenen Interesse ist das Polizeikommando jedoch nicht bereit, diesbezüglich Konzessionen zu machen.

Die übrigen Mutationen sahen wie folgt aus: 2 Aspiranten und 7 Zivilangestellte haben ihre Anstellung beim Polizeikorps des Kantons Bern gekündigt, 15 (davon 3 Zivilangestellte) wurden pensioniert, wovon 10 aus gesundheitlichen Gründen vor Erreichen der Altersgrenze. 3 Polizeibeamte sind verstorben. Der Korpsbestand (inkl. Zivilangestellte) hat im Berichtsjahr um eine Person auf 1408 zugenommen.

Die 15monatige Grundausbildung an der Polizeischule fand im bisherigen Rahmen, jedoch mit vermehrter Betonung der ersten Massnahmen zur Aufklärung von Verbrechen statt. Im Berichtsjahr wurden 38 Aspiranten und 4 Aspirantinnen vereidigt. In der laufenden Polizeischule befinden sich noch 32 Aspiranten, davon wiederum 4 Aspirantinnen.

Den psychologischen Fragen im Zusammenhang mit Auftreten und Verhalten wird weiterhin grosse Bedeutung beigemessen, und zwar nicht nur in der Grundausbildung, sondern ganz besonders auch in der Weiterbildung, wo jeder Korpsangehörige den sogenannten TACT-Kurs (Transaktionsanalyse) zu besuchen hat. Neu konnte der Ausbau der freiwilligen Weiterbildung abends in der Freizeit mit einem breiten polizeifachlichen Angebot bei über 200 Anmeldungen realisiert werden. Als Folge des ausgetrockneten Wohnungsmarktes wird es zusehends schwieriger, geeignete und vor allem preisgünstige Dienstwohnungen zu mieten. Mietpreise unter 1000 Franken für normale 4-Zimmer-Wohnungen sind je nach Region grösstenteils nur noch Wunschdenken. Aber ebenso die Tatsache, dass die heutige Generation der jungen Polizeibeamtinnen und -beamten wesentlich höhere Ansprüche an Wohnkomfort und Wohnqualität stellt, erschwert die Arbeiten des Rechnungswesens zusätzlich. Erst eine Neuorientierung (Neuregelung) des ganzen Wohnungswesens dürfte zur Entschärfung der Wohnungsfrage im bernischen Polizeikorps beitragen. 63 gekündigten Dienstwohnungen standen 52 neue Mietabschlüsse gegenüber. Die Polizeiwachen und -posten Laufen, Tramelan, Pieterlen, Grindelwald, Beatenberg und Toffen konnten in neue Räumlichkeiten verlegt werden, wodurch bessere Arbeitsverhältnisse geschaffen wurden.

Die Ausrüstung der Mannschaft mit tragbaren Funkgeräten konnte um 41 Stück und 30 Rufempfängern erweitert werden. Am 15. September 1988 genehmigte der Grosse Rat einen Betrag von 350 000 Franken für die Beteiligung am schweizerischen VULPUS-Telematik-Netz. Dieses Netz dient zur Aufrechterhaltung der landesweiten Verbindungen für die Polizei, die nationale Alarmzentrale, die Landesregierung und die Kantonsregierungen sowie die Armee. Die Ausrüstung der Kantonspolizei mit Telefax-Fernkopierern konnte mit der Inbetriebnahme von Apparaten in Münster, Biel, Burgdorf, Bern und Thun begonnen werden. Es ist vorgesehen, mit der Zeit bei sämtlichen Bezirkswachen Telefaxgeräte zu installieren. Gesamtschweizerisch ist die Nachrichtenübermittlung mit Faksimile-Geräten stark zunehmend.

Im EDV-Bereich ist die ABI-Applikation seit zwei Jahren in Betrieb, doch ist das System bereits vollständig ausgelastet. Der Ausbau des Massenspeichers ist deshalb eingeleitet. Durch die Beraterfirma Team Consult ausgelöst, befinden sich für die Kantonspolizei Bern weiträumige EDV-Projekte in der Planungsphase. Sie sollen dereinst mithelfen, die administrativen Arbeiten zu vereinfachen, zu beschleunigen und dadurch die Effizienz des Polizeikorps zu steigern.

Die Schwergewichte im Bereich Öffentlichkeitsarbeit lagen im weitem Ausbau der regelmässigen Medieninformation und in der Durchführung eines «Tages der offenen Tür» in Laufen, zahlreicher «Ferienpass-Aktionen» in allen Teilen des Kantons sowie besonderer Veranstaltungen für Schulklassen.

langue maternelle et des connaissances de la seconde langue officielle. Il y va de l'intérêt même du Commandement de la police de ne pas faire de concession à cet égard.

Voici les mutations enregistrées: 2 aspirants et 7 fonctionnaires civils ont résilié leur engagement auprès du Corps de police, 15 (dont 3 fonctionnaires civils) ont été pensionnés, dont 10 à titre anticipé pour raison de santé; 3 fonctionnaires de police sont décédés. L'effectif du Corps (en incluant le personnel civil) a augmenté d'une unité pour passer à 1408 personnes.

D'une durée de 15 mois, la formation de base a été donnée à l'Ecole de police dans le cadre usuel, l'accent étant mis sur les premières mesures d'enquête criminelle. 38 aspirants et 4 aspirantes ont été assermentés en 1988. 32 aspirants, dont 4 femmes de nouveau, sont en cours de formation.

Les problèmes psychologiques liés à l'attitude et au comportement restent au centre de nos préoccupations, au niveau non seulement de la formation de base mais plus particulièrement du perfectionnement professionnel, chaque membre du Corps étant tenu de suivre le cours TACT (analyse transactionnelle). Fait nouveau, la palette des cours spécialisés a été assez large pour attirer plus de 200 inscriptions dans le cadre du perfectionnement professionnel consenti à titre facultatif durant le soir, après le travail.

L'assèchement du marché du logement complique considérablement la recherche de logements de service à prix avantageux: trouver un logement de 4 pièces pour moins de 1000 francs devient dans certaines régions une gageure. Ajoutons que nos fonctionnaires frais émoulus se montrent nettement plus exigeants questions confort et qualité de l'habitat, ce qui ne facilite pas la tâche du service comptable. On ne saurait aider ces fonctionnaires en mal de logement sans reconsidérer ce problème dans son ensemble (par une nouvelle réglementation). Pour 63 logements de service qui ont été résiliés on ne compte ainsi que 52 nouveaux baux. Les postes de police de Laufen, Tramelan, Pieterlen, Grindelwald, Beatenberg et Toffen ont été emménagés dans de nouveaux locaux, ce qui a permis d'améliorer les conditions de travail.

41 émetteurs-récepteurs et 30 récepteurs d'appel ont permis de compléter l'équipement radio de nos équipes, tandis que la participation était acquise au réseau télématique suisse VULPUS grâce au crédit de 350 000 francs ratifié par le Grand Conseil. Ce système garantit une desserte radiotéléphonique à l'échelle nationale pour la police et la centrale d'alarme nationale ainsi que pour les gouvernements fédéral et cantonaux et de l'armée. La police cantonale a installé ses nouveaux télécopieurs Telefax à Moutier, Bienne, Berthoud, Berne et Thoune; le tour des autres corps de garde viendra en temps voulu. Signalons que la transmission d'informations par phototélégraphie tend à se généraliser à l'ensemble de la Suisse.

En service depuis deux ans, l'application informatique ABI arrive d'ores et déjà à saturation et l'extension de la mémoire de masse est en cours. Sur recommandation de l'entreprise de conseil Team Consult, d'importants projets d'informatique sont en planification pour la police cantonale bernoise: on en escompte une simplification et une liquidation accélérée des tâches administratives, qui devraient augmenter l'efficacité du Corps de police.

Dans le domaine des relations publiques, l'accent a été mis sur une information accrue et régulière par les médias et sur l'organisation d'une Journée Portes ouvertes, de nombreuses «Actions vacances» aux quatre coins du canton et sur des manifestations intéressant spécialement les écoles.

2.8.3 *Bezirksabteilung*

Das Arbeitsvolumen der uniformierten Polizei in den 27 Amtsbezirken hat in den meisten Bereichen weiter zugenommen. Die im Rahmen der Prävention und Sicherheit durchgeführten Schwerpunktaktionen im Strassenverkehr oder bei besonderen kriminalpolizeilichen Vorkommnissen wurden örtlich und regional mit Erfolg fortgesetzt. Personelle Engpässe hatten aber zur Folge, dass diese wichtige Tätigkeit bisweilen nicht im gewünschten Masse ausgeübt werden konnte. Zu personellen Engpässen führten insbesondere die enorm vielen Abkommandierungen für Sicherheits- und Ordnungsdienste sowie zu Sondereinsätzen.

Im Zuge einer von Team Consult vorgeschlagenen Sofortmassnahme wurden versuchsweise der Pikett- und Nachtdienst für einzelne Dienste zeitlich neu geregelt. Konkret heisst das, dass neu auch in den Kreisen III (Emmental-Oberaargau) und V (Jura) jeder Polizeiposten das Telefon nach Burgdorf/Langenthal bzw. Münster umschalten kann, was eine Reduktion der Pikett Nächte um die Hälfte ermöglichte. Damit konnte die unwirtschaftliche Nachtpikettzeit wesentlich vermindert werden, ohne den Auftrag der Kantonspolizei, die Sicherheit des Bürgers rund um die Uhr zu gewährleisten, anzutasten. In Erfüllung des Auftrages gemäss Verordnung über die Katastrophenhilfe und Gesamtverteidigung fanden im Berichtsjahr zwölf Einsätze mit dem Kommandofahrzeug (Mobile Kommandozentrale) statt. Um bei ausserordentlichen Lagen die oft sehr komplexen Aufgaben besser bewältigen zu können, wurden in den fünf Kreisen integrale Führungsstäbe für polizeiliche Belange gebildet. Sie haben die Funktion eines KP Front sicherzustellen.

Für die Sicherheit der Passagiere auf dem Flughafen Bern-Belpmoos wurde 1988 ein neues Dispositiv erarbeitet.

Die rund um die Uhr im Einsatz stehenden, mobilen Einsatzpolizeien haben auch im abgelaufenen Jahr sowohl die stationierte als auch die Kriminal- und Verkehrspolizei wirksam unterstützt. Ihre Wirksamkeit kommt ganz besonders bei Spontaneinsätzen, Soforthilfe und Sofortmassnahmen zum Tragen. Einer Lösung harzt weiterhin die Situation bei der EP Biel.

Die Seepolizei konnte im Berichtsjahr ihr 25jähriges Bestehen feiern. Auf dem Bielersee wurde im Sommer als Dienstleistung erstmals ein besonderes Tonband mit den aktuellen Wind- und Wetterverhältnissen angeboten, das über eine spezielle Telefonnummer abgehört werden konnte. Störend für die Kleinschiffahrt und zugleich als Gefahr für den Schilfbestand am Südufer des Sees erwies sich das in grossen Mengen angefallene Schwemmholtz. Zu Besorgnis Anlass gaben auch die in Kreisen der Sporttaucher vermehrt üblichen Tieftauchtgänge bis in Tiefen von 80 Metern. Hier können kleinste Zwischenfälle tödliche Folgen haben.

Die Seepolizei Thunersee rettete 17 Personen aus dem Wasser, die bei der Ausübung des nautischen Freizeitsportes in Gefahr gerieten. Bei über 50 zum Teil mehrtägigen Regatten (u. a. Welt- und Europameisterschaften) leistete sie Mithilfe. Zunehmend Sorgen bereiteten die Deltasegler und Gleitschirmflieger, die auf Seen und Flüsse abgetrieben wurden, wie auch vermehrt Schlauchbootfahrer auf der Aare, die an schönen Sommertagen zu Hunderten, an Spitzentagen zu Tausenden zwischen Thun und Bern anzutreffen waren. Ein Teil davon waren sogar Nichtschwimmer.

Die Kapazitäten in den bernischen Regional- und Bezirksgefängnissen waren 1988 wieder sehr stark ausgelastet. Es wurden 87 299 Verpflegungstage (1987 = 91 125) registriert. Überbelegungen ergaben sich häufig daraus, dass Zellen durch Insassen belegt waren, die Halbgefangenschaft oder kurze Vollzugsstrafen verbüsst. Gefangenenwärterstellen wurden vermehrt mit Zivilangestellten besetzt, die jedoch für die neue Aufgabe noch geschult werden müssen.

2.8.3 *Police des districts*

Les policiers en uniforme fonctionnant dans les 27 districts ont vu leur travail augmenter généralement. Les campagnes spéciales consacrées à la prévention et à la sécurité sur nos routes ou lors d'événements intéressant la police criminelle ont été poursuivies avec succès à l'échelle locale et régionale, sans atteindre le succès que nous avons escompté, faute de personnel: signalons ici les impasses qu'ont occasionnées au niveau du personnel les nombreux services commandés pour la sécurité, l'ordre et les engagements spéciaux.

Les horaires liés aux services de piquet et de nuit de certains services ont donné lieu à une nouvelle réglementation. Prise à titre expérimental pour répondre à une proposition de Team Consult, cette mesure revient à permettre aux fonctionnaires des arrondissements III (Emmental/Haute-Argovie) et V (Jura) de dévier les appels téléphoniques sur Berthoud-Langenthal ou Moutier et vice-versa. La réduction de moitié atteinte ainsi quant aux nuits de piquet, improductives, permet tout de même à la police de garantir vingt-quatre heures sur vingt-quatre la sécurité publique.

Douze engagements ont eu lieu en cours d'année avec le véhicule de commandement (centrale mobile de commandement), conformément à l'ordonnance sur l'aide en cas de catastrophe et la défense générale. Des états-majors de conduite ont été mis sur pied dans les cinq arrondissements, de manière à mieux remplir les tâches souvent très complexes qui attendent la police dans certaines situations exceptionnelles. Il leur incombera d'assumer la fonction d'un poste de commandement au front.

Un nouveau dispositif a été préparé en 1988 pour garantir la sécurité des passagers fréquentant l'aéroport de Berne-Belpmoos.

Les unités de gendarmerie mobile engagées vingt-quatre heures sur vingt-quatre ont épaulé efficacement tant la police stationnaire que la police judiciaire ou la police de la circulation: elles font merveille lors d'engagements spontanés, en cas d'urgence et en cas de mesures immédiates. La situation de la police d'engagement de Bienne reste pour l'heure sans solution.

La police du lac a fêté cette année ses 25 ans d'existence. Les plaisanciers du lac de Bienne ont pu bénéficier pour la première fois d'une bande magnétique indiquant sur appel d'un numéro téléphonique particulier les conditions météorologiques et en particulier le régime des vents. Le bois flotté a constitué une entrave à la petite batellerie tout en menaçant, vu son volume, les roseraies de la rive sud du lac. La police du lac a également été préoccupée par les plongées auxquelles paraissent se risquer de plus en plus de plongeurs sportifs: le moindre pépin à 80 m peut entraîner mort d'homme.

La police du lac de Thoune a tiré de l'eau 17 personnes que la pratique des sports nautiques avait mis en danger. Elle a en outre offert sa collaboration pour plus de 50 régates (entre autres des championnats du monde et européens), dont certaines ont duré plusieurs jours. Sujet croissant de préoccupation: les vélidelistes et adeptes du para-pente, qui finissent leurs évolutions dans nos lacs ou nos rivières, ainsi que, désormais, les adeptes du canot pneumatique, qui se risquent par centaines sur l'Aar, entre Thoune et Berne, quand ce ne sont pas des milliers au plus fort de la saison d'été. Certains ne savaient même pas nager.

En 1988, le canton de Berne a fait à nouveau le plein de ses prisons régionales et de district, puisqu'on y a enregistré 87 299 (91 125 en 1987) jours de pension. Il y a eu fréquemment suroccupation, dans ce sens que certaines cellules servaient également à des détenus purgeant des peines de semi-détention ou de courtes peines. Des postes de gardiens ont dû être confiés en plus grand nombre à des fonctionnaires civils, qui doivent encore être instruits à leurs nouvelles tâches.

Der Personalbestand der Bezirksabteilung betrug 746 Polizeibeamtinnen und -beamte sowie 51 Zivilangestellte; total 797 Personen.

L'effectif de la division de la police des districts a atteint 746 fonctionnaires de police et 51 fonctionnaires civils, totalisant ainsi 797 personnes.

2.8.4 Kriminalpolizei

Trotz aller Bemühungen der Polizei konnte auch im Berichtsjahr keine Abnahme des schweren Drogenhandels im Kanton Bern festgestellt werden. In das international immer dichter werdende Drogenhändlernetz wird auch die Schweiz mehr und mehr einbezogen. Vor allem Gruppen von Ausländern, darunter auch von Asylbewerbern, werden zum Import und zur Verteilung der Drogen benutzt. Dabei wird die sehr spezielle persönliche und finanzielle Situation dieser Personengruppen ausgenutzt.

Im Bereich Wirtschaftskriminalität sind positive Auswirkungen des Ausbaus der Justizbehörden für die Polizei weiterhin spürbar. Positives Zeichen war auch die Auslieferung von Bernhard Gasser («Automaten-Gasser») durch die Behörden Togos an die Schweiz. Der Fall Gasser hatte bekanntlich zu Beginn der achtziger Jahre die nun vollzogenen Justizreformen ins Rollen gebracht. Für die Polizei gilt es nun, den Anschluss nicht zu verpassen und sowohl personell wie auch bezüglich Infrastruktur nachzuziehen. Insbesondere im Bereich der EDV-Unterstützung sind noch grosse Anstrengungen nötig, damit die Ermittlungsbehörden in der Lage sind, auch komplizierte Fälle zu bearbeiten und grossen Betrügnern und Wirtschaftskriminellen das Handwerk zu legen.

Bei den Vermögensdelikten war eine leichte Abnahme in den Bereichen Einbruchdiebstahl/Diebstahl zu verzeichnen. Im Kanton Bern (ohne Stadt Bern) wurden aber immer noch über 11000 solche Delikte durch die Kantonspolizei bearbeitet. Die Aufklärungsquoten könnten noch besser ausfallen, wenn es gelingt, die im Sektor Büroautomation in Bearbeitung stehenden Rationalisierungsmassnahmen einzuführen und damit die Polizeibeamten vermehrt von administrativen Arbeiten zu entlasten.

Das für 1988 gesetzte Ziel, die Aufklärungsquoten bei Raubüberfällen zu heben, ist erreicht worden. Dank interkantonalen und internationaler Zusammenarbeit konnten einige international tätige Banden ermittelt und viele Mitglieder verhaftet werden.

Auch im Jahre 1988 fanden verschiedene Tötungsdelikte, die die Kantonspolizei beschäftigten, in der Öffentlichkeit grosse Beachtung. Bis auf den Fall einer 70jährigen Frau in Biel, die in ihrem Haus erstochen aufgefunden wurde, konnten sämtliche Delikte geklärt werden. Grossen Widerhall fanden die Geiselnahmen durch den Italiener Roberto Succo, der in Italien und Frankreich für verschiedene Tötungsdelikte gesucht wurde, sowie zwei Sittlichkeitstäter, die im Raume Bern mit Auftritten in Wohnungen und Tiefgaragen die Bevölkerung verunsicherten. Alle diese Fälle konnten mit teilweise enormem Aufwand gelöst werden. Das Zusammenspiel verschiedener Polizeikorps in der Verbechensbekämpfung hat angesichts der Mobilität der Täterschaften bereits in der Phase der Sofortmassnahmen an Bedeutung gewonnen und ist zu optimieren.

Ebenfalls mit grossem Aufwand konnte den schweren Brand- und Sprengstoffanschlägen im Berner Jura Einhalt geboten werden. Dagegen sind die Ermittlungen zur Abklärung der Urheber zur Zeit festgefahren.

Das seit längerer Zeit hängige Postulat, die Befragungen von Asylanten nicht dem Polizeikommando, sondern der Fremdenpolizei zu übertragen, konnte leider bisher noch nicht realisiert werden. Dagegen ist es gelungen, mindestens kurzfristig geeignete Räumlichkeiten zu finden, und es konnten fünf Zivil-

2.8.4 Police judiciaire

La police n'est pas parvenue en dépit de tous ses efforts à juguler le trafic de la drogue qui sévit dans le canton de Berne: la Suisse n'échappe pas aux mailles tendues par des réseaux trafiquant des drogues à l'échelle internationale. Les étrangers sont ici particulièrement visés et les candidats à l'asile, de par leur situation personnelle et financière, constituent un relais utile quand il s'agit d'importer et de revendre des drogues.

Les organes de la police continuent de ressentir les heureux effets obtenus en matière de répression de la criminalité économique par l'étoffement de l'appareil judiciaire. Les autorités togolaises ont fait à cet égard un geste envers la Suisse en extradant Bernhard Gasser, le dénommé Automaten-Gasser, dont l'activité délictuelle avait déclenché les projets de réforme judiciaire aujourd'hui réalisés. Aucun effort ne devra être négligé pour que l'informatique aide efficacement les autorités chargées d'enquêter, pour qu'elles soient à même de traiter des dossiers complexes et de mettre sous les verrous les escrocs et autres criminels économiques de haut vol.

On enregistre une légère diminution des délits contre les biens dans les domaines du vol et du cambriolage, quand bien même la police en a compté (sans la ville de Berne) plus de 11000. La police pourrait en élucider davantage encore si le programme de bureautique en préparation aboutira de sorte que la rationalisation des tâches administratives libérera les fonctionnaires de police plus utiles sur le terrain.

Le but visé pour 1988 d'améliorer le taux d'élucidation des cas de vol à main armée a été atteint. Des bandes de malfaiteurs agissant sur la scène internationale ont pu être démasquées et beaucoup de leurs adeptes écroués.

La police cantonale a connu en 1988 son lot d'homicides, avec un large écho dans les médias. Tous leurs auteurs ont pu être appréhendés, hormis celui ayant poignardé une septuagénaire à son domicile, à Bienne. Les prises d'otages dues à l'Italien Roberto Succo, recherché en Italie et en France pour plusieurs délits d'homicide, ont eu un grand retentissement, de même que deux auteurs d'attentat à la pudeur, qui ont mis en émoi la population de la région bernoise en sévissant dans des garages souterrains ou des appartements. La police n'a pas lésiné sur les moyens dans certains cas pour parvenir à résoudre toutes ces affaires. La collaboration qui s'impose entre différents corps de police pour lutter contre la criminalité gagne en importance au stade des mesures immédiates déjà et il s'agit de l'optimiser.

C'est non sans peine non plus qu'il a été possible d'enrayer la série d'incendies criminels et d'attentats à l'explosif qui a sévi dans le Jura bernois, sans pour autant que la procédure d'investigation ait pu avancer jusqu'ici.

En souffrance depuis quelque temps déjà, le postulat demandant que l'interrogatoire des candidats à l'asile soit confié désormais à la police des étrangers et non plus au Commandement de la police n'a pour l'heure pas pu être réalisé. Il a été possible en revanche de trouver, pour le court terme du moins, des locaux appropriés et d'engager cinq fonctionnaires civils ne faisant pas partie du contingent de police. On ose espérer que le Commandement de la police se verra définitivement déchargé de cette tâche en 1989.

Dans le domaine de la criminalité face à l'environnement, des personnes ont été condamnées pour la première fois, sur dénonciation de la police cantonale bernoise, à rembourser à

angestellte, die nicht Polizeiangehörige sind, angestellt werden. Es bleibt zu hoffen, dass das Polizeikommando von dieser Aufgabe im Jahr 1989 definitiv entlastet wird.

Im Bereich Umweltkriminalität sind aufgrund von Strafanzeigen der Kantonspolizei Bern erstmals Personen zur Rückerstattung des ermittelten unrechtmässigen Vermögensvorteils an den Staat Bern verurteilt worden. In naher Zukunft, d. h. im Zusammenhang mit der Reorganisation des Polizeikorps, wird zu entscheiden sein, wieweit kriminalpolizeilich Schwerpunkte, z. B. durch zusätzliche spezialisierte Beamte, zu setzen sind.

Nachdem in den letzten Jahren immer wieder Kritik über die Aus- und Weiterbildung von Polizeibeamten, die sich vornehmlich mit Kindern und Jugendlichen als Opfer oder als Täter beschäftigten, laut wurde, ist die Korpsleitung im Jahr 1988 neue Wege gegangen, die sich nahtlos an das bisherige Ausbildungskonzept angefügt haben. Mit Hilfe von namhaften Vertretern der Kinderpoliklinik, der Kinderpsychiatrie, der Erziehungsberatung, des Kantonalen Jugendamtes und der Jugendgerichtspräsidenten des Kantons Bern konnte eine über mehrere Jahre dauernde berufsbegleitende Ausbildung gestartet werden. Der erste Kurs fand im November 1988 statt und wird im Frühling 1989 fortgesetzt. Ziel der Kurse sind nicht nur die Aus- und Weiterbildung, sondern auch die vermehrten Kontakte der verschiedenen Institutionen in diesem Bereich untereinander und damit die Förderung des gegenseitigen Verständnisses, und dies selbstverständlich unter Respektierung der teilweise sehr unterschiedlichen Aufgaben.

Der in der Schweiz erstmalige Versuch der Schaffung einer Anlaufstelle für Frauen, die Opfer von Sittlichkeitsdelikten geworden sind, das sogenannte Berner Modell, hat sich bewährt. Eine Analyse im laufenden Jahr hat aber auch einige Mängel, z. B. Abspracheprobleme zwischen den verschiedenen beteiligten Stellen, aufgezeigt. In einem nächsten Schritt ist vorgesehen, das Berner Modell auszubauen (zu regionalisieren), die erkennbaren Mängel zu beheben und in der Folge auch einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen.

2.8.5 Verkehrsabteilung

Im Berichtsjahr wurden 9041 (8312/+ 729 = 8,8%) Verkehrsunfälle polizeilich registriert. Dabei wurden 4157 (3740/+ 417 = 11%) Personen verletzt, und es waren 118 (121/- 3%) Tote zu beklagen. Somit haben die Unfälle und Verletzten zu-, die Zahl der dabei getöteten Personen leicht abgenommen. Zugenommen hat auch der Fahrzeugbestand, nämlich von 480961 auf 495817 (+14856 = 3,1%). Das erhöhte Unfallgeschehen wird noch genau zu analysieren sein.

Von einer eigentlichen Verwilderung auf der Strasse darf nicht gesprochen werden, auch wenn das Verkehrsklima rauher geworden ist. Durch Aufklärung, Appelle an die Eigenverantwortung, aber auch durch eine geeignete Kontrolltätigkeit soll dieser Entwicklung entgegengetreten werden. Durch gezielte Präsenz der Polizei auf der Strasse muss eine beruhigende, vorbeugende Wirkung erzielt und gleichzeitig eine erhöhte Sicherheit gewährleistet werden.

Immer mehr Fahrzeugführer versuchen sich durch Flucht einer Blutprobe zu entziehen. Eine vereitelte Blutprobe bringt dem fehlbaren Lenker in administrativer Hinsicht wesentliche Vorteile, indem der Führerausweis nicht entzogen werden kann. Es wäre daher dringend wünschbar, wenn der Vereitelungstatbestand auch in administrativer Hinsicht demjenigen des Fahrens in angetrunkenem Zustand gleichgestellt würde. Die Zahl der angeordneten Blutproben war mit 2770 (2627) etwas höher als im Vorjahr.

Am 18. Mai 1988 konnte das linksufrige, 22 km lange Autobahnteilstück am Brienzersee eröffnet werden. Der Verkehr

l'Etat de Berne les avantages financiers qu'elles avaient acquis illicitement.

Il conviendra de décider prochainement, c'est-à-dire à l'occasion de la réorganisation du Corps de police, où devra être mis l'accent dans le domaine de la police judiciaire, en étoffant par exemple l'effectif par des fonctionnaires spécialisés.

Pour répondre aux critiques qui se sont élevées ces dernières années quant à la formation et au perfectionnement des fonctionnaires de police, confrontés avant tout à des enfants et à des adolescents victimes ou auteurs, la direction du Corps a essayé de nouvelles formules s'intégrant sans problème au modèle de formation. La collaboration de spécialistes réputés de la policlinique et de psychiatrie infantiles, de l'orientation en matière d'éducation, de l'Office cantonal de la jeunesse et de présidents des tribunaux des mineurs du canton de Berne a permis la mise sur pied d'une formation en cours d'emploi s'étendant sur plusieurs années. C'est ainsi qu'un premier cours a débuté en novembre 1988, qui se poursuivra au printemps 1989. L'objectif de ces cours n'est pas seulement la formation et le perfectionnement professionnels: il s'agit en outre, de resserrer les contacts noués à cet effet entre diverses institutions, de manière à favoriser une prise de conscience mutuelle, qui tienne compte bien sûr des tâches à certains égards très différentes.

La tentative, inédite en Suisse, de mettre sur pied un service pour les femmes victimes d'un crime sexuel a fait ses preuves, en dépit des quelques problèmes qu'a pu révéler une analyse effectuée en cours d'année, notamment en ce qui concerne la concertation entre divers services concernés. Il s'agira ultérieurement d'étendre ce «modèle bernois» à l'ensemble des régions et à l'amender au besoin avant de le présenter à un plus large public.

2.8.5 Division de la circulation routière

La police a enregistré durant l'année sous rapport 9041 (8312/+ 729 = 8,8%) accidents de la circulation, qui ont blessé 4157 (3740/+ 417 = 11%) personnes et en ont tué 118 (121/- 3%): accidents et blessés ont ainsi légèrement augmenté tandis que le nombre des morts a légèrement diminué. Le parc de véhicules a passé de 480961 à 495817 véhicules (+14856 = 3,1%). L'augmentation de ce tribut payé à la route devra être analysée de manière précise.

On ne peut parler vraiment d'un comportement plus sauvage des usagers de la route, même si les conditions de circulation laissent à désirer. Il s'agira d'y remédier par des campagnes d'information et en faisant entendre raison aux usagers de la route: un engagement méthodique de la police sur la route devrait contribuer à assagir certains d'entre eux, en jouant un rôle préventif garantissant une plus grande sécurité.

De nombreux conducteurs tentent de se soustraire à une prise de sang par la fuite; le conducteur fautif s'évite ainsi des ennuis administratifs vu qu'il échappe au retrait de son permis. Il serait hautement souhaitable que cet état de fait soit assimilé sur le plan administratif à la conduite en état d'ébriété. Les alco-tests ordonnés en 1988 ont légèrement augmenté, en passant à 2770 (2627).

Un tronçon de 22 km a pu être inauguré le 18 mai 1988 sur l'autoroute longeant la rive gauche du lac de Brienz, ce qui a permis de soulager d'autant la route cantonale située sur la rive droite; la circulation s'est déroulée jusque-là sans problème majeur.

wickelte sich bis dahin ohne nennenswerte Probleme ab. Mit der Neueröffnung konnte auch die erwartete Entlastung der rechtsufrigen Staatstrasse voll erreicht werden.

3. **Parlamentarische Vorlagen**

3.1 **Gesetze**

Keine.

3.2 **Dekrete**

– Dekret vom 10. Mai 1972 über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge; Änderung vom 23. November 1988

3.3 **Verordnungen**

- Verordnung vom 11. Januar 1978 über die Strassenpolizei und Strassensignalisation; Änderung vom 24. August 1988.
- Verordnung vom 24. März 1982 über Anlagen für die Schifffahrt und den Wassersport; Änderung vom 24. August 1988.
- Verordnung vom 10. Juli 1985 über die gewerbmässigen Tanz- und Unterhaltungsbetriebe sowie das Tanzen und Spielen in Gastgewerbebetrieben; Änderung vom 24. August 1988.
- Verordnung vom 10. Dezember 1975 über die Gebühren der Polizeidirektion des Kantons Bern; Änderung vom 7. Dezember 1988.
- Verordnung vom 19. Dezember 1984 über die Haftpflichtversicherung für Fahrräder und gleichgestellte Fahrzeuge; Änderung vom 7. Dezember 1988.

4. **Parlamentarische Vorstösse**

Die Direktion hat im Berichtsjahr zuhanden des Grossen Rates zu 13 Motionen, 4 Postulaten und 16 Interpellationen Stellung genommen.

4.1 **Abschreibung von Motionen und Postulaten**

4.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

4.1.1.1 Motionen

Motion Lutz vom 8. November 1982 betreffend steuerliche Begünstigung von Elektroautos:

Annahme als Postulat. Gemäss der Änderung des Dekretes vom 10. Mai 1972 über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge am 23. November 1988 wird für Motorfahrzeuge mit elektrischem Batterieantrieb (inkl. Solarfahrzeuge) nur noch die Hälfte der Normalsteuer erhoben.

Motion Humi vom 3. Februar 1986 betreffend Besteuerung von Motorfahrzeugen:

3. **Documents soumis au Parlement**

3.1 **Lois**

Aucune.

3.2 **Décrets**

– Décret du 10 mai 1972 sur l'imposition des véhicules routiers; modification du 23 novembre 1988.

3.3 **Ordonnances**

- Ordonnance du 11 janvier 1978 sur la police des routes et la signalisation routière
modification du 24 août 1988
- Ordonnance du 24 mars 1982 concernant les installations pour la navigation et les sports nautiques
modification du 24 août 1988
- Ordonnance du 10 juillet 1985 sur l'exploitation à titre professionnel des établissements de danse et de spectacles ainsi que sur le jeu dans les établissements de l'hôtellerie et de la restauration
modification du 24 août 1988
- Ordonnance du 10 décembre 1975 fixant les émoluments de la Direction de la police du canton de Berne
modification du 7 décembre 1988
- Ordonnance du 19 décembre 1984 sur l'assurance-responsabilité civile des cycles et des véhicules qui leur sont assimilés
modification du 7 décembre 1988

4. **Interventions parlementaires**

Au cours de l'exercice, la Direction s'est prononcée à l'intention du Grand Conseil sur 13 motions, 4 postulats et 16 interpellations.

4.1 **Motions et postulats classés**

4.1.1 *Motions et postulats réalisés et classés*

4.1.1.1 Motions

Motion Lutz du 8 novembre 1982 – Réduction de l'imposition pour les voitures électriques:

Acceptée sous forme de postulat. Selon la modification du 23 novembre 1988 du décret du 10 mai 1972 sur l'imposition des véhicules routiers, la moitié de la taxe normale est prélevée pour les véhicules automobiles propulsés par batterie électrique (véhicules solaires compris).

Motion Humi du 3 février 1986 – Imposition des véhicules routiers:

Im Rahmen der Änderung des Dekretes vom 10. Mai 1972 über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge am 23. November 1988 sind die Ausnahmen von der Steuerpflicht sowie die Steuerbefreiungen neu geregelt worden.

Motion Suter vom 28. August 1986 betreffend Befreiung Behinderter von der Motorfahrzeugsteuer:

Im Rahmen der Änderung des Dekretes vom 10. Mai 1972 über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge am 23. November 1988 sind die Ausnahmen von der Steuerpflicht sowie die Steuerbefreiungen neu geregelt worden.

Motion Merki vom 17. November 1986 betreffend Schaffung besonderer Vollzugsmöglichkeiten für Halbgefangenschaft:

Annahme als Postulat. Zur Verbesserung der Platzsituation sind in Münster (Neubau), Biel, Interlaken und Wimmis (Umbau) Massnahmen eingeleitet; ungelöst bleibt das Problem vorläufig in Bern.

Motion Suter vom 18. November 1986 betreffend Kostenbeiträge von ausserkantonalen Benützern bernischer Anstalten: Mit Bezug auf den als Postulat überwiesenen Punkt 2, der damit ebenfalls abgeschrieben werden kann, ist darauf hinzuweisen, dass die Polizeidirektion die Firma Planconsult in Basel mit der Untersuchung der Kostensituation in den bernischen Vollzugsanstalten beauftragt hat.

Motion Matter vom 3. Februar 1987 betreffend Standesinitiative zur Einführung von 12 autofreien Sonntagen pro Jahr: Eine entsprechende Standesinitiative ist beim Bund eingereicht worden.

Motion Brüggemann vom 3. Februar 1987 betreffend Standesinitiative für autofreien Betttag:

Eine entsprechende Standesinitiative ist beim Bund eingereicht worden.

Motion Strahm vom 4. Februar 1987 betreffend Erhebung der kantonalen Motorfahrzeugsteuern über den Benzinpreis (Standesinitiative):

Eine entsprechende Standesinitiative ist beim Bund eingereicht worden.

4.1.1.2 Postulate

Postulat Dysli vom 10. September 1986 betreffend Lawinengefahr im Schwefelberggebiet – ungenügende Signalisationen:

Die signalisationstechnischen Mittel zur Verbesserung der Sicherheit sind ausgeschöpft. Die Überprüfung der möglichen Massnahmen wurde direkt durch die federführende Baudirektion vorgenommen.

Postulat Dütschler vom 9. Februar 1987 betreffend Verordnung über Anlagen für die Schifffahrt und den Wassersport:

Die Verordnung vom 24. März 1982 über Anlagen für die Schifffahrt und den Wassersport wurde am 10. August 1988 im Sinne des Postulats ergänzt.

Postulat Bigler vom 17. Februar 1988 betreffend die Experimentiermöglichkeit für Solar-Leichtbaufahrzeuge:

Die Besteuerung der Solarfahrzeuge wurde im Rahmen der Änderung vom 23. November 1988 des Dekretes vom 10. Mai 1972 über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge geregelt.

4.1.2 Ausserordentliche Abschreibungen

4.1.2.1 Motionen

Motion Beiner vom 3. September 1984 betreffend Erlass einer kantonalen Taxiverordnung:

Les réductions et exonérations de taxes sur les véhicules ont fait l'objet d'une nouvelle réglementation dans la modification du 23 novembre 1988 du décret du 10 mai 1972 sur l'imposition des véhicules routiers.

Motion Suter du 28 août 1986 – Exonérer de la taxe pour véhicules à moteur les automobilistes handicapés:

Les réductions et exonérations de taxes sur les véhicules ont fait l'objet d'une nouvelle réglementation dans la modification du 23 novembre 1988 du décret du 10 mai 1972 sur l'imposition des véhicules routiers.

Motion Merki du 17 novembre 1986 – Créer en faveur des personnes condamnées à des peines de semi-détention des conditions d'exécution spéciales:

Adoptée sous forme de postulat. Dans le but d'améliorer la situation dans le domaine des places carcérales, certaines mesures ont été introduites: nouvelle construction à Moutier, transformations des bâtiments à Biemme, Interlaken et Wimmis; ce problème n'est pas encore résolu pour l'instant pour la ville de Berne.

Motion Suter du 18 novembre 1986 – Participation aux frais pour les usagers non bernois des établissements cantonaux:

Au sujet du point 2 qui a été adopté sous forme de postulat et qui peut être également classé, il faut mentionner que la Direction de la police a chargé la firme Planconsult à Bâle d'étudier la situation des coûts dans les établissements bernois.

Motion Matter du 3 février 1987 – Initiative cantonale pour l'introduction de douze dimanches sans voitures par an:

L'initiative cantonale a été déposée à la Confédération.

Motion Brüggemann du 3 février 1987 – Initiative cantonale pour un Jeûne fédéral sans voitures:

L'initiative cantonale a été déposée à la Confédération.

Motion Strahm du 4 février 1987 – Imposition des véhicules routiers par le biais du prix de l'essence (initiative cantonale):

L'initiative cantonale a été déposée à la Confédération.

4.1.1.2 Postulats

Postulat Dysli du 10 septembre 1986 concernant les risques d'avalanches dans la région du Schwefelberg – signalisation insuffisante:

Les moyens techniques de signalisation en vue d'une plus grande sécurité sont épuisés. La Direction des travaux publics compétente en la matière s'occupe d'examiner les mesures possibles à prendre.

Postulat Dütschler du 9 février 1987 concernant l'ordonnance relative aux installations pour la navigation et les sports nautiques:

L'ordonnance du 24 mars 1982 concernant les installations pour la navigation et les sports nautiques a été complétée le 10 août 1988 dans le sens du postulat.

Postulat Bigler du 17 février 1988 – Possibilités de soumettre au banc d'essai les véhicules légers à propulsion solaire:

L'imposition des véhicules à propulsion solaire a été réglée dans le cadre de la modification du 23 novembre 1988 du décret du 10 mai 1972 sur l'imposition des véhicules routiers.

4.1.2 Classement extraordinaire

4.1.2.1 Motions

Motion Beiner du 3 septembre 1984 – Ordonnance concernant la détention et la conduite de taxis dans les communes:

Es hat sich herausgestellt, dass eine neue Taxiverordnung sinnvollerweise erst im Rahmen der im Gange befindlichen Revision des Gewerbegesetzes ausgearbeitet werden kann. Der Regierungsrat beabsichtigt, dieses Gesetz im Frühjahr 1990 zuhanden des Grossen Rates zu verabschieden.

Motion Matter vom 20. Februar 1986 betreffend Änderung von Artikel 2.2 des Dekretes über die gewerbsmässigen Tanz- und Unterhaltungsbetriebe vom 30. August 1983:

Es hat sich bei den Vorarbeiten herausgestellt, dass dem Begehren der Motionärin – ohne Änderung des Dekretes – auf dem Wege der Auslegung und der Anwendung entsprochen werden kann. Die Polizeidirektion ist gewillt, die geltenden Bestimmungen in diesem Sinne zu interpretieren.

4.1.2.2 Postulate

Keine.

4.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

4.2.1 Motionen und Postulate mit Fristerstreckung

4.2.1.1 Motionen

Motion Leibundgut vom 6. Mai 1985 betreffend Begräbniswesen:

Die Vorarbeiten für eine Totalrevision des Begräbnisdekretes sind zeitaufwendig, weil direktionsüberschreitend (Gesundheit) und weil die Gemeinden in besonderem Masse (Begräbniswesen ist Ortspolizeisache) begrüsst werden müssen.

Motion BUK vom 26. August 1985 betreffend Vergütung an Polizeibeamte:

Das Begehren a) (Wohnungsentschädigungen) wird im Rahmen von Grundsatzabklärungen der Firma Team Consult, welche die Tätigkeit der gesamten Kantonspolizei überprüft, zu lösen sein. Ein Revisionsentwurf des Ortspolizeidekretes (s. Begehren c) und d)) liegt vor.

Motion Lutz vom 11. September 1985 betreffend automatische Radarkontrollen auf Autobahnen:

Annahme als Postulat. Die Fragen im Zusammenhang mit Radarkontrollen auf Autobahnen werden weiterhin geprüft. Neue, wirksame Geräte stehen in Entwicklung, sind aber gegenwärtig noch nicht verfügbar.

4.2.1.2 Postulate

Keine.

4.2.2 Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist nicht abgelaufen ist

4.2.2.1 Motionen

Motion Berthoud vom 2. Februar 1987 betreffend Leumundszugnisse: Die Ausarbeitung einer neuen Regelung ist im Gange.

Motion Baumann vom 3. Februar 1987 betreffend Waldschäden: Verdoppelung der Motorfahrzeugsteuern:

Il est apparu qu'il serait plus judicieux d'élaborer une telle ordonnance seulement dans le cadre de la révision en cours de la loi sur l'industrie. Le Conseil-exécutif compte soumettre ce texte au Grand Conseil pour ratification au printemps 1990.

Motion Matter du 20 février 1986 – Modification de l'article 2.2 du décret du 30 août 1983 sur l'exploitation à titre professionnel des établissements de danse et de spectacles:

Au cours des travaux préparatoires, il est apparu que la demande de la motionnaire peut être satisfaite – sans modification du décret – par le biais de l'interprétation et de l'application de cet article. La Direction de la police est prête à interpréter les prescriptions en vigueur dans ce sens.

4.1.2.2 Postulats

Aucun.

4.2 Réalisation de motions et de postulats adoptés

4.2.1 Motions et postulats avec prolongation du délai

4.2.1.1 Motions

Motion Leibundgut du 6 mai 1985 – Inhumations:

Les travaux préparatoires pour une révision totale du décret concernant les inhumations demandent beaucoup de temps, car ils dépassent les limites de notre Direction (cf. santé publique) et parce que les communes doivent être consultées tout spécialement, les inhumations étant du ressort de la police locale.

Motion de la Commission d'enquête du 26 août 1985 – Indemnités en faveur des fonctionnaires de police.

La requête a) (indemnités de logement) devra être réglée dans le cadre des analyses de base de la firme Team Consult, qui a été chargée d'examiner les structures de la police cantonale. Un projet de révision de décret sur la police locale a été élaboré, voir requête c) et d).

Motion Lutz du 11 septembre 1985 – Contrôles automatiques par radar sur les autoroutes:

Adoptée sous forme de postulat. Les questions relatives aux contrôles radar sur les autoroutes continuent à être examinées. De nouveaux appareils plus efficaces sont en train d'être développés mais ils ne sont pas encore disponibles.

4.2.1.2 Postulats

Aucun.

4.2.2 Motions et postulats dont le délai de deux ans n'est pas encore expiré

4.2.2.1 Motions

Motion Berthoud du 2 février 1987 – Certificats de bonnes vie et mœurs:

L'élaboration d'une nouvelle réglementation est en cours.

Motion Baumann du 3 février 1987 – Dépérissement des forêts: l'impôt sur les véhicules à moteur doit être double:

Annahme als Postulat. Ein neues Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben steht zurzeit in Bearbeitung.

Motion Waber vom 16. Februar 1987 betreffend Massnahmen zur beschleunigten Umtellung auf abgasarme Katalysatorfahrzeuge:

Annahme als Postulat. Ein neues Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben steht zurzeit in Bearbeitung.

Motion Schärer vom 18. Februar 1987 betreffend Erhebung einer Umweltabgabe für alle Privatfahrzeuge, welche mit Dieselmotor betrieben werden:

Annahme als Postulat. Ein neues Gesetz über die Strassenverkehrsabgaben steht zurzeit in Bearbeitung.

Motion Ducommun vom 25. Juni 1987 betreffend Abänderung der Verordnung betreffend das Bundesgesetz vom 8. Juni 1923 über die Lotterien und berufsmässigen Wetten:

Annahme als Postulat. Die Begehren werden im Rahmen der im Gange befindlichen Neuordnung des gesamten Lotteriewesens zu prüfen sein.

Motion Kirchhofer vom 26. August 1987 betreffend kantonale Gesamtlösung für den Rettungs- und Wehrdienst auf den Nationalstrassen und besonders bezeichneten Staatsstrassenabschnitten:

Die erforderlichen Arbeiten sind im Gange.

Motion Schertenleib vom 8. September 1987 betreffend Anpassung des Verzeichnisses der durch 2,5 m breite Fahrzeuge befahrbaren Strassen:

Die betroffenen Gemeinden und Planungsverbände sind zur Stellungnahme einzuladen. Danach werden die notwendigen Anträge an die zuständigen Bundesbehörden gestellt.

Motion Bieri vom 8. Dezember 1987 betreffend keine neuen motorsportlichen Rennen im Kanton Bern:

Die Revisionsarbeiten sind im Gange.

Motion Widmer vom 9. Dezember 1987 betreffend Staatsstrasse Spiez-Einigen:

Der Regierungsrat wird zu Beginn des nächsten Jahres einen Beschwerdeentscheid treffen, der an den Bundesrat weitergezo- gen werden kann.

Motion Schürch vom 17. Mai 1988 betreffend Immatrikulation und Besteuerung von Motorfahrzeugen:

Annahme als Postulat. Die Polizeidirektion wird Ende nächsten Jahres zahlenmässig belegen, dass Standortfragen in korrekter Weise nachgegangen wird.

Motion Allenbach vom 14. September 1988 betreffend Ausnahme von der Kettenpflicht für 4x4-Fahrzeuge:

Annahme als Postulat. Die zugesicherte Überprüfung wird vorgenommen werden.

4.2.2.2 Postulate

Postulat Siegenthaler vom 20. November 1986 betreffend Altersgrenze für Zivilstandsbeamte:

Das Begehren wird bei der Totalrevision des Dekretes über den Zivilstandsdienst Berücksichtigung finden. Die Vorarbeiten sind im Gange.

Postulat Schwarz vom 15. Februar 1988 betreffend durchgehende Betreuung von Klienten des Schutzaufsichtsamtes:

Die Personalstruktur ist bereits überprüft, und auf 1. Januar 1989 sind eine Sozialarbeiter- und eine Verwaltungsbeamtenstelle neu geschaffen worden. Ebenso sind Ende 1988 Gespräche über die Neuordnung der Zuweisungspraxis und über Investitionsfragen aufgenommen worden. Konkrete Entscheide werden im nächsten Jahr ausgelöst werden.

Adoptée sous forme de postulat. Une nouvelle loi concernant les taxes sur le trafic routier est actuellement en élaboration.

Motion Waber du 16 février 1987 – Mesures visant à hâter la conversion aux véhicules équipés d'un catalyseur:

Adoptée sous forme de postulat. Une nouvelle loi concernant les taxes sur le trafic routier est en élaboration.

Motion Schärer du 18 février 1987 – Taxe d'environnement pour tous les véhicules privés à moteur diesel:

Adoptée sous forme de postulat. Une nouvelle loi concernant les taxes sur le trafic routier est en élaboration.

Motion Ducommun du 25 juin 1987 – Modification de l'ordonnance portant exécution de la loi fédérale du 8 juin 1923 sur les loteries et les paris professionnels:

Adoptée comme postulat. Les requêtes de cette motion seront examinées dans le cadre de la nouvelle réglementation des loteries qui est en cours.

Motion Kirchhofer du 26 août 1987 – Solution cantonale uniforme pour la réglementation du service de feu et de protection assuré sur les routes nationales et sur certains tronçons des routes cantonales:

Les travaux nécessaires sont en cours.

Motion Schertenleib du 8 septembre 1987 – Adaptation du catalogue des routes utilisables par les véhicules d'une largeur de 2,5 m:

Les communes et les syndicats de planification concernés doivent être invités à communiquer leur prise de position. Les propositions jugées nécessaires seront ensuite transmises aux autorités fédérales.

Motion Bieri du 8 décembre 1987 – Pas de nouvelles courses de sport motorisé dans le canton de Berne:

Les travaux de révision sont en cours.

Motion Widmer du 9 décembre 1987 – Route cantonale Spiez-Einigen: Au début de l'année prochaine, le Conseil-exécutif va prendre une décision en procédure de recours qui pourra être portée devant le Conseil fédéral.

Motion Schürch du 17 mai 1988 – Immatriculation et imposition des véhicules à moteur:

Adoptée comme postulat. A la fin de l'année prochaine, la Direction de la police va démontrer, preuve à l'appui, que les gestions touchant le lieu de stationnement sont suivies correctement.

Motion Allenbach du 14 septembre 1988 – Exception à l'obligation de monter les chaînes pour les véhicules 4x4:

Adoptée comme postulat. Cette question sera examinée comme promis.

4.2.2.2 Postulats

Postulat Siegenthaler du 20 novembre 1986 concernant la limite d'âge des officiers d'état civil:

Il en sera tenu compte lors de la révision totale du décret sur le service de l'état civil. Les préparatifs sont en cours.

Postulat Schwarz du 15 février 1988 – Assistance continue de l'Office du patronage:

La structure du personnel a déjà été contrôlée; un poste d'assistant social et un poste de fonctionnaire d'administration ont été créés pour le 1^{er} janvier 1989. Des entretiens concernant la nouvelle réglementation de la pratique d'attribution des patronnés et des investissements ont débuté à la fin de l'année. Des décisions ne pourront être prises que dans le courant de l'année prochaine.

4.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

4.2.3.1 Motionen

Keine.

4.2.3.2 Postulate

Keine.

Bern, im April 1988

Der Polizeidirektor: *Hofstetter*

Vom Regierungsrat genehmigt am 31. Mai 1989

Anhang

Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführern

Allgemeines – Arbeitsaufwand

Ein Blick auf die vom Strassenverkehrs- und Schiffsamt zuhänden der Polizeidirektion des Kantons Bern ausgearbeiteten statistischen Angaben über die im Jahre 1988 gegenüber Fahrzeugführern getroffenen administrativen Massnahmen zeigt eine ungewöhnliche Zunahme von Verfügungen betreffend den Entzug des Führerausweises für Motorfahrzeuge im Vergleich zum Vorjahr (3879 gegenüber 3138). Die Rekurskommission verzeichnete infolgedessen – v. a. gegen Ende des Berichtsjahres – einen starken Anstieg der eingegangenen Beschwerden.

Folgende Zahlen sprechen für sich (in Klammern Vergleichswerte aus dem Jahre 1987):
Beschwerden

1988 eingegangene Beschwerden	227	(171)	
Übertrag von 1987 (1986)	25	(34)	
Total zu behandelnde Beschwerden			252 (205)
Zuständigkeitshalber an das Strassenverkehrs- und Schiffsamt des Kantons Bern überwiesen			1 (4)
Präsidialverfügungen			
– Nichteintreten	4	(1)	
– Abschreibungen	40	(46)	44 (47)
Von der Rekurskommission behandelt			
– Nichteintreten	1	(2)	
– ganze oder teilweise Gutheissungen	15	(16)	
– Abweisung	113	(111)	
– Rückweisung an das Strassenverkehrs- und Schiffsamt	1	(–)	130 (129)
Nichtbehandelt wegen Unvollständigkeit der Akten oder Eintreffens kurz vor Jahresende			77 (25)
	252	(205)	252 (205)

4.2.3 *Motions et postulats dont le délai prorogé est expiré*

4.2.3.1 Motions

Aucune.

4.2.3.2 Postulats

Aucun.

Berne, en avril 1989

Le directeur de la police: *Hofstetter*

Approuvé par le Conseil-exécutif le 31 mai 1989

Annexe

Commission de recours en matière de mesures à l'égard des conducteurs de véhicules

Généralités, travail investi

Un coup d'œil jeté sur les statistiques concernant les mesures administratives prises à l'égard des conducteurs de véhicules qui sont établies par l'Office de la circulation routière et de la navigation à l'intention de la Direction de la police du canton de Berne montre, par rapport à l'année précédente, une augmentation inhabituelle de décisions concernant le retrait du permis de conduire pour véhicules à moteur (1988: 3879/1987: 3138). En conséquence, la Commission de recours a enregistré une forte augmentation de recours, en particulier vers la fin de l'exercice.

Les chiffres mentionnés ci-dessous sont significatifs (entre parenthèses les valeurs comparatives de 1987):

Recours interjetés en 1988	227	(171)	
Report de 1987 (1986)	25	(34)	
Total des recours à vider			252 (205)
Transmis à l'Office de la circulation routière et de la navigation pour des raisons de compétence			1 (4)
Décisions du président			
– non-entrée en matière	4	(1)	
– recours rayés des rôles	40	(46)	44 (47)
Recours vidés par la Commission			
– non-entrée en matière	1	(2)	
– admis intégralement ou en partie	15	(16)	
– rejetés	113	(111)	
– retransmis à l'Office de la circulation routière et de la navigation	1	(–)	130 (129)
Recours non vidés, les dossiers étant incomplets ou les recours interjetés peu avant la fin de l'exercice			77 (25)
	252	(205)	252 (205)

Wenn 1985 noch 166 Beschwerden, 1986 deren 174 und im folgenden Jahr 171 Beschwerden registriert worden waren, kletterte die entsprechende Zahl 1988 auf 227. Ob es sich dabei um einen einmaligen Rutsch handelt, oder ob damit eine neue Entwicklung eingeleitet worden ist, wird erst die Zukunft zeigen.

An elf Tagessitzungen entschied die Rekurskommission (3 Juristen, 1 Verkehrspsychologe und 1 Alkoholfürsorger) über 130 Beschwerden. Ausserordentlich viele, nämlich 77 (1987: 25), mussten wegen des überdurchschnittlich hohen Beschwerdeingangs gegen Ende des Jahres unerledigt auf das laufende Jahr übernommen werden.

Finanzielles

Für abgewiesene und nur teilweise gutgeheissene Beschwerden sowie für Abschreibungs- und Nichteintretensverfügungen wurden den Beschwerdeführern im Berichtsjahr Verfahrenskosten in der Höhe von 46 843 Franken (42 770 Fr.) auferlegt. An die Kommissionsmitglieder sind gemäss Dekret vom 11. Dezember 1985 betreffend die Taggelder und Reiseentschädigungen in der Gerichts- und Justizverwaltung pro 1988 49 502.45 Franken (44 279.45 Fr.) ausbezahlt worden.

Im Namen der Rekurskommission des Kantons Bern
für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführern

Der Präsident: *Christen*

Tandis qu'on enregistrait 166 recours en 1985, 174 en 1986 et 171 en 1987, leur nombre a passé à 227 en 1988. L'avenir nous montrera s'il s'agit d'une augmentation à caractère unique ou si elle présage une nouvelle évolution.

La Commission de recours (3 juristes, 1 psychologue en matière de circulation et un assistant pour alcooliques) a pris une décision au sujet de 130 décisions au cours de 11 séances. Vu le nombre supérieur à la moyenne de recours interjetés, une quantité particulièrement élevée de recours non réglés (1988: 77, 1987: 25) a dû être reportée à l'année suivante.

Aspects financiers

Des frais de procédure totalisant 46 843 (42 770) francs ont été mis à la charge des requérants pour les recours rejetés et admis en partie ainsi que pour les décisions de recours rayés des rôles et celles de non-entrée en matière. En vertu du décret du 11 décembre 1985 concernant les indemnités journalières et de déplacement dans l'administration de la justice et des tribunaux, 49 502 francs 45 (44 279 fr. 45) ont été versés aux membres de la Commission.

Au nom de la Commission de recours du canton de Berne en
matière de mesures à l'égard des conducteurs de véhicules.

Le président: *Christen*